

Nr. 2/98

April '98

CUBA LIBRE

DM 6,-

Ché

70. Geburtstag

Papst

Nachlese

Cub. Film

Festival Havanna, München...



Lauschangriff und internationale Solidarität

Am 16. Januar 1998 wurden im Bundestag Änderungen des Artikels 13 Grundgesetz (Unverletzlichkeit der Wohnung) und verschiedener Artikel der Strafprozeßordnung beschlossen. Diese neue gesetzliche Regelung ist die Grundlage für den »Großen Lauschangriff«.

Die Innenbehörde von Hamburg hat Isaac Velazco (Europavertreter der MRTA) mit einer Verfügung vom 12. September 1997 alle öffentlichen politischen Äußerungen untersagt. Diese Verfügung ist noch nicht rechtskräftig, weil Widerspruch eingelegt wurde. Kurze Zeit später wurde der presserechtlich verantwortlichen Redakteurin der Zeitschrift »Angehörigen-Info« mitgeteilt, gegen sie sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil sie sich der »Billigung von Straftaten, schuldig gemacht hätte. Ausschlaggebend war die auszugsweise Veröffentlichung von Kommunikationen der MRTA, die sich ausschließlich mit Peru befaßten. Das Verfahren wurde mittlerweile eingestellt.

Was haben die beiden Ereignisse nun miteinander zu tun, oder was interessiert das eine Zeitschrift wie die Cuba-Libre. Beide Ereignisse sind der bisher größte Eingriff in das, was einmal »bürgerlicher Rechtsstaat« genannt wurde. Es geht um den weiteren Ausbau des »präventiven Sicherheitsstaates«, Strafverfolgung setzt bereits vor der eigentlichen Tat ein. Poli-

tisch »unzuverlässige, Gruppen werden umfassend überwacht und ausgespäht. Die Kriterien für den Einsatz des großen Lauschangriffes zielen vor allem auf die »Verhinderung« von Straftaten. Jeder kann von ihm betroffen sein, der im Verdacht steht, jemanden zu kennen, von dem vermutet wird, er plane eine Straftat. Der zugrundeliegende Straftatkatolog umfaßt neben der sogenannten »Schwerstkriminalität« vor allem den Bereich der politischen Justiz.

Für die Cuba-Libre bzw. für die Freundschaftsgesellschaft heißt das, sie muß jederzeit, sobald sie über Befreiungsbewegungen berichtet, mit einem Ermittlungsverfahren rechnen. Eine Freundschaftsgesellschaft, welche sich die Solidarität mit einem als feindlich eingestuften Land zum Ziel gesetzt hat, steht ohnehin unter der »strategischen Vorfeldüberwachung« der diversen bundesdeutschen Geheimdienste.

Die neuen Gesetze eröffnen eine neue Möglichkeit: den direkten Einsatz der Polizei und der Staatsanwaltschaft gegen linke Organisationen und Gruppen. Es gibt kaum mehr die Möglichkeit, gegen diese Maßnahmen juristisch oder politisch - Mobilisierung einer demokratischen Öffentlichkeit - vorzugehen, sie sind ja legal!

Im Augenblick werden all diese Instrumente möglicherweise wenig benutzt, aber sie werden für den Fall bereitgestellt - wie Ende der 60er Jahre die »Notstandsgesetze« - daß sich die politischen Verhältnisse weiter zuspitzen; für die Linke heißt es, nicht in Panik zu verfallen, aber sich auf die geänderten Verhältnisse einzustellen.

Henning Mächerle



Ernestito

Wichtig - Wichtig - Wichtig
Bei Umzug: Neue Adresse ggfs. Bankverbindung in der Geschäftsstelle mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum:

Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e. V., Zülpicher Straße 7, 50674 Köln
 Tel./FAX: 0221 / 24 05 120, E-MAIL: FGKUBA@LINK-K.gun.de
Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kto.-Nr.: 120 299 990 0
Spendenkonto: Postgiro Köln, BLZ 370 100 0, Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507
Redaktion: Henning Mächerle, Peter Nowak, Bernhard Ostermeier, Marianne Schweinesbein, Manfred Sill, Gabi Ströhllein.
ViSdP: Marianne Schweinesbein **Titelfoto:** atlas ernesto che guevara, havanna 1990
Druck: CITY-DRUCK, Eberhardshofstr. 17, 90429 Nürnberg. **MacPublishing:** Plärrer Technik, Singerstr. 26, 90443 Nürnberg. **EBV:** preprint studio keiser, Wiesentalstr. 32, 90419 Nürnberg
CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr. Jahresabo: DM 20,-, Einzelheft: DM 6,- + Porto
 Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes
 Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISBN: 0178-2460

inhalt

aktuell: wege des ché

Ser como el Ché.....	4
Die Wege der Linken, Roberto Regalado Álvarez	5
Ché-Konferenz des OSPAAAL.....	7
Guerillero-Gräber in Bolivien entdeckt	7
Tanja - Kampf um die Wahrheit; Interview mit Nadja Bunke.....	8
Der "neue Mensch" und der Weg dorthin	9
Chés Afrikanische Wege	11
Ernesto Ché Guevara. Mensch, Genosse, Freund... - Video	12

aktuell: papst-nachlese

Notizen zum Papstbesuch.....	13
Begnadigung von Gefangenen	15
USA-Kuba: Weiterhin keine Embargoerleichterungen?! 16	

latainamerika

Das Drama der ImmigrantInnen, Eduardo Tamayo	17
Schwarzbuch des Kommunismus mit Fälschungen	19
Das Massaker in Chiapas und die Weltordnung	21
Blutige Weihnachten in Chiapas	21
Von den Guardias Blancas zu den Paramilitärs	23
Kolumbien im Fadenkreuz deutscher Interessen	24
Freiheit für Patricio Ortiz! - Chile.....	24

solidarität

Freiheit für Cho Ung Ju - Südkorea	25
ASStA Giessen wegen Weltjugendfestspielen verurteilt ..25	
8. Freundschaftskarawane USA-Cuba	26
Netzwerk Cuba	26
Eine Ambulanz für die Universität in Matanzas	27

Es gibt nichts Gutes	27
... und noch mehr Spenden für das Cubanische Gesundheitswesen.....	27
Krankenhausmaterial für Cuba.....	28
Versendung nicht-kommerzieller Artikel nach Cuba....	28

ökonomie

"MAlday - MAlday"	29
Es geht um Piranhas, Raul Valdes Vivo	30
Exkurs: Fallbeispiel Hotel	31
Es geht voran - Zucker und Landwirtschaft	32
Beschaffung von Mitteln für den Gesundheitssektor	34
Kuba - aus trotzkistischer Sicht. Buchbesprechung	35

aus der fg

Übersicht über die FG-Gruppen	36
FG-Soliprojekt: Asthmazentrum in Havanna.....	36
Spendenbarometer 1997	36
Spendenbarometer I/98	37
FG-Soliprojekt: Krankenhaus Miguel Enriquez.....	37
Filmwoche Regensburg	38
Dokumentarfilmreihe München	38

kultur

Kuba als Initiator und Promotor des unabhängigen Films.....	39
Filminfos	40
Charme der Verwegenheit, 19. Filmfestival Havanna.....	41
Etwas ist besser als nichts, Buchmesse Havanna.....	41
Termine	41

cuba kurz	42
-----------------	----

70 Jahre Ché Eine Auswahl aus unserem Angebot:

Aufkleber

Ché-Portrait, verschiedene Slogans, s/w	1,50	1,00
ja zu Cuba - nein zur Blockade, s/w	1,50	1,00
Bogen mit 5xChé, 1xja zu Cuba	6,00	5,00

Wimpel

Cuba-Flagge/Ché-Portrait, ca. 15x10 cm (incl. 2.-- Spende)	7,00	5,00
--	------	------

Schlüsselanhänger

Che oder José Martí (neu!), rund (incl. 1.-- Spende)	5,00	4,00
--	------	------

Musik-Kassetten

Musica y Revolucion, Kasette	13,00	10,00
Un nuevo sol se lebanta, Live-Aufnahmen aus Cuba, Kasette	15,00	13,00

Sondermünze

1 Peso: Tania la Guerrillera	10,00	7,00
------------------------------	-------	------

Buch

Panitz, Tamara Bunke - Mit Ché Guevara in Bolivien	19,80	16,00
--	-------	-------

Und ganz neu:

Schlüsselanhänger Che, 3farbig auf gold	7,00	5,00
Schlüsselanhänger Cubafahne, 3farbig auf gold, ca. 3x6 cm	7,00	5,00

»Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker ...«



aktuell: ché

Der mexikanische Schriftsteller **Enrique Cisneros** verfaßte das Gedicht "Ser como el Ché" welches von Dr. Leo Gabriel beim "Ché-Symposium" am 11.10.97 in Wien vorgetragen wurde. Wir veröffentlichen es gerne in der Cuba Libre, um an den 70. Geburtstag des Ernesto Guevara am 14. Juni zu erinnern.

★ Ser como el Ché

Muchos hablan del Ché, leen Libros sobre su vida

Se ponen camisetas con su imagen

Pero en su cotidianidad no estan dispuestos a someterse

A decisiones colectivas y pueden hacerse cómplices de las injusticias sin inmutarse.

Viele sprechen vom Ché, lesen Bücher über sein Leben, ziehen sich T-Shirts mit seinem Bild an, aber in ihrem Alltag sind sie nicht gewillt, sich den Entscheidungen ihrer Gruppe unterzuordnen und werden oft durch ihr Schweigen zu Komplizen der Ungerechtigkeit.

Muchos hablan del Ché, pero intentar ser Revolucionarios les Resulta

Cosa del Pasado, ideas Trasnochadas de Los setentas. Otras Admiran

al Ché pero no son capaces de renunciar, aunque sea un poquito, a sus comodidades y bienes materiales, mucho menos se proponen empezar a fincarse una felicidad que no dependa de dichos bienes.

Viele sprechen vom Ché, aber der Versuch revolutionär zu sein, scheint ihnen eine Sache der Vergangenheit, ein Relikt der siebziger Jahre. Andere bewundern den Ché, aber sind nicht fähig ein klein wenig auf ihre Bequemlichkeit und ihren materiellen Besitz zu verzichten und noch viel weniger denken sie an ein Glück, das nicht von diesem Besitz abhängt.

Muchos hablan del Ché, pero al primer catarro son capaces de dejar sus responsabilidades tratando

De buscar su comodidad sin importar que el trabajo se cargue en los que sin hablar del Ché saben que el, con todo y su asma siempre fue el que estuvo dispuesto a hacer las tareas mas dificiles.

Viele reden vom Ché, bleiben aber bei der kleinsten Erkältung zu Hause, ohne daß es ihnen etwas ausmacht ihre Verantwortung auf die anderen zu wälzen, die nicht vom Ché reden, aber die wissen, daß er mit seinem Asthma bereit war, die schwierigsten Aufgaben zu erfüllen.

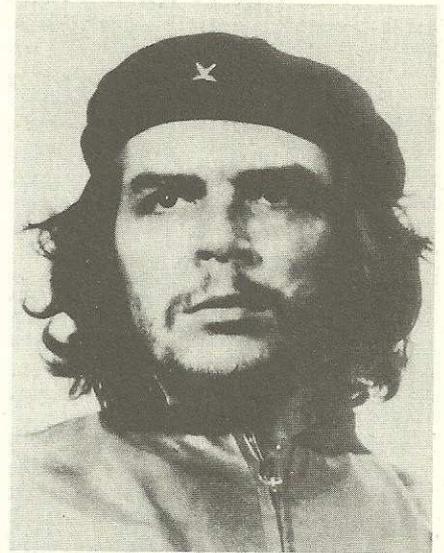
Muchos se emocionan cuando leen la carta que el Ché le dejó a sus Hijos pero ellos ponen a sus Hijos como pretexto para no comprometerse. Otros hablan de Ché y de su ternura, pero son duros y confunden la Revolucion y la militancia con la insensibilidad la falta de Carino.

Viele begeistern sich, wenn sie den Brief lesen, den Ché seinen Kindern hinterlassen hat, benützen aber ihre Kinder als Vorwand, um sich nicht politisch zu engagieren. Andere wieder reden von der Zärtlichkeit des Ché, sind aber selbst unerbittlich, weil sie die Revolution und den Aktivismus mit Gefühllosigkeit verwechseln.

Otras aplauden al ser humano integral que fue el Ché, pero desprecian a Aquellos Compañeros que se han propuesto tratar de ser algo mas que un buen medico, o un buen obrero.

Andere applaudieren dem ganzheitlichen Menschen, der Ché gewesen ist, verachten aber alle jene Compañeras und Compañeros, die versuchen, etwas mehr zu sein, als ein guter Arzt oder eine gute Arbeiterin.

Muchos admiran la Capacidad del Ché para romper con lo establecido, renunciando a un ministerio para "volver a Empezar" la lucha Guerrillera en Bolivia, pero ellos no pueden cambiar nada consigo mismos y siguen aguantando, haciendo trabajos que no soportan, o viven absortos en rutinas que detestan, esperando que cuando se jubilen puden hacer lo que un dia quisieron hacer de su vida.



Viele verehren die Fähigkeit des Ché, mit dem Establishment zu brechen und sein Ministeramt aufzugeben, um vom neuen mit dem Guerillakampf in Bolivien zu beginnen, aber sie selbst können nichts mehr für sich ändern und verrichten eine Arbeit, die sie nicht aushalten, sind absorbiert in einer Routine, die sie hassen und warten auf den Tag ihrer Pensionierung, um endlich ein neues Leben zu beginnen.

El Ché no fue un Dios ni debe de ser un mito, tuvo muchos defectos, como los tenemos todos seres Humanos, pero el Ché siempre trato de ser un poco mejor dicho, su plenitud. Ser como el Ché ni es

Ser una persona extraordinaria que nunca se equivoca, significa intentar ser mejores cada día, o quiza menos imperfectos. El que se los proponga y lo logre podra ser como el Ché, ... A pesar de sus limitaciones y defectos.

Der Ché war kein Gott und darf auch kein Mythos sein; er hat viele Fehler gehabt, wie wir alle, aber der Ché hat immer versucht, etwas besser zu sein und darin sein Glück und seine Erfüllung gefunden.

Wie Ché zu sein heißt nicht, eine außergewöhnliche Person zu sein, die sich nie irrt, sondern zu versuchen, jeden Tag besser zu sein oder vielleicht weniger unvollkommen. Der, der sich das vornimmt und erreicht, wird wie Ché sein können ...

Trotz seiner Mängel und Grenzen.

Wir über uns:

Daß die Cuba Libre unser aller Zeitschrift ist, sollte zum Selbstverständnis jeden Mitgliedes der FG gehören. Wir wollen daher an dieser Stelle daran erinnern, auch die Möglichkeit zu nutzen, eigene Beiträge oder Leserbriefe sowie Fotomaterial darin einzubringen. Es sei zwar angemerkt, daß es uns im Grunde nicht an Artikeln über und zu Cuba mangelt. Wir beziehen unseren Stoff aus diversen Quellen, aus den offiziellen Veröffentlichungen der Cubanischen Botschaft, der GRANMA, aus POONAL (Internet) bis hin zu eigenen oder uns zugegangenen Berichten zum Thema Cuba, Lateinamerika, Internationalismus, Antifaschismus. Zusätzlich nutzen wir den Ausschnittendienst "Die Schere", der Cubaartikel aus den wichtigsten Tages- und Wochenzeitungen in deutscher, englischer und spanischer Sprache erfaßt, die sich besonders in unserer Sparte CUBA KURZ wiederfinden. Was uns ein besonderes Anliegen ist, sind nun aber auch eigene Berichte, Meinungen und Erfahrungen von den LeserInnen um die spannenden, aktuellen, theoretischen Diskussionen um Cuba verstärkter auch in unserer Cuba Libre wiederzufinden bzw. zu führen. Also bitte merken: Wir freuen uns auf Eure Artikel und Anmerkungen, auch wenn wir mit dem Stoff für unsere 40 Seiten wenig Probleme haben. Es kommt uns aber darauf an, noch besser und interessanter zu werden und zur stärkeren Identifikation damit einzuladen.

Die Redaktion

Aus: *Tricontinental* Nr. 136, Februar 1997 (Übersetzung C. D. R: Antonio Maceo, Wien)

Die Wege der Linken

Roberto Regalado Álvarez

Der Mythos vom ewigen Kapitalismus und vom überholten Sozialismus ist heute erneut auf der Tagesordnung. Das globalisierte neoliberale Modell bietet allerdings keine Lösungen für die Probleme der Völker. Es zu bekämpfen und die Desintegration der lateinamerikanischen Nationen zu verhindern, ist für die Linke unvermeidlich. Ihre Einheit ist ein Schlüsselfaktor, um die unterschiedlichen Sektoren, die an diesem Kampf teilnehmen, zusammenzuhalten.

Das Verschwinden des sogenannten Realsozialismus hat nicht nur eine Krise der Paradigmen der linken Parteien, die sich auf die Sowjetunion bezogen, bewirkt. Eine reaktionäre Welle verbreitete die Lehre, daß der Kapitalismus ewig sei, daß die neoliberale Globalisierung die unvermeidliche Konsequenz der wissenschaftlich-technischen Revolution sei und, daß alle Staaten verpflichtet seien, sich ihr unterzuordnen. Nach diesen Trugschlüssen könnten die nicht entwickelten Länder, die dieses Modell anwenden, nach einer Phase von harten Anpassungen, in die erste Welt eintreten.

In seinem Werk "Der Sozialismus und der Mensch in Cuba" sagte Kommandant Ernesto Ché Guevara:

"Der Kapitalismus nimmt Zuflucht zur Stärke, aber außerdem erzieht er die Menschen im System. Die direkte Propaganda wird von den Beauftragten realisiert, um die Unvermeidlichkeit einer Klassenherrschaft zu erklären, sei sie gottgegeben oder eine naturgegebene Notwendigkeit als mechanisches Wesen. Das besänftigt die Massen, die sich von einem Übel unterdrückt sehen, gegen das sie nicht kämpfen können."

In den letzten Jahren war die neoliberale ideologische Lawine so groß, daß sie sogar einen bestimmenden Einfluß auf die theoretische Produktion und politische Praxis verschiedener Sektoren der Linken hatte. Mit verschiedenen Färbungen festigte sich die Idee, daß die soziale Revolution nicht verwirklicht werden kann - oder nur ganz langfristig - weswegen es notwendig sei, sich an die Regeln des Kapitalismus anzupassen und von der Sprache der radikalen Programme Abstand zu nehmen.

Einige schworen dem Sozialismus ab, während andere seinen Inhalt verdünnten und ihn zu einer idyllischen Abart des Kapitalismus machten, in dem die Interessen der gesamten Nation befriedigt werden können. Nach diesen Konzepten ist das liberale bürgerliche System demokratisch und in der Lage, die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren - zumindest der politischen und bürgerlichen Rechte. In Übereinstimmung mit dieser Logik wird

die nur auf Wahlen orientierte Politik zur einzigen realen Priorität, mit dem Ziel, Raum in den gesetzgebenden Versammlungen, Provinz- und Lokalregierungen zu gewinnen, um so - langsam aber sicher - dazu zu kommen, die Regierung auszuüben, innerhalb der engen Parameter, die - wie bereits im Vorhinein bekannt ist - die Verwirklichung eines Programmes für tiefgehende politische, wirtschaftliche und soziale Umwälzungen, die die Völker verlangen, nicht gestatten. Sie argumentieren, daß das Höchste sei, die Exzesse der gegen das Volk gerichteten Politik zu mäßigen, und daß die Unterdrückten weiterhin bedächtig nachgeben müssen, weil sie sonst Gefahr laufen, alles zu verlieren.

Erlaubt mir an diesem Punkt kategorisch zu betonen, daß der Bereich der Wahlen eine Quelle des legitimen Kampfes und für die Linke von großer Wichtigkeit ist, genauso wie es die Bündnisse mit anderen Sektoren sind. Das Problem ist: Wahlen wofür? Was sind die Ziele der Bündnisse, auf welche Grundlagen gründen sie sich und welche Rolle spielt die Linke in ihnen? Wir sind überzeugt, daß es unumgänglich ist, alle Räume und Möglichkeiten auszunützen, die es gibt, aber immer mit strategischem Weitblick, um die Interessen des Volkes zu verteidigen.

Die extreme und ausschließliche Betonung der auf Wahlen orientierten Politik brachte für einige Sektoren der Linken die Notwendigkeit "zum Zentrum zu laufen". Ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen und der Parteibasis wird - faktisch - etwas Instrumentales: sie benützen sie, um die Wähler, die als gefangen betrachtet werden, zu mobilisieren, aber immer mit dem Blick darauf, bestimmten herrschenden Gruppen Zugeständnisse zu machen, deren Unterstützung es - angenommener Weise - zu gewinnen gilt. Diese Haltung erzeugt Unzufriedenheit und Wahlenthaltung des Volkes, provoziert das Mißtrauen des Zentrums und fördert die Aggressivität der Rechten, für die jeder, der aus der Linken kommt, niemals aufhört seine Sünden abzubüßen.

Nach den Betreibern solcher Strömungen sind das die modernen Ideen, gestützt

auf eine wissenschaftliche Interpretation der neuen Zeiten, und wir, die wir der Errichtung des Sozialismus nicht abschwören, sind besessen von veralteten Ideen, sind unfähig die aktuelle Situation zu interpretieren. Aber wer hat tatsächlich eine moderne und wissenschaftliche Interpretation der weltweiten Entwicklungen?

Die bis zum Äußersten auf Wahlen ausgerichtete Politik bewirkt eine noch größere Distanzierung der Linken von der Basis der Volkskämpfe gegen den Neoliberalismus. Auf diese Weise entstehen und verstärken sich neue, unabhängige soziale Bewegungen an der Basis, die sich objektiv an die Avantgarde der Kämpfe gegen dieses Modell setzen. Die genannten Bewegungen ersetzen die Linke und übernehmen selbst die Funktion der politischen Vermittler.

Wird es sich bewahrheiten, daß das in Lateinamerika herrschende System gefestigt ist und die Zukunft garantiert? Wird es sich bewahrheiten, daß es sich zur Konsolidierung einer nicht perfekten, aber perfektionierbaren Demokratie fortentwickelt, innerhalb derer die Linke unter gleichen Bedingungen handeln kann, an die Regierung kommen kann und Programme für den Wohlstand des Volkes umzusetzen kann?

Die kapitalistische Ideologie in der Offensive

Seit mehr als 15 Jahren lancieren die Ideologen des Kapitalismus eine weltweite Offensive, um die Linke ihrer historischen Fahnen zu berauben: Demokratie und Menschenrechte. Sie verleiben sie sich als Elemente, die angeblich mit dem Kapitalismus und Neoliberalismus vereinbar sind, ein. In der aktuellen Situation, angesichts der Anzeichen der wachsenden ökonomischen, politischen und sozialen Krise, geben sie erneut vor, die Initiative zu ergreifen, um andere Forderungen des Volkes zu vermitteln. Sie sprechen heute vom Staat als Wiederverteiler und von der Notwendigkeit sozialer Politik, die den menschlichen Fortschritt begünstigt und zur gleichen Zeit verdammen sie die Ungleichheit und die Armut.

Ist es ein Zufall, daß sie uns vor kurzer Zeit erklärten, daß die Wirtschaft Grenzen setzt? Sagten sie uns nicht, daß diese Grenzen es unvermeidlich machen, daß ein wachsender Teil unserer Gesellschaften dazu verdammt bleibt, in einem ewigen, untermenschlichen Status zu leben?



Wie ist es zu erklären, daß der lateinamerikanische Kontinent derjenige ist, der zur gleichen Zeit das größte Wachstum von Reichtum und Armut verzeichnet? Wird es sich bewahrheiten, daß die Wirtschaft diese Grenzen für die Entwicklung der Menschheit bedingt, oder ist es so, daß diese Grenzen vom Wunsch bedingt werden, die Profitrate um jeden Preis zu erhöhen? Ist das die „moderne“, Umgebung, die es der Linken erleichtert, die Demokratie zu errichten, mit sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung?

Was sind die Ergebnisse der neoliberalen Politik in den fast zwei Jahrzehnten ihrer Anwendung in Lateinamerika? Der Neoliberalismus der 80er-Jahre verschlang enorme finanzielle Mittel, die, die Kapitalflucht, den ungleichen Austausch und die betrügerischen Handelsoperationen der Transnationalen in ihren Exporten und Importen dazugerechnet, die Zahl von 600 Milliarden Dollar überstiegen. Die Auslandsschulden sind bis zu einem Punkt gewachsen, an dem sie die Nationen finanziell ersticken. Die neoliberale Politik beschränkte die internen Sparguthaben; enorme Mittel wurden produktiven Investitionen und der wirtschaftlichen Entwicklung entzogen; sie diente dazu, daß das internationale Finanzkapital sich der strategischen Produktionsmittel und der wichtigsten Rohstoffe der Regionen bemächtigte; sie konzentrierte das Eigentum und das Einkommen noch mehr in den Händen von ausländischen Unternehmen; sie bewirkte ein große Desindustrialisierung und erzeugte massive Konkurse nationaler Unternehmen, während sie die Rezession beschleunigte und die Inflation verstärkte.

In den 90er-Jahren, unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Inflation und für die Stabilisierung, verbreiterte der Neoliberalismus die einseitige Deregulierung und ökonomische Liberalisierung; er wertete die nationalen Währungen künstlich auf; verletzte die Währungssouveränität vieler Länder - indem ihnen der Dollar als Herr aufgesetzt wurde; die Verdrängung des Staates aus dem sozialen Sektor der Wirtschaft wurde fortgesetzt; die Erziehung und die Gesundheit wurden geopfert, die Importe schnalzten hinauf - was die Konkurse und die Desindustrialisierung vorantrieb - der Rohstoffexporteurcharakter der Region wurde verstärkt. Der Neoliberalismus erhöhte das Handelsdefizit und die laufenden Rechnungen - was ein äußerstes Wachstum der Auslands- und Inlandsverschuldung bewirkte, sowohl staatlich wie auch privat - und wandte eine Politik des künstlichen Wachstums an, finanziert

von der Spekulationsseite der „Schwalben“, des internationalen Kapitals („Wanderkapital“), was einen neuen Zirkel der Finanzspekulation in Gang setzte; konsolidierte die Macht der Transnationalen auf dem Kontinent und vertiefte die Arbeitslosigkeit, die Armut und die Ausgrenzung.

Unabhängig von den verschiedenen Graden der Abschwächung des Neoliberalismus hat sich seine Krise schon gezeigt. Bis hin zu politischen Führern, Regierungen, Ökonomen, Sozialwissenschaftler und Funktionären internationaler und regionaler Finanzinstitutionen, in Europa genauso wie auf dem amerikanischen Kontinent - die bis vor kurzem seine Rezepte predigten und anwandten - gehen Personen heute auf deutliche Distanz und signalisieren, daß „man zu weit gegangen ist...“ Für sie ist es klar, daß sie eine andere Richtung brauchen, daß sich jedoch der Herr der Akkumulation nicht ändert.

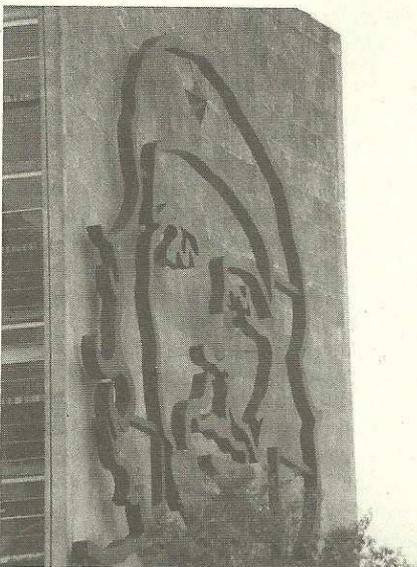


Foto: G. Lenner

Mit ihrer technokratischen Sprache kritisieren die erneuerten Neoliberalen einige der drastischsten Konsequenzen des Modells, verteidigen jedoch seinen essentiellen Inhalt: die Makroökonomie muß - wie sie sagen - das Wichtigste bleiben, aber man muß die Exzesse korrigieren, die zur Unregierbarkeit und zu den sozialen Explosionen führen. Ist es wirklich möglich, den Kult der Makroökonomie und des Marktes mit der Wiederverteilung zu vereinbaren? Und Makroökonomie ist in dieser Sprache ein Euphemismus, um den immer wachsenden Anstieg der Profitraten der Transnationalen zu verstecken, der ihr einziges Ziel ist.

Wenn die Ausfühler des Neoliberalismus selbst betrügerisch sagen, daß sie begonnen haben, nach einem „alternativen Modell“, zu suchen, sind die Optionen für die Linke klar: Die eine ist es, der ideologischen Führung der Rechten zu folgen und zu versuchen, Räume innerhalb des Szenarios des Wechsels zu gewinnen, während die andere Option darin besteht, eine eigene Analyse durchzuführen, eine eigenes Programm zu

erstellen, die eigene Führungsrolle zu entwickeln und in diese Anstrengungen - ohne jegliche Ausschließung und Dogmatismus - alle Sektoren einzubeziehen, die von der Krise betroffen sind.

Ché kam dazu zu antworten, daß: „in vielen Ländern Amerikas objektive Widersprüche zwischen den nationalen Bourgeoisien, die darum kämpfen sich zu entwickeln, und dem Imperialismus bestehen, der die Märkte mit seinen Waren überschwemmt, um in einem ungleichen Kampf die nationale Bourgeoisie zu besiegen, genauso wie andere Formen oder Erscheinungen des Kampfes um Mehrwert und Reichtum...“ Der Neoliberalismus hat diese Situation bis zum Äußersten verschärft.

Ché fügte hinzu, daß: „... trotz dieser Widersprüche die nationalen Bourgeoisien im Allgemeinen nicht in der Lage sind, eine konsequente Haltung im Kampf gegen den Imperialismus durchzuhalten...“ Deshalb kann die Linke nicht blind der Richtung folgen, die die unzufriedene Bourgeoisie einschlägt, sondern muß für sie die Führung übernehmen. Das bedeutet, daß wir die marginalisierten Sektoren der Bourgeoisie in die Schlacht gegen den Neoliberalismus einbeziehen - und nicht umgekehrt.

In der Schlußsitzung des 4. Treffens der Völker Amerikas und der Karibik, das im Januar 1994 in Havanna stattfand, zeigte Genosse Fidel Castro auf: „Ich erinnerte mich an die Tage, in denen wir große Zusammenkünfte über die Auslandsverschuldung abhielten - das war im Jahr 1985 -, in denen wir viele der Dinge, die passieren würden und die heute passiert sind, voraussagten, da ich verstehe, daß unser Kontinent die beste Gelegenheit einer großen Schlacht verloren hat, in der wir uns viele der Nöte von heute ersparen hätten können...“ Aus diesem Grund ist es heute von entscheidender Bedeutung, daß die Linke die Führung aller ausgeschlossenen und vom neoliberalen Kapitalismus betroffenen Sektoren übernimmt.

Den Mythos zerschlagen

Die wissenschaftlich-technische Revolution hat die Welt in eine qualitativ andere Epoche katapultiert, die neue Möglichkeiten und Widersprüche schafft. Es ist sicher, daß wir nicht nostalgisch zurückschauen, die Welt mit dem Prisma der vergangenen Epochen analysieren oder versuchen, Räume auszunützen, die sich schließen. Aber wie lange wird die Linke eine defensive Haltung einnehmen - und sich sogar assimilieren lassen - angesichts der Idee, daß die neoliberale Globalisierung und ihre Ideologie eine unvermeidliche und nicht in Frage zu stellende Konsequenz der neuen Welt sind, daß die unterentwickelten Länder verpflichtet sind, sich um der Transnationalen Willen zu ergeben und zu desintegrieren, daß die Linke aufhören muß, links zu sein, um akzeptiert zu werden und innerhalb des kapitalistischen Systems zu funktionieren, das uns vorzugaukeln versucht, daß es ewig sei?

Fortsetzung im nächsten Heft

Internationales Treffen:

Das 21. Jahrhundert - Vermächtnis und Gültigkeit von Leben und Werk des Che Guevara

Vom 25. Bis zum 27. September 1997 veranstaltete die OSPAAAL (Organisation der Solidarität der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas) in Havanna zu diesem Thema ein internationales Treffen. ★

Mehr als 80 Delegierte aus mehr als 50 Ländern aus allen Kontinenten diskutierten drei Tage lang über Leben und Werk Che Guevaras, die Aufgaben der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte auf dem Weg ins nächste Jahrtausend, die Rolle der fortschrittlichen Medien und vieles mehr.

Besonders hervorheben möchte ich die Teilnahme von Harry Villegas (Pombo), der die Neuherausgabe seines Tagebuchs über die Guerilla in Bolivien vorstellte (in spanisch bei Editorial Política/Cuba, in englisch bei Pathfinder Press/USA) und Comandante Manuel Piñero Losada, dem Verantwortlichen im ZK der KP Cubas für die Guerilla in Bolivien, der ebenfalls über seine Arbeit berichtete.

Die wichtigsten Ergebnisse des Treffens waren:

1. Allein die Tatsache das dermaßen viele Organisationen, Bewegungen und Parteien durch Delegierte vertreten waren und somit auch unter einander den Kontakt verbessern konnten, ist für sich genommen ein großer Erfolg.
2. Für den 14. 6. 1997, den 70. Geburtstag Che Guevaras - auch Antonio Maceos Geburtstag - wurde ein internationaler Aktionstag gegen den Imperialismus ausgerufen.

3. Die Auseinandersetzung über die Frage, ob der Neoliberalismus den Kapitalismus abgelöst hat und somit auch der Sozialismus als einzig mögliche Alternative überholt ist, oder ob der Neoliberalismus nur eine Erscheinungsform des Kapitalismus ist und somit die Gültigkeit des Sozialismus als Ausweg für die Menschheit gültig bleibt, wurde in den Diskussionen eindeutig beantwortet. Wir leben in einem weltumspannenden Kapitalismus - dem Imperialismus - und der Neoliberalismus ist nur eine Erscheinungsform davon. Die Grundlagen für Ausbeutung und Unterdrückung haben sich nicht geändert und auch die Alternative dazu bleibt bestehen: der Sozialismus.

4. Dieses Treffen unterstreicht auch die wieder steigende Bedeutung der OSPAAAL als internationales Forum, das als Kommunikations- und Organisationszentrum für fortschrittliche und revolutionäre Kräfte in Afrika, Asien und Lateinamerika. Neu dazugekommen ist auch der wachsende Kontakt zu fortschrittlichen und revolutionären Kräften in Europa und Nordamerika.

Da die Bandbreite der Teilnehmer und Teilnehmerinnen von revolutionären Parteien über Volksbewegungen bis zu fortschrittlichen Regierungen reicht, waren

und sind die Diskussionen innerhalb der OSPAAAL nicht immer leicht und die gemeinsamen Erklärungen sind oft auch von Kompromissen geprägt. Unbestreitbar ist jedoch, daß es der OSPAAAL auch mit diesem Treffen gelungen ist, einen wichtigen Beitrag zur Formierung und Koordinierung jener Kräfte zu leisten, die entschlossen sind, gemeinsam gegen Kapitalismus und Imperialismus und für Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und das Recht auf soziale Entwicklung zu kämpfen. Wie Comandante en Jefe Fidel Castro es ausdrückte: "Und was hat der Kapitalismus anzubieten? Der Neoliberalismus ist die letzte Erscheinungsform des Kapitalismus und des Imperialismus. Antineoliberal zu sein bedeutet antiimperialistisch zu sein; man könnte hinzufügen, daß es heißt anti-kapitalistisch zu sein - obwohl viele es nicht wissen. Aber dieser Haß ist der Haß gegen den Ausdruck der Evolution und Entwicklung des Kapitalismus, in einer Form, daß wir vor einer schrecklichen Situation stehen und einem System, das am Höhepunkt seiner Macht und politischen, ökonomischen und militärischen Stärke ist und das der Menschheit überhaupt nichts anzubieten hat." Er fügte noch hinzu: "Der Kapitalismus ist dazu bestimmt, sich selbst aufzufressen."

CDR

Neue Gräber von Guerilla-Mitkämpfern gefunden

Seit dem Auffinden der sterblichen Überreste des Comandante Ernesto Ché Guevara und einiger Mitkämpfer aus seiner Guerillatruppe, setzt die Arbeitsgruppe cubanischer Wissenschaftler und Techniker ihre historischen Forschungen fort und die Suche nach möglichen Grabstätten weiterer Kämpfer aus der Guerillaeinheit unter dem Kommando des Ché. Die Leitung hat der Direktor des gerichtsmedizinischen Institutes in Cuba, Dr. Jorge González, der die Familien der cubanischen Gefallenen vertritt.

Ergebnis dieser Arbeiten, wurde am 11. Februar dieses Jahres auf dem Gelände des Rotary-Clubs in der Tiefe von 1,35 m ein neues Gemeinschaftsgrab entdeckt. Es liegt nahe der Landebahn von Valle Grande und enthält die Leichen von drei Guerillakämpfern; die dritte wurde erst am darauffolgenden Tag entdeckt.

Durch intensive Bemühungen zur Analysierung und Identifizierung dieser Gebeine konnte am 14. Februar offiziell bestätigt werden, daß es sich um die sterblichen Überreste der Guerilleros Manuel Hernández Osorio (Miguel) aus Cuba, Roberto Peredo Leigue (Coco) und Mario Gutiérrez Ardaya (Julio), beide aus Bolivien, handelt, die in den Kämpfen bei El Abra de Batán am 26. September 1967 getötet worden waren.

Am 13. Februar wurde in etwa 10 m Entfernung ein weiteres Skelett gefunden, das alleine begraben war, an dessen Identifizierung noch gearbeitet wird.

Schon früher waren in Cañada de Arroyo die Gebeine von vier Kämpfern gefunden worden, von denen einer bei der anthropologischen Untersuchung als Jaime Arana Campero (Chapaco) identifiziert wurde, seine sterblichen Überreste wurden

seiner Familie übergeben. Die Identifizierung der anderen war aufgrund des Zustandes der Leichen und fehlender Informationen über die Umstände ihres Todes nicht sofort möglich. Ein daraufhin in Cuba durchgeführter DNA-Test führte zu der Bestätigung, daß es sich bei ihnen um den Cubaner Octavio de la Concepción y de la Pedraja (Morro), den Peruaner Edilberto Lucio Galván Hidalgo (Eustaquio) und den Bolivianer Francisco Huanca Flores (Pablito) handelte. Alle vier waren am 12. Oktober 1967 im Kampf gefallen.

Die Gebeine der identifizierten cubanischen Kämpfer werden in Kürze nach Cuba transportiert werden, zusammen mit denen der übrigen Mitkämpfer der internationalistischen Truppe, deren Familien das wünschen.

(Granma Internacional, 1. März 1998; a.d. Span. MS)

»Mein Kampf um die Wahrheit«

★ **Auszüge eines Interviews von Nadja Bunke, der Mutter von Tamara, - Tania la Guerrillera - in der Jungen Welt am 7./8. März 1998**

Nadja Bunke, geb. 1911, ist die Mutter von Tamara (geb. 1937). Ihre Tochter, geborene Argentinierin, begeistertes FDJ-Mitglied in der DDR, dann entschlossene Milizionärin in Kuba, kämpfte unter dem Namen Tania la Guerrillera an der Seite Ché Guevara's in Bolivien. Am 23.12.1997 erwirkte Nadja Bunke beim Berliner Landgericht eine einstweilige Verfügung gegen das Buch „Tania. Die Frau, die Ché Guevara liebte“ des uruguayischen Autors José A. Friedl Zapata. Sie bezeichnet es als „Machwerk auf der Grundlage von Verleumdungen und Lügen...“

Ein neues Buch über Ihre Tochter Tamara Bunke, oder Tania la Guerrillera, ist im September 1997 im Aufbau-Verlag erschienen. Was gibt es gegen das Buch des uruguayischen Schriftstellers José A. Friedl Zapata einzuwenden ?

Das Buch strotzt nur so von sachlichen Fehlern, üblen Verleumdungen und offenen Lügen. Im Zentrum steht die Behauptung, Tania wäre eine „mit allen Wassern gewaschene Dreifachagentin“ gewesen. Sie wäre nicht nur für den kubanischen Geheimdienst, sondern auch für die Staatssicherheit der DDR und die sowjetischen Sicherheitsorgane tätig gewesen. Die Staatssicherheit besitzt aber überhaupt keine Akte von Tamara Bunke. Nur ihr Name wird in der Akte von Günther Männel, einem ehemaligen Offizier der Staatssicherheit, ein paarmal erwähnt. Männel flüchtete am 29. Juni 1961 nach zwei Disziplinarverfahren wegen Trunkenheit und sexueller Nötigung in den Westen - wenige Wochen nach Tamaras Abreise nach Kuba. Tamara war am 9. Mai 1961 in Anwesenheit von meinem Sohn und mir vom Berliner Flughafen Schönefeld abgeflogen, um über das revolutionäre Kuba nach Argentinien zurückzukehren. Sie war ja geborene Argentinierin und hatte somit die argentinische Staatsangehörigkeit auf Lebenszeit. Dort wollte sie in den Reihen der verbotenen Kommunistischen Partei Argentiniens kämpfen. Dazu steht dann in der Akte, Tamara hätte nun doch nicht mehr die Absicht, nach Argentinien auszuwandern, sondern wolle in Kuba bleiben und sogar die kubanische Staatsangehörigkeit anneh-

men. Und als letzter Satz steht dann eindeutig: „In Folge des Verrates (von Männel) ist dieser Vorgang nicht mehr verfolgt worden...“ Mit dem Moment ihrer Abreise nach Kuba ist der Kontakt zur Staatssicherheit also vollständig abgebrochen, und zwar von beiden Seiten aus.

Auch der Vorwurf, sie hätte für den KGB spioniert, ist völlig haltlos. Ich bin extra nach Moskau gefahren und habe sowohl vom Pressebüro der Auslandsaufklärung, der Russischen Föderation als auch von einem Offizier der sowjetischen Auslandsaufklärung, der sehr lange Zeit Verantwortlicher für den amerikanischen Sektor war, ein Schreiben erhalten, in dem eindeutig versichert wird, daß es keine Zusammenarbeit zwischen Tamara Bunke und der sowjetisch/russischen Auslandsaufklärung gegeben hat. Dieser Offizier, der 33 Jahre in der sowjetischen Staatssicherheit tätig war, hat mir sogar zugesichert, falls es notwendig wäre, hier als Zeuge vor Gericht aufzutreten.

Der Vorwurf der dreifachen Agentin ist aber nicht Ihr einziger Kritikpunkt. Gibt es weitere Unwahrheiten in dem Buch ?

Ja, natürlich, es sind so viele Unwahrheiten und Verleumdungen darin, daß ich sie gar nicht alle darstellen kann. Zum Beispiel behauptet Zapata, daß die Staatssicherheit mit uns, den Eltern, gesprochen habe und wir nichts gegen Tamaras Tätigkeit für die Staatssicherheit einzuwenden hätten. Und daß sogar unsere Wohnung gelegentlich für konspirative Treffen genutzt wurde. Das ist von A bis Z erlogen ! Bedenken Sie mal die Ungeheuerlichkeit dieser Behauptung. Wenn man mit uns gesprochen hätte, dann hätte ich alles versucht, um Tamara davon abzuhalten, der Stasi solche Zusicherungen zu machen. Einfach aus dem Grund, weil wir wußten, daß sie in der verbotenen Kommunistischen Partei Argentiniens arbeiten wollte. Wir hatten sowieso schon große Sorgen, da uns klar war, daß sie früher oder später verhaftet wird. Wenn sich dann herausgestellt hätte, daß sie als Spionin für die Staatssicherheit arbeitet, was hätte das bedeutet ?!

Der zweite Komplex, der mich besonders angeht, ist die Erziehung. Zapata schreibt, daß die Eltern - und vor allem die Mutter, betont er extra - ihr schon als kleines Kind Wörter wie „Subversion“, oder „Weltrevolution“, eingetrichtert hätten. Außerdem hätte Tamara schon als kleines Kind an geheimen Treffen der Kommunistischen Partei Argentiniens teilgenommen und wäre Zeugin heftiger Debatten gewesen. Das ist selbstverständlich völliger Unsinn. Denn erstens fanden solche Treffen erst abends um 21 Uhr statt, wenn die Kinder



Nadja Bunke am 10. Januar 1998 bei einer Arbeitsgruppe der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin. Mitte Links auf dem Bild die kubanische Marxistin und Philosophin Fernanda Rios.

schon längst schliefen, und zweitens haben wir schon aus konspirativen Gründen strengstens darauf geachtet, daß die Kinder nichts davon erfahren, damit sie sich in der Schule nicht aus Versehen verraten. Außerdem schreibt er, daß Tamara Haß auf die Eltern gehabt hätte, weil wir sie hierher in die DDR gebracht haben. Natürlich, sie ist in Argentinien aufgewachsen und wäre lieber dort geblieben, aber genauso fasziniert war sie vom Aufbau des Sozialismus in der DDR. Kaum hatte sie an der ersten FDJ-Versammlung teilgenommen, war sie begeistert und wollte so schnell wie möglich Mitglied der FDJ werden. Sie trat sofort nach ihrer Aufnahme in die Clara-Zetkin-Oberschule im September 1952 in die FDJ ein - und nicht erst 1955, wie Zapata behauptet. Sie wurde auch Mitglied der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, der Gesellschaft für Sport und Technik, in der sie Reiten und Sportschießen lernte, sowie der Betriebssportgruppe Stahl. Sie war überall gesellschaftlich sehr aktiv. Nach dem Abitur 1956 ging sie nach Berlin, um im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zu arbeiten. Während ihrer Tätigkeit dort, später als Pionierleiterin und schließlich als Studentin an der Humboldt-Universität wurde sie oftmals als Dolmetscherin und Betreuerin von lateinamerikanischen Delegationen eingesetzt ...

Das Buch von Zapata trägt den Titel „Tania. Die Frau die Ché Guevara liebte“. Seit Jahrzehnten gibt es die Behauptung, Tania wäre die Geliebte von Ché Guevara gewesen. Gelingt es Zapata, dafür Belege zu bringen ?

Nein, überhaupt nicht, in dem ganzen Buch gibt es nur einen halben Satz darüber ! Und zwar an der Stelle, wo Zapata über Ché Guevaras zweitägigen Besuch 1960 in der DDR berichtet. Ché Guevara besuchte damals als Präsident der Nationalbank von Kuba zunächst Leuna und dann Leipzig. In Leipzig traf er sich mit kubanischen und anderen lateinamerikanischen Studenten. Und zu dieser Konferenz hatte der Zentralrat der FDJ einen offiziellen Vertreter geschickt, zusammen mit der Dolmetscherin Tamara Bunke. Von Leipzig ist Ché Guevara dann nach Berlin weitergefahren, hat die Außenhandelsabkommen unterzeichnet und ist schon abends mit dem Zug nach Polen weitergereist. Und in dem Buch steht dann, völlig ohne Belege, daß Tamara wahrscheinlich da schon intime Beziehun-

gen mit Ché Guevara hatte, ein halber Satz, mehr nicht! Und dann kommt das nie wieder vor, nur im Titel und in diesem halben Satz! Auch für diese Verleumdungen gibt es keine Beweise. Aber dafür gibt es niemanden in dem Buch, mit dem Tamara angeblich keine Liebesbeziehung gehabt haben soll. Ein Kubaner aus der kubanischen Vertretung in Prag, ein Maler ...

Tamara wird als eine Topagentin beschrieben, die berechnend, skrupellos, herzlos ist und ihre Liebhaber wie Hemden wechselt - je nachdem ob sie gerade nützlich sind oder nicht. Er kann sich anscheinend nicht vorstellen, daß Tamara Bunke bzw. Laura Gutiérrez Bauer, der Name unter dem sie in La Paz als Kundschafterin tätig war, andere Qualitäten und Fähigkeiten hatte. Tamara gewann die Sympathie und das Vertrauen der Menschen durch ihre außerordentliche Ausstrahlung, ihr kontaktfreudiges Wesen, als eine hübsche, attraktive junge Frau, die mehrere Sprachen beherrschte und sich sehr für Folklore, Archäologie und Ethnologie interessierte. Sie gewann so viele Freunde, die sie sehr schätzten und ihr gerne halfen. Auf den Kontakt mit diesen Zeugen legte Zapata aber anscheinend keinen Wert.

Sind diese Verleumdungen denn neu ?

Nein, die sind fast 30 Jahre alt und werden in den verschiedensten Versionen immer wieder aufgewärmt. Nachdem ab Anfang März 1968 die ersten Artikel über die heldenmütige Revolutionärin und Kampfge-

fährtin Ché Guevaras, Tania la Guerrillera, in Kuba erschienen, begannen die Verleumdungen in der reaktionären Presse. Es begann mit dem Artikel des erwähnten flüchtigen Stasioffiziers Günter Männel am 25.5.1968 in der Welt am Sonntag. Darin schrieb er, Ché Guevara hätte Tania nicht nur als gute Schützin, sondern auch als Frau geschätzt, und er hätte sie den sowjetischen Sicherheitsorganen geliehen, um sie auf Ché Guevara anzusetzen. Und das soll alles im Mai 1961 passiert sein, denn danach war Tania schließlich in Kuba?! In dem Jahr, als Ché kubanischer Industrieminister wurde, soll sie von den sowjetischen Sicherheitsorganen auf ihn angesetzt worden sein? Dabei hatte er noch nichts davon gesagt, Kuba verlassen zu wollen! Na ja, jedenfalls gingen ab 1968 diese Verleumdungen durch die reaktionäre Presse der Welt. Der ehemalige bolivianische Innenminister Antonio Arguedas hat 1969/70 in der Pressekonferenz in La Paz selbst berichtet, daß die CIA ihn gezwungen hat, solche Artikel über Tania la Guerrillera in die offiziellen bolivianischen Zeitungen zu setzen. Darin wird sie dann als dreifache Agentin und Geliebte von Ché bezeichnet. Artikel mit dem gleichen Inhalt erschienen danach auch im britischen Observer, in der US-amerikanischen New York Times sowie in brasilianischen, finnischen und anderen Zeitungen ...

In der DDR trugen 242 Jugendbrigaden, Frauengruppen, Kindergärten und Schulen

den Namen Tamara Bunke. Wieviele davon haben die Einverleibung durch die BRD überlebt ?

Der einzige, der meines Wissens noch existiert, ist der Jugendclub im Berliner Bezirk Friedrichshain. Alle anderen sind umbenannt worden oder bestehen gar nicht mehr. Aber was nicht verhindert werden kann ist, daß sich viele Menschen noch an Tamara Bunke erinnern. Wieviele Menschen mich fragen, ob ich mit Tamara verwandt bin, Taxifahrer, eine Serviererin ... Es erwärmt mir immer wieder das Herz, wenn ich sehe, daß die Menschen sie nicht vergessen haben. In Kuba gibt es unzählige Kollektive und Institutionen, die den Namen Tamara Bunke oder Tania la Guerrillera tragen. Und sowohl in Kuba als auch in Bolivien tragen viele Kinder den Namen Tania oder Ernesto.

Letztes Jahr wurden die sterblichen Überreste Ché Guevaras und sechs seiner Kampfgefährten gefunden. Sobald die Überreste Tanias gefunden werden, was soll mit ihnen geschehen ?

... ich habe den Kubanern eine Vollmacht ausgestellt, die sterblichen Überreste von Tamara zu suchen, zu bergen und zu identifizieren. Mein innigster Wunsch ist es, daß Tania in Kuba bestattet wird. Im Mausoleum in Santa Clara, wo Ché Guevara liegt, wurden insgesamt 38 Nischen für alle Partisanen, einschließlich Tania eingerichtet.

Interview: Christoph Wiesner

Der »neue Mensch« und der Weg dorthin

Als Kinderpsychiater und Psychotherapeut bin ich auch am wirklichen und politischen Leben interessiert. Allerdings ist ein Psychotherapeut so sehr dem Individuellen und Mikroskopischen verpflichtet, daß dies dem politischen Engagement leicht entgegensteht. Und doch gibt es genügend politisch denkende, auch marxistische Psychotherapeuten, die sich mit ihrer Arbeit einem Menschenideal von innerer Freiheit und äußerer Sicherheit verpflichtet sehen, von dem wir für keine Revolution der Welt Abstand nehmen sollten. Ein Menschenbild, das ich für absolut vereinbar mit revolutionärem Denken und Handeln und der Vision von einer besseren Welt halte. Offen gestanden vermisste ich die Verbindung von einem solchen Menschenbild und politischer Vision bei vielen sich revolutionär verstehenden politisch Engagierten und auch in letzter Zeit in vielen Artikeln des Cuba libre. Ich möchte im folgenden versuchen, genauer zu erklären, was ich da vermisste.

Es ist sicher nicht falsch, Ideale im ganz herkömmlichen Sinn zu haben, an die man glaubt und die das eigene Handeln motivieren. Dennoch hatte ich bisher den Vorteil des historischen Materialismus darin

gesehen, daß sein „Ideal“, materialistisch ist in dem Sinn, daß das Wohl aller Menschen, die gleich gute Versorgung aller Menschen mit dem Nötigen und darüber hinaus mit dem Verfügbaren die Grundlage der materialistischen Moral ist. Dieser Zustand gleich guter Versorgung aller Menschen ist im Augenblick so weit entfernt wie eh und wir entfernen uns davon im Augenblick immer weiter.

Kuba war in den letzten 30 Jahren das Land der Erde, das diesem Zustand von Gerechtigkeit wohl am nächsten kam. Aber die Entwicklung ging, aus welchen Gründen auch immer, nicht weiter und aus bekannten Gründen wurde diese beispielhafte Situation in Frage gestellt. Vermehrt jedoch mit diesem Niedergang und nicht nur im Verlauf dieses Jahres wurde im „Cuba libre“ immer wieder der Geist von Che und die Vorstellung vom „nuevo hombre“ beschworen. Dies offenbar ohne sich zu wundern, dass die sozialistischen Länder, eingeschlossen Kuba, so weit vom nuevo hombre entfernt sind wie je zuvor, ihm keinen Schritt näher gekommen sind als die übrige Welt. Und die ständigen Wiederholungen geschehen, ohne sich zu wundern, dass man sich in dieser Idealisierung

in keiner Weise von der z. B. des „guten Christenmenschen“ unterscheidet, den es ebensowenig gibt wie den nuevo hombre und dessen Verwirklichung die sogenannte christliche Welt in zwei Jahrtausenden nicht wesentlich näher gekommen ist. Wir können im Gegenteil zusehen, wie sich die Ideologie des „american way of life“ weltweit durchsetzt, in der sich der jeweils Stärkere das, was er braucht und wozu er sich berechtigt fühlt, mit dem jeweils moralisch am wenigsten anstößigen Mittel nimmt, aber diese Moral eben nur gilt, solange sie die Verwirklichung der Ziele nicht beeinträchtigt. So haben die Amerikaner ihren eigenen Halbkontinent den Indianern abgenommen, und so haben sie über die andere Hälfte des Kontinents hinweg ihren Einfluß auf den Rest der Welt ausgedehnt und ihre Vorstellung des „neuen Menschen“, über die Welt verbreitet.

Es war die Leistung der kubanischen Revolution, eine blutige Diktatur zu besiegen, obwohl bis heute niemand erklären kann, wieso dies gelang. Der Erfolg der kubanischen Revolution vor allem in den ersten Jahren hängt sicher neben der Insel-lage nicht zuletzt mit den Personen Che Guevaras und Fidel Castros zusammen.

Mehr als alle anderen Staatsmänner der Region vereint Fidel den Willen zur Macht mit persönlicher Integrität und der Sorge um die Menschen. Mehr als anderen Revolutionen ist es der kubanischen gelungen, ihre Versprechungen insofern zu halten, als es dem grössten Teil der Bevölkerung besser ging als vor der Revolution und alle gleich gut versorgt waren.



Nicht zuletzt infolge der Vorherrschaft der grossen Konzerne der USA und der Globalisierung der Märkte und der Politik gibt es heute kaum noch einen sozialen Konflikt auf der Welt, der mit Waffengewalt gelöst werden könnte. Wahrscheinlich war dies auch früher so, allerdings machte es in der Zeit der Diktaturen weit mehr den Anschein, als wäre das möglich.

Was also können wir der Herrschaft der Konzerne und der Wirtschaftsmächte, dem militärisch-industriellen Komplex entgegensetzen. Sind es Durchhalteparolen und idealistische Formulierungen, mit denen die Kirche seit jeher den Lauf der Dinge aufzuhalten versucht, obwohl ihr die Menschen ebenso davonlaufen wie die Kubaner der Período especial. Oder ist es der Glaube an Idole, die das allgemeine Gute gegenüber dem Allgemeinen Schlechten verkörpern. Oder gar der bewaffnete Kampf. Die Versuchung zu vereinfachen ist allerdings groß, wenn die ideologische Kraft der Vertreter des Antisozialen übermächtig erscheint.

Wir dürfen uns wundern, wie in solchen Situationen der Bedrängnis bereits früher klug gedachtes in Vergessenheit gerät und

ebenso der Amnesie verfällt wie tapfere Revolutionäre sterben, die sich in ihrem heroischen Kampf in einer Art Größenwahn chancenlos einem übermächtigen Gegner entgegenstellen. Es scheint eine gewisse Gesetzmässigkeit darin zu liegen, dass das Denken angesichts der Übermacht der Mächtigen gehemmt und in seiner Beweglichkeit eingeschränkt wird. Nicht anders kann ich mir erklären, daß in den letzten Jahren in der „Cuba libre“ zwar viele Durchhalteparolen und „Beweise“ der Leistungsfähigkeit der kubanischen Revolution wiederholt werden, daß sich aber kaum noch Beweise lebendigen Nachdenkens finden. Schließlich hat Kuba objektiv keine Chance gegen die Übermacht der USA. Wir können also mit Nachdenken nichts verlieren und stellen die großartige Leistung der Kubaner nicht in Frage.

Was könnte aus Che's „nuevo hombre“ Lebendiges erwachsen. Che selbst war ein charismatischer Führer, ein integerer Mensch, ein Größenwahnsinniger, der sich bedingungslos einer Sache verschrieben hatte. Aber er war wahrscheinlich eher beziehungsgestört als ein „nuevo hombre“. Angesichts der Übermacht der herrschenden Verhältnisse macht nichts anderes Sinn, als das bereits klug Gedachte zu bewahren und vor allem weiterzuentwickeln. Denn nichts entwickelt sich so rasant wie die Herrschaftstechniken und die ideologischen Anpassungen der Weltmächte. Und seit jeher waren es die klugen Geister, die die Mächtigen in Bedrängnis gebracht haben und die vorausgedacht haben für die Handelnden. Zur Ideologie-

bildung und zur Psychologie der Herrschaft und der Bedingungen menschlicher Existenz und des menschlichen Miteinanders gibt es in den letzten hundert Jahren genügend Erkenntnisse. Dies beginnt mit der Psychoanalyse, die als naturwissenschaftlich und materialistisch einer materialistischen Moral wie der oben beschriebenen verpflichtet ist und die deshalb ohne grosse Korrekturen mit dialektisch-marxistischem Denken zu einer Synthese geführt werden konnte. Es ist bei diesen ersten Versuchen der Kritischen Theorie nicht geblieben. Gerade in den letzten Jahren hat sich die Psychoanalyse rasant weiterentwickelt und hat sich weiterhin Gedanken gemacht zur menschlichen Natur, der Dialektik der menschlichen Natur, die als solche nur sich abbildet in konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen. Nur mit diesem Wissen aber können wir überlegen, was den „nuevo hombre“, ausmachen könnte und welche Bedingungen erforderlich sind, dem näher zu kommen.

Der Vollständigkeit halber möchte ich daran erinnern, dass weder Che sich noch wir uns über den Satz hinwegsetzen können, daß das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt. Der aus der jeweils aktuellen gesellschaftlichen Realität heraus Denkende wird als Ideal immer nur ein Zerrbild aus Wünschen und Projektionen entwerfen. Je weniger allerdings, desto mehr er sich mit diesen Gegebenheiten und den psychischen Gesetzmässigkeiten auseinandersetzt und diese beständig analysiert. Nur so können wir dem Gegner voraus sein.

Selbstverständlich ist dieses Denken genauso wenig wertfrei wie jedes andere und kann von den Herrschenden benutzt werden wie die Psychoanalyse nach kurzem anfänglichen Kampf von diesen in Besitz genommen wurde und natürlich im Kampf um die Vorherrschaft benutzt wird (das gilt für jegliche Psychologie). Und selbstverständlich ist der ökonomische Aspekt genauso wichtig - meines Erachtens allerdings auf keinen Fall wichtiger.

Ein großer Vorteil des Marxismus, wenn man ihn im oben genannten Sinn versteht, ist die Einfachheit der materialistischen Moral, die als offenes Weltbild auf Setzungen wie sie die Religion braucht, verzichten kann. Ein weiterer Vorteil ist die widerspruchslose Vereinbarkeit mit anderen Denkgebäuden, die ebenfalls historisch-materialistisch und dialektisch denken. Ein solches Denken bietet z. B. die Psychoanalyse, die uns als Wissenschaft vom Menschen zur Verfügung steht, wenn wir gesellschaftliche Entwicklungen analysieren und verstehen wollen. Ich frage mich, warum dieses Denken im „Cuba libre“, nicht mehr zu finden ist - es war einmal anders. Und ich möchte ermutigen, die Diskussion wieder zu öffnen und zu denken, wie das nächste Cuba aussehen könnte und was dort besser sein könnte.

Februar 1998
Matthias Schmelzle

BAHAMAS

Nr. 25 Frühjahr 1998

Endstation Populismus

Statt roter Bibel schwarzes Buch; Gollwitz; Was ist Ideologie? Terror und Versöhnung in Algerien; Das ewige Rätsel Auschwitz, Staatsmythos Deutscher Herbst; Postone und seine Rezeption; Volkstumskampf und Sozialdemokratie; Antideutscher Show-Down; Nazi-Opfer als „Stalinisten“ u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorkasse / Briefmarken)

Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;

BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin

Fax/Fon: 030 / 623 69 44

**CUBA
LIBRE**



Ché in Algerien mit Premierminister Ben Bella und dem Cubanischen Botschafter Jorge Seguera.

Foto: Granma internacional engl./span.

Chés Afrikanische Wege

von Gabriel Molina, Granma Internacional, englische Ausgabe

Als Che Guevara Cuba 1965 verließ, ergingen sich die politischen Kreise unter dem Einfluß der USA in allerhand Mutmaßungen. Spekulationen rankten sich von seiner Notlage, weil er in Ungnade gefallen sei, bis hin zu seiner physischen Vernichtung und eine breite Skala vorstellbarer Phantasien wurde nacheinander präsentiert. ★

Für die CubanerInnen bedeutete Chés Verschwinden einen tiefgreifenden Anlaß zur Besorgnis. Ich erinnere mich, daß Luis Baez und ich, während eines denkwürdigen Arbeitseinsatzes bei der Zuckerrohr-Ernte, Fidel, der damals Premierminister war, in unserer Eigenschaft als Journalisten befragten. Aber wir erhielten keine Antwort.

Im Oktober desselben Jahres verlas Fidel öffentlich den dramatischen Abschiedsbrief von Ché um die Legendenbildung einzudämmen. Sie hörte jedoch nicht auf, bis zu Chés zweitem Schreiben: Der Botschaft an die Trikontinental-Konferenz, in der er dazu aufrief, "ein, zwei, viele Vietnams" zu schaffen.

Erst viele Jahre später wurde bekannt, daß Comandante Guevara, nachdem er Cuba verlassen hatte, im Kongo kämpfte und beizutragen versuchte, das politische und humanitäre Vermächtnis von Patrice Lumumba zu erhalten.

Die 8. Internationale Buchmesse in Havanna war vor kurzem der angemessene Rahmen zur Vorstellung des Werkes "Wege des Ché", geschrieben von Comandante Jorge Serguera Riveri, Papito, herausgegeben von Plaza y Valdez in Mexico. Fernando Valdés selbst kam zusammen mit dem Arzt Raúl Rojas Soriano nach Havanna um an der Präsentation teilzunehmen.

Das Buch beinhaltet Darstellung und Analyse einer Fülle von Erfahrungen in einem Stil, der brillantes Können zeigt.

Der Autor, der einen Studienabschluß in Rechtswissenschaft, Philosophie und Ingenieurwissenschaft besitzt und die Fakten genauestens kennt, mischt in dem Buch Anekdoten und Humor mit philosophischer Einschätzung und der theoretischen Abhandlung politischer, sozialer und ökonomischer Fragen unserer Zeit, die die Ereignisse, wie sie sich in Algerien, in Afrika, in der Dritten Welt abgespielt haben, bedingten und beeinflussten. Auf die gleiche anschauliche Weise analysiert er Themen wie die chinesisch-sowjetischen Widersprüche, die Ost-West-Konfrontation oder positive Neutralität und verfolgt sie zurück bis zu ihren historischen Ursprüngen. Oder er läßt seiner Wissen-

schaftlichkeit freien Lauf, indem er Thesen infrage stellt mit den Argumenten gelehrter Theoretiker, gewürzt mit seinen eigenen Ansichten.

Es ließe sich in der Welt wohl kaum ein anderer Botschafter finden, der vom Präsidenten des Landes, in dem er akkreditiert ist, Papito genannt wird. Der Spitzname ist Teil seines Charakters, so wie jener Sinn für Humor, der sich manchmal in ungewöhnlicher Weise zeigt: So erzählt er etwa von dem Maschinengewehrangriff eines feindlichen Flugzeugs, während er mit Ché auf Maultieren durch die Sirra Maestra ritt. Er warf sich zum Schutz auf die Erde, während Ché weiterritt, als sei nichts geschehen. Als Serguera ihn 100 m weiter wieder einholte, sagte Guevara kühl zu ihm: "Du bist zu Boden gegangen, Feigling."

Was das algerische anticolonialistische Problem angeht, so zitiert Papito ausführlich aus Alfred Webers "Kulturgeschichte", um die Stelle zu untersuchen. "Webers Zitat, obwohl brillant, ist polemisch. Die Vorstellung ist im Bereich der westlichen Kultur angesiedelt ... Konsequenz aus der Situation des Westens als Kultur für sich, die innerhalb eines historischen Entwurfes der Epoche dominierend ist und deren bekanntester Exponent Oswald Spengler war, mit seinem "Untergang des Abendlandes". Toynebee hätte es der Kollision der Zivilisationen im Raum zugeschrieben ...

Weber hat recht, wenn er von Krise spricht, seine Darstellung wird schief, wenn diese in allgemeiner Form als Problem der Kultur darstellt. Am schlimmsten ist es, wenn der Gedanke der kulturellen Hierarchie des Westens untergeordnet bleibt."

Auf diese Weise verknüpft Serguera relevante Themen hinsichtlich der komplexen Problematik, die der anticoloniale Kampf für die französische Linke darstellte. "Die Vorstellung von der Isolierung Frankreichs weckte dreierlei Ängste: Die Dekolonisierung Algeriens könnte den USA und England Gelegenheit zum Eindringen geben; der sowjetische Einfluß könnte sich gefährlicher Weise in Nordafrika etablieren und die Autorität und das Ansehen Nassers könnten sich verstärken

und es könnte gelingen, Bedingungen zu schaffen für eine politische Union und Integration in ganz Nordafrika ...

Algerien rief unter der französischen Bevölkerung einen allgemeinen Schluß mit der Regierung hervor, was natürlich eine Fortsetzung der Konfrontation bedeutete oder die Ausweitung zu einer Konfrontation zwischen der algerischen und der französischen Nation."

Dies ist einer der Gründe - nicht der einzige - für das Zögern der Französischen Kommunistischen Partei, den Kampf des algerischen Volkes aktiv zu unterstützen.

Für mich ist es eines der größten Verdienste des Buches, daß es aufklärt über die gemeinsame Rolle, die Cuba, Ché und Fidel in Afrika gespielt haben. Serguera verweist auf die Puffer-Staaten und charakterisiert so auch den Kongo (Leopoldville) - wo Ché Guevara aktiv war - aufgrund seiner Nähe zu Südafrika, Namibia, Angola und Brazzaville (Französisch-Kongo). Seit jener Zeit, übernahm Cuba eine mehr oder weniger direkte Rolle in der Unterstützung des Kampfes in jedem dieser Länder. Ihre schrittweise Befreiung hat nach Ablauf von 32 Jahren zu dem Triumph von Lumumbas Erben im Kongo geführt.

Ché hat das Ziel, das er sich gesetzt hatte, erreicht. Um es mit den Worten Sergueras zu sagen: "Erstens: antiimperialistische Guerillabewegungen in Lateinamerika zu verstärken und zu entwickeln. Und zweitens: das interne Verteidigungssystem durch offensive internationale Aktionen zu stärken, die den USA klarmachen würden, daß wir "einen Präriebrand entfachen könnten", wie es Raúl Castro ausdrückte. Meiner Meinung nach ist dies die Grundidee des Buches, denn der Autor reflektiert auf tiefgründige Weise das politische Schachspiel der legendären 60er Jahre. Daher lautet der ursprüngliche Titel auch: Die Afrikanische Verteidigung: Algerische Variante.

(a.d.span.MS)

Besprechung eines Videos:

Ernesto Ché Guevara.

Mensch, Genosse, Freund ...

Unter diesem Titel ist zur Freude vieler politisch Interessierter und cubanischer Solidaritätsgruppen jetzt endlich eine deutsche Version des italienischen Videos von Roberto Massari erschienen. Sie hätte eigentlich schon zur internationalen Ché-Konferenz Ende September in Berlin vorliegen sollen.

Nachdem Buchverlage, Zeitungen, Zeitschriften, ja selbst Fernsehsender aller Couleur zum dreißigsten Jahrestag der Ermordung des Ernesto "Ché" Guevara de la Serna den Markt mit ihren mehr oder - meist - minder guten Produkten überschwemmt hatten, war das auch dringendst nötig! Umso besser, wenn, was lange währte, auch endlich gut wurde, dank der vereinten Bemühungen des AKI (Arbeitskreis Internationalismus) in Karlsruhe und der Medienwerkstatt in Freiburg. Ergebnis ist nämlich ein fast ausnahmslos deutsch synchronisierter Film. Zuschauer und -rinnen können sich also uneingeschränkt auf Bild und Botschaft konzentrieren, statt deutschen Untertiteln im sich bewegenden Bild nachjagen zu müssen. (Schade nur, daß der Abspann im Gegensatz zur Kassettenhülle nicht alle, die viel Zeit und Geduld in das Gelingen der Synchronisation gesteckt haben, aufführt).

Ganz besonders wohltuend hebt sich dieses Video von der Masse der saisonbedingten Produktionen dadurch ab, daß es nicht versucht, dem Zuschauer das Ché-Bild Massaris oder des AKI unterzuschieben. Und noch weniger, Ché für heutigen eigenen politischen Strategien und Ziele zu instrumentalisieren, ihn ungefragt und unwidersprochen - Tote können sich nicht mehr wehren - in einen Kronzeugen gegen das heutige Cuba und Fidel umzuwandeln, wie es die Biographie von Paco Ignacio Taibo tut.

Massari läßt Ché Guevara, der wahrhaftig genug gesprochen und geschrieben hat, durch Rückgriff auf cubanisches Archiv- und Wochenschaumaterial, Ablichtung von Redemanuskripten, Zeitungsartikeln u.ä. ausführlich selbst sprechen: über den Guerillakrieg, über Voraussetzungen wirklicher wirtschaftlicher Unabhängigkeit, über die Notwendigkeit der Herausbildung eines neuen Menschen, über materielle und moralische Anreize bei der Industrialisierung, über "freiwillige" - d.h. unbezahlte - Arbeit, über die Aufhebung der Entfremdung des Menschen, über die Voraussetzung nicht entfremdeter Kultur und Kunst und Vieles mehr. Eine umfassende Begegnung mit Chés Denken und Wirken also. Massari enthält sich wertender Kom-

mentare, beschränkt sich ganz auf knappe Überleitungen. Er traut dem Zuschauer also genügend Urteilsvermögen zu, um sich selbst eine Meinung zu bilden.

Das hat allerdings seinen Preis: "Ché für Anfänger" ist dieses Video nicht. Es setzt eine gewisse Kenntnis der Entwicklung der cubanischen Revolution voraus und geizt geradezu mit Jahreszahlen, einordnenden Fakten und Ortsangaben. Z.B. erläutert kein Satz, daß es sich bei den einer Militärparade ähnelnden Bildfolgen um den siegreichen Einzug der Guerilla aus der Sierra Maestra in Havanna handelt, und wann der stattfand. Dies und etwa die Invasion in der Schweinebucht oder die Raketenkrise zu erwähnen, wäre für Gliederung und Verständnis wichtiger gewesen, als das eine oder andere Datum einer Rede. Schließlich handelte und reflektierte Ché in Cuba unter sehr konkreten politischen Umständen, was sich in dem Video leicht etwas ins Zeit- und Geschichtslose verflüchtigt.

Massari war sich dessen offenbar bewußt, denn dem Video liegt ein zweiseitiger chronologischer Abriss des Lebens und Wirkens von Ché Guevara bei, den vorab zu lesen, bzw. bei Veranstaltungen zu verteilen, empfohlen wird. Er ist sehr informativ und konzentriert, ein ausgezeichnetes Hilfsmittel, aber eben nur ein Hilfsmittel ... (Im Video ist darüber hinaus ein kleiner (Sprech?)Fehler unterlaufen: Ché hielt seine Rede in Algier vor dem 2. wirtschaftlichen Seminar der afro-asiatischen Solidarität nicht am 24. Februar 1964 sondern 1965.)

Das anderthalbstündige (nicht wie auf der Kassettenhülle angegeben 105-minütige) Video gliedert sich in 7 Teile: Kindheit und Jugend; Unterwegs in Südamerika; Von Mexiko nach Havanna; Industrieminister; Botschafter der Revolution; Der Mensch; Andere Länder der Erde.

Ein für die spätere Entwicklung wichtiger Aspekt von Chés Wirken bleibt unbeleuchtet: daß er nämlich der Architekt der Beziehungen Cubas zur Sowjetunion war. Aber etwas schaffen, heißt immer auswählen und Prioritäten setzen. Vielleicht sind Kindheit und Jugend plus lateinamerikanische Reisen mit einem Fünftel des Filmes etwas zu breit geraten, zumal auch nicht ganz klar wird, daß Guatemala und Mexiko für Ché nicht mehr nur Stationen einer Reise, sondern Stationen politischen Engagements waren. Vielleicht hätte der Zuschauer mehr davon, wenn die Liebe zum Detail, die Chés Reisen durch Lat-

einamerika auf einer Karte rot nachzeichnet, den ungleich gewichtigeren Reisen Guevaras als "Botschafter der Revolution" zugute gekommen wäre. Aber letzten Endes sind dies Nebensächlichkeiten.

Nicht nebensächlich ist jedoch das sehr eindrucksvolle, wenn auch für mich nicht ganz vollständige Ende des Filmes. Dem Zuschauer werden die ebenso unerträglichen wie sattem bekannten Details von Verwundung und Erschießung erspart, und damit das Mitwirken an Entstehung und Weiterverbreitung einer Märtyrerlegende. Rot-schwarz und unbeweglich erscheint für einige Sekunden das Schwarzweißfoto des stehenden, verhafteten, noch nicht für die Medien frisierten Ché, dann nur sein Kopf als Ausschnitt aus dem berühmten Foto, auf dem er dem ermordeten Marat des Gemäldes von David ähnlich sieht. Hier wäre der Film eigentlich zu Ende.

Es folgen jedoch nacheinander die verschiedensten Abwandlungen des wohl bekanntesten aller Guevara-Fotos von Korda. Vermutlich soll dadurch suggeriert werden, daß Ernesto "Ché" Guevara de la Serna in mannigfaltiger Weise weiterhin präsent ist. An dieser Stelle aber hätte ich mir etwas anderes als Bilder und Ikonen gewünscht, nämlich den Hinweis, daß Ausbeutung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit sowohl hier als auch gegenüber dem Trikont, gegen die Guevara als Revolutionär kämpfte, in den 30 Jahren seit seiner Ermordung nicht etwa überwunden wurden, sondern sich verschärft haben. Woraus sich ergibt, daß, wer Guevara ehren will, den Kampf fortführen muß, wenn auch mit anderen Mitteln.

Ernesto Ché Guevara. Mensch, Genosse, Freund ...

Videofilm über das Leben und Werk Ché Guevaras, von Roberto Massari
Vertrieb: Medienwerkstatt e.V. Freiburg, Konradstr. 20, 79100 Freiburg.
 Tel. 0761/709757, Fax 0761/701796
 Bestellungen gegen Vorkasse
 (Verrechnungsscheck oder Überweisung)
 Konto: Medienwerkstatt e.V. Nr. 61954-753,
 Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075.
 Preis 27 DM + 6 DM Versandkosten.

aktuell: papst-nachlese

Notizen zum Papstbesuch in Habana

von Gunther Lenner

Am Sonntag gegen 23 Uhr Ortszeit landete ich in Habana - am Mittwoch "folgte" "el papa" ...

Am späten Mittwoch vormittag traf ich mich mit einem befreundeten cubanischen Ehepaar - die wollten einen Ausflug machen, ich aber wollte den Papst in seinem Glaswagen irgendwo sehen, wozu das Ehepaar wiederum keine große Lust hatte. Nach einigem Hin und Her einigten wir uns dahingehend, daß wir zunächst gegenüber dem Hotel "Cohiba" den Papst-Troß abwarten und anschließend noch etwas anderes unternehmen sollten. Grundsätzlich ging es mir natürlich weniger um einen Blick auf den Papst aus 50m Entfernung, als vielmehr um die Reaktion der Bevölkerung, um die Stimmung, kurz also darum, wie der Papst auf die Bevölkerung wirken würde.

Die Straßen waren dicht gesäumt, sehr viele Zuschauer waren mit Fähnchen ausgestattet, die Stimmung war freundlich, ganz überwiegend aber nicht euphorisch. Zu den Besuchermengen, die sich schwerlich in Zahlen fassen lassen (immerhin hatte ich ja nur ein sehr begrenztes Gesichtsfeld), ist zu sagen, daß auf den jeweiligen Stationen des Papstes in Cuba die Bevölkerung arbeits- und schulfrei bekam, daß über alle Gliederungen der Partei und des Staates zur massenhaften Teilnahme an den Messen und eben auch zum Zuschauen an den Straßenrändern aufgefordert wurde - ganz offenbar sollte dem Papst und der Weltöffentlichkeit vorgeführt werden, wie fröhlich und freundlich die gottlosen Kommunisten den kirchlichen Antipoden, der ja für gewöhnlich am Kommunismus kein gutes Haar zu lassen pflegt, völlig unverkrampft begrüßen. Die fast völlige Abwesenheit uniformierter Ordnungshüter bei dieser kollektiven Masendemonstration sollte darüberhinaus der Welt wohl auch zeigen "Schaut her, wir brauchen keine Angst vor der eigenen Bevölkerung haben".

Uns gegenüber hatte eine kirchliche Kindergruppe Position bezogen, die, von einem älteren Megaphon-Sänger phormäßig dominiert, unentwegt irgendwelche Kirchenliedchen sangen und ab und zu dann auch skandierten "Viva la Cuba, Viva la Cuba catholica", was einige umstehende Habaneros spontan ergänzten mit "... y socialista", was wiederum mit freudigem Lachen auch der frommen Liedersänger quittiert wurde.

Mitten in diesem Pulk entdeckte ich Maria, eine Sprachlehrerin der Universität, bei der ich meinen 2. Spanisch-Kurs absolviert hatte - sie sah mich auch, wir liefen aufeinander zu, herzliche Begrüßung und so. Auf meine Frage, wo denn Judith und Norma seien (zwei andere "Profesoras"

der Universität) zuckte sie bedauernd mit den Schultern "ellas no gusta el papa". Wir verabredeten uns für Freitag in der Universität, was auch klappte. Diese Episode illustriert treffend meinen Gesamteindruck: Viele Habaneros interessierten sich überhaupt nicht für "el papa", viele erschienen aus purer Neugier oder weil es "von oben" so dringlich empfohlen worden war. Und natürlich gab es eine begeisterte Minderheit, die "el papa" entgegenfeierte. Für den in den Medien offenbar vermittelten begeisterten Gesamteindruck zeichneten aber zum großen Teil die aus aller Welt zu zig-Tausenden eingelaufenen Papsttouristen "verantwortlich". Und dieser Troß eilte per Bus dann dem Papst quer durch Cuba immer einige Stunden voraus nach Santa Clara etc. Mein Hotel war am Donnerstagmorgen fast leer ...



Neue Impressionen in Cuba

Fotos: G. Lenner

Zurück zum "Cohiba": Nach gut einer Stunde des Wartens kam dann der vom Malecon abgebogene Wagen-Korso mit erhöhter Geschwindigkeit angerauscht und flitzte in Sekundenbruchteilen vorbei - wahrscheinlich ist auch ein von mir versuchtes Photo mißlungen: Wir standen bereits im Schatten, was längere Belichtung erforderlich gemacht hätte, was wiederum wegen des Tempos der Kolonne nicht möglich war ... Kurzfristige "el papa" und Bravorufe und schon war's auch wieder vorbei!

Ab Donnerstag war der Papst ja dann on-tour: In Santa Clara kam, was wohl bei diesem Papst kommen muß - die vehemente Philippika gegen Abtreibung und Empfängnisverhütung - alle, aber auch alle Cubanos, die ich daraufhin angesprochen hatte, reagierten, je nach Temperament, mit Achselzucken, wegwerfenden Handbewegungen o.ä. Ein Habanero meinte trocken "El papa es antiguo ..." (Der Papst ist alt ...). Ganz nebenbei: Auch der cubanischen Regierung gefallen die hohen Scheidungs- und Abtreibungsraten nicht unbedingt - nur werden natürlich weder

Scheidungen oder Empfängnisverhütung noch Abtreibungen verboten werden.

In Santiago muß der dortige Kardinal übelste Gülle abgelassen haben (ich selber hatte das auch nicht im TV mitbekommen). Laut meinem Freund Hannes meinte der "heilige Hirte", die "glücklichsten Jahre Cubas seien die fünfziger Jahre bis zur Revolution" gewesen - da fällt einem nicht mehr viel ein und einige Habaneros, denen ich davon erzählte, waren angesäuert. Doch auch dieser weise Hirte, dem das seinerzeitige, überbordende Wohlergehen der katholischen Kirche den Blick noch heute verstellt für die Lebenswirklichkeit der cubanischen Bevölkerung in jenen Jahren, durfte völlig ungehindert seinen Sermon absondern.

Dann der unbestrittene Höhepunkt, der Sonntag mit der Messe auf der "Plaza de la Revolution". Für den Papst mutierte der Platz der Revolution zum "Platz der Republik" Schon bei einem Besuch von Hannes in der »granma international« hatte ich die Vorbereitungen auf dem Platz besichtigen können: Ziemlich direkt vis-a-vis vom Innenministerium mit dem riesigen Chelief war auf der gegenüberliegenden Seite eine Art Mini-Kirchlein auf einem Podest errichtet worden. Bei seiner Predigt mußte "el papa" bei jedem Blick auf und über den Platz "el Ché" anschauen ... Neben dem Kirchlein prangte an einer Gebäudefassade ein ca. 20 m hohes, ausgemacht kitschiges Jesus-Gemälde. Der Platz war am Sonntag voll, wiewohl es mir keine Probleme bereitete, als etwas Zu-spät-Gekommener, etwa bis zur Mitte des Platzes durchzulaufen - dann wurde es eng, dies aber vor allem deshalb, weil ganze Pulk von Jugendlichen am Boden saßen und eine Menge Platz "klauten". Je weiter ich nach vorne kam, desto mehr häuften sich diese Gruppen. Die Stimmung war ausgesprochen gut, Fähnchen und Ballons wurden geschwenkt (Ich hoffe, die Photos sind gelungen). Immer wieder gab es während der Predigt vom Papst freundlichen Beifall - vorne, nahe dem "Kirchlein" probten es einige Männer "libertad"-Rufe, stellten dies aber umgehend wieder ein, weil partout kein Habanero einfallen wollte. Entgegen hiesigen Presseberichten, konnte ich jedenfalls nicht beobachten, daß diese Herrschaften abgeführt wurden.

Reporter streckten den Menschen Mikrophone unter die Nase, Kameras surrten - eine Mama war vom Papst offenbar so gerührt, daß sie mit glänzenden Augen nur noch ins Mikrophon schluchzen konnte - kurz, es war ein großes Spektakel, das sich aber nicht, auch nicht ansatzweise, in ein

regime-feindliches Tribunal verwandeln wollte. Und das war für mich schon sehr erfreulich: Die wenigen Provokateure oder auch Überzeugungstäter blieben völlig isoliert.

Wahrscheinlich hat das viele Medienvertreter irritiert, denn vor den Augen der Welt hätten die Cubanos aus ihrem Herzen keine Mördergrube

★ machen müssen - ein Einschreiten von Sicherheitskräften vor laufenden Kameras war von vornherein ausgeschlossen.

Nach der Predigt vom Papst, die ich sinngemäß in etwa kapiert hatte, trollte ich mich dann wieder. Wer inhaltlich vom Papst Revolutionäres erwartet hatte, war wohl a priori falsch gewickelt. Doch muß ich anerkennend sagen, daß dieser erzkonservative Mann für seine Verhältnisse ungewöhnlich viel Positives hervorgehoben hat, wenn auch manchmal recht verklausuliert: Zwar geißelte er totalitäre Ideologien, würdigte aber mindestens zweimal die Leistungen Cubas im Bildungs- und im Sozialbereich und im Gesundheitswesen, brandmarkte das Embargo der USA, verdamnte den alles verderbenden schrankenlosen Liberalismus mitsamt dem dazugehörigen zügellosen Egoismus, forderte Engagement für den Nächsten etc.

Und so war denn z.B. auch die Reaktion von Deborah (ICAP - Institut für Völkerfreundschaft) und von Jesus (!) (UNEAC - Schriftsteller- und KünstlerInnenverband) insgesamt sehr positiv - sie betrachten den Papst-Besuch als Erfolg für Cuba. Und wenn es stimmt, daß die nächste "adveniat"-Sammlung für Cuba bestimmt sein soll, dann ist dies ein nicht zu unterschätzendes Indiz dafür, daß auch der Vatikan diesen Besuch nicht wie irgendeinen beliebigen anderen einstuft. Erstaunt hat mich, daß der Papst die von Fidel in seiner Begrüßungsrede doch sehr plakativ vorgebrachten Gemeinsamkeiten zwischen Christentum und dem sozialistischen Cuba, nicht, auch nicht teilweise zurückwies. Immerhin war ja davon die Rede, daß die frühen Christen für ihren Glauben den Löwen vorgeworfen wurden und heute die USA die Cubanos für deren Überzeugung ökonomisch erdrosseln wollen. Daß das



brutale Embargo der USA vergleichbar sei mit Auschwitz, strapaziert nach meinem Geschmack die Grenzen zulässiger Vergleiche denn doch erheblich.

Abends im Hotel konnte ich mir das Ganze dann nochmal im TV anschauen, wie überhaupt die Fernsehgeräte in den Hotel-Lobbies auf Papst-Dauerempfang geschaltet waren - und die meisten Leute schauten auch neugierig oder interessiert zu.

Nachmittags wartete ich dann ein letztes Mal am "Plaza de Armas" auf die Wagenkolonne, was ich besser hätte bleiben lassen sollen: Zum einen dauerte das Warten rund 3 Stunden, zum anderen begann es leicht zu regnen, was ohne Jacke oder Schirm nicht sehr angenehm war und schließlich wurde mir, als "el papa" glücklich kam und ein von hinten erzeugter künstlicher Druck mich fast über die Absperrung purzeln ließ, mein Geldbeutel gestohlen - der Papst war mir, im wahrsten Sinne des Wortes, sehr "teuer" ...

Während der schier endlosen Warterei konnte ich beobachten, wie auf der gegenüberliegenden Seite des Platzes ein aus etwa 20 Personen bestehender "Stoßtrupp" mit ockergelb/weißen (Farben des Vatikan) Schirmen und z.T. ebenso eingefärbten Mützen im Gänsemarsch einlief und dann im Pulk Sprechchöre intonierte. Ca. 10 Minuten dauerte das Spektakel. Als aber wiederum kein Habanero in die Sprechchöre einstimmen wollte, verschwanden sie so, wie sie gekommen waren - wahrscheinlich um an anderer Stelle ihr Glück erneut zu versuchen. Wegen der großen Entfernung konnte ich nicht verstehen, was da eigentlich gebrüllt wurde.

Interessant zu sehen war auch, wie viele weißgewandete Nonnen sich an den Straßenrändern drückten oder überhaupt in der Öffentlichkeit präsent waren - soweit erinnerlich, begegnete ich in all den Jahren zuvor keiner einzigen. Summa summarum prägte die Habaneros ganz überwiegend eine Art freundliche Neugier - daß jetzt in Cuba die katholische Kirche rasant an Boden gewinnen wird, halte ich für eher unwahrscheinlich. Dazu hat die Bevölkerung, jedenfalls die jüngere, seit der Revolution einen zu großen Abstand zur katholischen Kirche gewonnen. Und vielen Älteren ist die wahrlich ruhmreiche, lupenrein "christliche" Rolle der Kirche während der Batista-Jahre noch recht gegenwärtig.

Diese Vergangenheit war denn auch ein Thema mit den drei »Profesoras« am Freitag, während eines gemeinsamen Mittagessens: Die arme Maria, die so schnüchlig vor dem "Cohiba" auf den Papst gewartet hatte, kam ganz schön ins Schwitzen ...

Oder: Ich fragte einmal einen Taxista im Vorfeld der sonntäglichen Messe, ob er auch zur Messe gehen werde - prompt und trocken kam die Antwort "No, yo soy Santero". Das offizielle Cuba mit Polizei und Militär hielt sich übrigens vornehm im Hintergrund - Absperrungen etc. wurden von Zivilen organisiert, wohl Mitglieder



der Poder Popular. Insoweit hatte die Regierung die eigene Bevölkerung exakt richtig eingeschätzt - keine kritischen Situationen, keinerlei Unruhe - alles ruhig und gelassen.

Die einzigen »Hektiker« waren die Pressefritzen und die Fernsichtteams, die gleich ganze Etagen in den Hotels gebucht hatten und mit ihren Fuhrparks die der Polizei und des Militärs wohl weit in den Schatten stellten. Und sicher herrschte bei den Sicherheitskräften hinter den Kulissen große Anspannung und Nervosität: Ein Attentat auf den Papst in Cuba wäre verheerend gewesen. Deshalb auch wurden z.T. die Fahrtrouten der Papst-Kolonnen kurzfristig geändert, Absperrungen dort aufgebaut, wo die Kolonne nicht fuhr etc. Und wahrscheinlich fuhr auch deshalb der Papst-Corso mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit durch Habana.

Das Konterfei von »el papa« prangte allüberall - sogar die Fahrrad-Rikschen hatten, in Erwartung der vielen vielen Papst-Touristen ihr Heck jeweils mit dem Einheitsphoto vom Papst geschmückt. Summa summarum können, glaube ich, sowohl Cuba als auch der Vatikan mit der Visite zufrieden sein: Beide Seiten versprechen sich auf ihre Weise einen Vorteil: Der Vatikan, daß die katholische Kirche mehr Spielraum in Cuba bekommen werde, Cuba wiederum hofft, die Papstvisite werde weltweit Stimmung für Cuba machen, bzw. Sympathien für Cuba gewinnen. Die Offenheit, mit der der Papst empfangen wurde und die völlige Freizügigkeit für Presse und Medien allgemein und der Cubanos selber entsprach nicht gerade dem Klischee von der bösen Diktatur und den verängstigten und unterdrückten Untertanen.

Begeisterung und echte Stimmung bei den Cubanos kam allerdings erst drei Tage nach der Abreise des Papstes auf: Zum 145. Geburtstag von José Martí bewegte sich bei Einbruch der Dunkelheit ein nicht enden wollender Menschenstrom von der Uni in die Innenstadt. Ein Meer von selbst gebastelten Fackeln illuminierte den Zug eindrucksvoll und zahlreiche Gruppen mit Rhythmusinstrumenten mittendrin sorgten dafür, daß dies, jedenfalls für mich, ein starkes emotionales Erlebnis wurde.

Pressemitteilung der Botschaft der Republik Cuba, Bonn den 19. Februar 1998

Auf Wunsch des Vatikans: Begnadigung von Gefangenen

Am 12. Februar 1998 informierte das Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, daß die Regierung von Cuba als Akt der Gnade und Zeichen des guten Willens in Erinnerung an den Cuba-besuch des Papstes Johannes Paul II. eine gewisse Anzahl von Gefangenen entlassen hat. Die Namen dieser Personen waren einige Monate vor dem päpstlichen Besuch von Angehörigen der Gefangenen und Internationalen Menschenrechtsorganisationen beim Vatikan eingereicht worden.

Gefangene werden demnächst nach gesetzmäßiger Abwicklung eines Gnadenerlasses aus der Haft entlassen.

Dem Gesuch des Kardinal Sodano stattgebend, auch andere, nicht in der Liste berücksichtigte Personen aus humanitären Gründen, wie z.B. Alter, Gesundheit oder ähnliches, zu begnadigen, unabhängig davon, ob diese wegen politischer Vergehen oder normaler Straftaten verurteilt worden waren, wurde ein Gnadenerlaß für mehr als 200 Personen beschlossen.

können aufgrund der Wahrung der Sicherheit des Landes, der Gefährlichkeit der Gefangenen und der Größe des Verbrechens nicht freigelassen werden. Es handelt sich hierbei um ca. 70 Konterrevolutionäre. ★

Wenn man also die ursprüngliche Liste, die anlässlich des Besuches des Papstes in Cuba vorgelegt wurde, betrachtet, in der mehr als 270 Gefangene oder angeblich Gefangene aufgeführt sind und von denen bereits 106, wie der Sprecher erklärte, freigelassen worden waren, so wird nur die erwähnte Gruppe von ca. 70 Gefangenen von dem Gnadenerlaß ausgeschlossen. Es werden hingegen, auf Gesuch von Kardinal Sodano, 224 Personen, die nicht in der ursprünglichen Liste stehen, hinzugefügt. Der Kardinal hat die cubanische Seite darum gebeten, die Fälle der Gefangenen, die unter bestimmten besonderen Umständen leiden, aus humanitären Gründen zu überprüfen und erklärt, daß der Vatikan im wesentlichen daran interessiert ist, daß diese Fälle unabhängig von der politischen oder nicht politischen Motivation des Verbrechens berücksichtigt werden.

Es war für die cubanischen Behörden nicht schwer, diesem Gesuch entgegenzukommen, weil das cubanische Strafsystem die Gesundheit, das Alter und besondere Umstände, die das Leben des gefangenen nacheilig beeinträchtigen können, berücksichtigt; demzufolge wurden während der ganzen Jahre der Revolution abertausende Gefangene vor Ablauf ihrer Haft freigelassen, unabhängig davon, ob sie ein politisches Verbrechen begangen hatten.

Die offizielle Zeitung der Kommunistischen Partei Cubas "Granma" äußerte sich noch am selben Tag zu dieser Erklärung: "Damit keine Unklarheit noch Zweifel über diese vernünftige und freundliche Geste gegenüber unserem hochgeschätzten Gast bestehen: Die Revolution ist großherzig, aber sie kann auch unerschütterlich sein. Gegenüber Feinden des Vaterlandes und denjenigen, die Cuba zerstören wollen, kann und wird es keine Straflosgkeit geben. Das Volk, seine Unabhängigkeit, seine Revolution, seine Wirtschaft, seine Sicherheit und seine sozialen Errungenschaften zu verteidigen, ist das erste und höchste Gebot aller cubanischen Patrioten".



Cienfuegos Januar 1998 – Schaufenster

Foto: S Luthner

Diese Mitteilung gab weiterhin bekannt, daß der Gnadenerlaß eine Gruppe von Personen betraf, deren Namen auf einer Liste standen, die am 22. Januar d.J. vom Staatssekretär Kardinal Angelo Sodano im Namen des Papstes den cubanischen Behörden vorgelegt wurde, und daß noch weitere Gnadengesuche zur Revision stehen.

Die Mitteilung wies auch daraufhin, daß die Regierung Cubas bereits aus denselben eingeforderten humanitären Motiven eine beträchtliche Anzahl von Gefangenen begnadigt hatte, die aus verschiedenen Gründen verurteilt worden waren.

Der Sprecher des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen von Cuba, Alejandro González, erklärte am Freitag, dem 13.2.1998 folgendes:

Anlässlich des päpstlichen Besuches übergab der Kardinal Sodano der cubanischen Seite eine Namensliste von Personen, die sich in Gefangenschaft befanden, mit der Bitte um ihren Begnadigung. Diese Liste wurde sorgfältig überprüft. Es ergab sich aber, daß 106 Personen der o.g. Liste bereits vorschrifts- und rechtmäßig aus der Haft entlassen worden waren, bevor das Gnadengesuch vorgelegt wurde. Weitere

Das Ministerium für Auswärtige Beziehungen teilte der Presse mit, daß nur noch 20 Personen von der ursprünglichen Liste auf die Entscheidung eines Gnadenerlasses warten. Diejenigen, die auf Ansuchen der Angehörigen und verschiedener Organisationen - wie der Vatikan informierte - in der Liste benannt werden und wegen Beteiligung an den folgenden Verbrechen verurteilt wurden:

- Ermordung eines Grenzpolizisten in Tarara;
- bewaffnete Einschleusung und Mord in Caibarien durch Konterrevolutionäre aus den USA;
- Bombenlegung in Hotels in Havanna, die ein terroristischer Söldner aus El Salvador verübte und die das Leben eines ausländischen Gastes kostete, Menschenleben gefährdete und beträchtliche Verluste anrichtete;
- sowie andere, ähnlich gewalttätige und terroristische Verbrechen, wie Spionage, Komplizenschaft an der wirtschaftlichen Blockade oder Beteiligung an Aktivitäten, die höchst schädlich für die Wirtschaft und das Leben des Landes sind,

USA-Kuba: Weiterhin keine Embargoerleichterungen?!

★ Verschiedene kurze und lange Zitate aus der "International Herald-Tribune" (ursprünglich in "New York Times" und "Washington Post" veröffentlicht) geben interessante Einsichten über die Regierungspolitik der USA in Lateinamerika und besonders Kuba wieder. Zusammengestellt und übersetzt von Bill Rogers.

Reagierend auf Winde, die durch den Papstbesuch gestärkt wurden, haben führende amerikanische Anhänger eines bestimmten Kurses gegen Kuba ihre Linie geändert. Statt den kubanischen Menschen Lebensmittel und Arzneien vorzuenthalten, um sie zu motivieren, gegen ihre kommunistischen Herrscher zu revoltieren, schlagen nun Senator Jesse Helms und die Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung vor, daß amerikanische Privatbürger und auch die amerikanische Regierung diese Waren für bedürftige Kubaner spenden sollten.

Den Politikern und Exilgruppen, welche diese Änderung bejahen, ist zu gratulieren. Im Grunde geben sie damit zu, daß ein Embargo, das sich unmittelbar auf Gesundheit und Wohlfahrt von unschuldigen Kubanern auswirkt, eine grausame Praxis ist, welche amerikanische Ideale untergräbt und eine Änderung verlangt.

Der neue Vorschlag enthält Bedingungen, die - wie ihre Sponsoren wußten - Fidel Castro provozieren würde, ihn abzulehnen, wie er es nun getan hat. Die Sponsoren sehen eine solche Ablehnung als politischen Sieg an, weil sie scheinbar Schuld des Castro-Regimes sei. Die Bedingungen ließen das amerikanische Embargo intakt und sollten sicherstellen, daß die Unterstützung, die Verteilung und der Genuß solcher Spenden gänzlich dem "kubanischen Volke" zugutekäme, nicht aber dem Castro-Regime.

Das proklamierte gute Ziel sollte in seiner Umsetzung der Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen nicht im Wege stehen. Dazu müssen Ladungen von Nahrungsmitteln und Medikamenten auch durch normale kommerzielle Kanäle fließen können, ebenso wie durch die speziellen humanitären Wege. Das würde die Aufhebung von Embargomaßnahmen bedingen - ein Schritt, gegen den die Miami-Gruppen und ihre Unterstützer opponieren. Doch es ist ein notwendiger und würdiger Schritt. Die absichtlichen Zufügung von Schmerzen bei Menschen, welchen die Amerikaner angeblich helfen wollen, ist eine Politik, die nicht zu unterstützen ist.

Präsident Bill Clinton verlangt kubanisches "Entgegenkommen" für irgendwelche amerikanischen Erleichterungen. Doch Fidel Castro hat schon ein wichtiges Entgegenkommen gezeigt, indem er Papst Johannes Paul II. einlud, nach Kuba zu

kommen und damit zu beginnen, Geist und Organisation seiner Kirche zu erneuern.

Jetzt sind die Amerikaner dran. Welche bessere Reaktion gäbe es, als anzufangen, das Embargo unter die Lupe zu nehmen? Es wurde vor fast vier Jahrzehnten verhängt, als Kuba eine Schachfigur des Globalfeindes Amerikas war. Nun ist das Embargo ein Anachronismus, der die USA isoliert und es Fidel Castro erlaubt, den verletzten Nationalisten zu spielen. Die amerikanischen Unterstützer halten am Embargo fest, als einem wesentlichen Mittel, eine Änderung herbeizuführen. Doch Johannes Paul II. würde das Ganze wegfehen; er sieht das Embargo als ein 'monströses Verbrechen' an.

Wen glauben Sie besser qualifiziert im Herausfordern der kommunistischen Machtstrukturen - Francisco Hernandez von der Kuba-Stiftung, Jesse Helms, Bill Clinton oder Johannes Paul II.? (*Leitartikel, The Washington Post, 7/8.2.98*)

DOCH BEI ALLEN HUMANITÄREN BEDENKEN ...

"Secretary of State, Madeleine Albright, hat bei einem Auftritt in "Today" von NBC, die Sache so klar gestellt wie nur möglich: (diesmal hinsichtlich des Irak):

"Wenn wir Gewalt gebrauchen müssen, denn ist es deshalb, weil wir Amerika sind. Wir sind die unentbehrliche Nation. Wir stehen hoch oben. Wir sehen weiter in die Zukunft hinein."

Gab es jemals ein besseres Beispiel für die Arroganz der Macht? Amerikaner werden trunken von der Idee, daß wir die einzige Superpower der Welt seien und deshalb alles machen dürften, was wir wollen, gegen jeden, den wir wollen. ... In der Wut unserer Überzeugtheit, und aus der Sicherheit unserer Wohnzimmer, laufen wir Gefahr, eine Nation ohne Gewissen zu werden." (*Bob Herbert, The New York Times, 23.2.98*)

WER IN KUBA NICHT REGIEREN DARF

"... Das Helms-Burton-Gesetz von 1996, welches die ökonomische Sanktionen der USA gegen Kuba erweiterte, erklärt ausdrücklich, daß das Embargo, jetzt 37 Jahre alt, nur dann zurückgenommen wird, wenn 'eine Transitionsregierung in Kuba an der Macht ist,' eine, an der Fidel Castro oder Raul Castro nicht beteiligt sind." (*Larry Rohter, New York Times Service, 3.2.98*)

WIE 1961 VERSUCHT WURDE, DEN "RICHTIGEN" DIE MACHT ZU VER- SCHAFFEN

"... Letzte Woche, nach 36 Jahren der Geheimhaltung, in der bis auf eine alle Kopien des Berichts vernichtet worden waren, wurde entsprechend einer Bitte des Nationalen Sicherheitsarchivs, einer Non-Profit-Gruppe, mit Hilfe des Gesetzes über die "Freiheit der Information", der einzige verbliebene Band herausgeholt, der im Safe des CIA-Direktors verschlossen war ..."

Der Bericht besagt, daß die Operation, deren Planung im April 1960 begann, als eine klassische "Verdeckte Aktion" begann, 'bei der die Hand der Vereinigten Staaten nicht sichtbar sein würde'. Der Plan war, daß eine Gruppe kubanischer Exilführer, durch CIA-Kader unterstützt, langsam eine politische Bewegung aufbauen sollten, die Mr. Castro, der 16 Monate zuvor die Macht ergriffen hatte, stürzen sollte.

Die CIA-Offiziere 'haben sich derart in die Operation verwickelt, daß sie den Blick auf die Endziele verloren.' Ihr Budget weitete sich von 4,4 Millionen auf 46 Millionen Dollar aus. Innerhalb eines Jahres schufen sie eine wilde, schlecht trainierte, nur grob unterstützte Invasionsarmee, deren Tarnung verloren war und deren Existenz, noch bevor es los ging, in Zeitungsberichten weithin angedeutet wurde. 'Glaubwürdige Leugnung' - die Möglichkeit der USA, überzeugend über ihre Rolle bei der Invasion zu lügen - wurde zu einer 'traurigen Illusion', so der Bericht.

Mit sich verquer kreuzenden Kommunikations- und Kontrolllinien zwischen den Basen und Lagern in Miami, Key West, New Orleans, Nicaragua und Guatemala, alle unter dem sporadischen Kommando vom Hauptquartier, schaffte die CIA eine 'komplexe und seltsame Organisationssituation', die mißlingen mußte.

Die als Stab für die riesige Operation ausgesuchten Offiziere waren oft unfähig; 'nur sehr wenige sprachen Spanisch oder hatten lateinamerikanische Hintergrundkenntnisse,' sagt der Bericht.

CIA-Agenten behandelten die Kubaner, die im Training waren, um Castro zu stürzen, 'wie Dreck'. Die Mißhandlung ließ die hungrigen, barfußigen, desillusionierten Teilnehmer 'sich fragen, um was für eine kubanische Zukunft sie kämpfen sollten.'

Die Mitglieder des Revolutionären Rates, der von der CIA geschaffenen Al-

lateinamerika

ternative zu Mr. Castro, wurden zu 'Puppen' für die Agentur, wie in dem Bericht geschildert.

'Isoliert in einem Safe House in Miami, "freiwillig" doch unter starken Druck, warteten die Mitglieder des Revolutionären Rates das Resultat einer Operation ab, welche sie nicht geplant hatten und wovon sie wenig wußten - während Bulletins, von der CIA geschrieben, in ihrem Namen an die Welt gegeben wurden ...

Die CIA überzeugte sich und das Weiße Haus, daß die Invasion wie durch Zauber in Kuba 'einen organisierten Widerstand schaffen würde', der bis dato nicht existierte, bestehend aus 30 000 Kubanern, die sich 'ihren Weg durch die Castro-Armee bah-

nen würden und durch die Sümpfe waten, um sich um die Befreier zu scharen.' ...

Am 15. April 1961 zerstörten CIA-Piloten einen Teil von Mr. Castros Luftwaffe und waren bereit, die Aufgabe zu Ende zu führen. Im letzten Augenblick, am 16. April, ließ Präsident Kennedy die Luftangriffe stoppen, aber der Befehl erreichte nicht die 1511 Kommandos, die zur Schweinebucht zogen. Drei Kampftage vernichteten die Invasionsarmee. Ein Brigadekommandeur sandte seine letzten Rufe: 'Wir haben keine Munition und kämpfen am Strande. Schickt bitte Hilfe,' und: 'Im Wasser. Ohne Munition. Feind nähert sich von allen Seiten. Hilfe muß in der nächsten Stunde kommen.'

Der Bericht von Mr. Kirkpatrick (CIA-Generalinspektor) besagt, daß 'die fundamentale Ursache des Desasters' die Unfähigkeit der CIA war und nicht, das Aussetzen der Luftangriffe, die die Kommandos unterstützen sollten, durch Mr. Kennedy.

Sie versagte, indem sie dem Präsidenten nicht mitteilte, 'daß der Erfolg fragwürdig war und nicht empfahl, daß die Operation gestrichen werden sollte,' heißt es.

(Tim Weiner, New York Times Service, 23.2.98)

Mitte März 1998 beschloß die USA kleine Blockade-erleichterungen. Dazu zählen konkret
- die Erlaubnis 100\$ pro Monat nach Cuba zu überweisen
- Erleichterter Flugverkehr von Exilcubanern von Florida nach Cuba
- Import von Medikamenten und Lebensmitteln

USA - Das Drama der ImmigrantInnen

Von Eduardo Tamayo G.

Washington, Dezember 1997, Poonal - "ImmigrantInnen ohne Sicherheiten", "USA verschärft die Vorschriften", "mit Razzien auf der Suche nach Illegalen", "Fabriken geschlossen und ImmigrantInnen verhaftet", "schwieriges Jahr für lateinamerikanische ImmigrantInnen". Das sind einige der Schlagzeilen aus lateinamerikanischen Zeitungen, die für sich sprechen, wenn es um die dramatische Lage geht, in der die EinwanderInnen in den USA leben. Die fünf Millionen ImmigrantInnen, die in der Hoffnung auf das Paradies ihre Herkunftsländer verließen und heute der Hölle von Verfolgung und Ausweisung gegenüberstehen, durchleben eine Mischung aus Angst, Desinformation und Ungewißheit, nachdem die harten Gesetzesverfügungen gegen die Einwanderung von Kongreß und US-Regierung verabschiedet und in Kraft gesetzt wurden. Eine wahre Menschenjagd hat begonnen. Die Einbürgerungs- und Einwanderungsbehörde (SIN), besser bekannt als die "Migra", widmet sich der Durchsuchung von Fabriken, um diejenigen, die keine legalen Aufenthaltspapiere haben, zu verhaften und ohne viel Federlesens an der Grenze zu Mexiko abzusetzen. Früher beschränkten sich die Aktionen der Migra auf die Bundesstaaten Arizona und Kalifornien. Jetzt hat die Behörde ihre repressiven Operationen auf andere Staaten der Union ausgedehnt - eine Warnung, daß kein Immigrant sich sicher fühlen kann. So hat die Migra in diesem Jahr 20 Durchsuchungen von Arbeitsstätten in Iowa und Nebraska vorgenommen und im Anschluß daran 2.400 Personen, darunter Minderjährige, deportiert. Armut wird bestraft ...

"Du bist soviel wert wie Du besitzt", scheint der angewandte Wahlspruch der Behörden zu sein. Am 6. November 1997 führte die SIN eine Razzia in Manhattan durch. Die Agenten nahmen 28 Arbeiter

fest, die verdächtigt wurden, ohne Dokumente in den USA zu sein. Sie brachten sie in ein Haftzentrum in New Jersey. 21 wurden am folgenden Tag freigelassen, nachdem sie eine Kautions von 7.000 Dollar bezahlt, und bewiesen hatten, einziger wirtschaftlicher Unterhalt für ihre Frauen und Kinder zu sein. Die übrigen sieben Arbeiter blieben verhaftet, weil sie das Geld nicht aufbringen konnten und mußten die sofortige Deportation befürchten. Die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den EinwanderInnen sind an der Tagesordnung, insbesondere im Moment der Ausweisung.

Eine von der 1994 entstandenen Organisation "Breites Bündnis zur Verteidigung des Migranten" in den ersten drei Aprilwochen 1997 vorgenommene Überwachung an der Grenze zwischen den USA und Mexiko ergab durchschnittlich 2.500 Deportationen pro Tag - nur in den Grenzstädten von Baja California. Viele dieser Deportationen geschehen nachts und setzen vor allem Frauen und Kinder einem hohen Risiko aus. Oft wissen die Ausgewiesenen nicht, in welchen Städten sie sich befinden, verfügen über kein Geld und haben keine Möglichkeit Unterkunft, Fahrgelegenheit oder sogar nur Trinkwasser zu bekommen. Aus 50 Zeugenaussagen von Männern, Frauen und Kindern, die das "Breite Bündnis" zusammenstellte, wird deutlich, daß die ImmigrantInnen nicht immer über Rechte informiert werden und ihnen oft keine Telefonanrufe erlaubt werden. Sie werden von ihren Angehörigen, von Eigentum und Geld getrennt und unterschreiben ihre freiwillige Ausreise unter Drohung und ohne die Hilfe eines Dolmetschers. Einige werden unter unmenschlichen Bedingungen transportiert: mit Hand- und Fußschellen gefesselt, zusammengepfertcht, ohne ausreichende hygienische Einrichtungen. Viele sind kör-

perlichen und verbalen Attacken ausgesetzt, oft werden ihre Ausweise zerstört. Die Mauern sind nicht gefallen

Die Verschärfung der US-Einwanderungspolitik ist Teil eines umfassenderen Phänomens, das mit der Internationalisierung der Wirtschaft, auch Globalisierung genannt, und dem tiefer werdenden Riß zwischen Norden und Süden zu tun hat. Zuerst war es die Europäische Gemeinschaft, die scharfe Maßnahmen ergriff, um die Einwanderung von AfrikanerInnen, AsiatInnen und LateinamerikanerInnen zu stoppen. Jetzt sind es die USA. In beiden Fällen gibt es große Übereinstimmungen, denn sie nähren sich aus einer abqualifizierenden, rassistischen und ausschließenden Ideologie, die die ImmigrantInnen aufgrund von Aussehen, Hautfarbe und (fehlender) Wirtschaftskraft verfolgt. In beiden Fällen müssen die EinwanderInnen als Sündenböcke herhalten für die Konflikte und Probleme, die die reichen Länder stören. Dabei handelt es sich nicht nur um die wachsenden Haushaltsdefizite, sondern um Dinge wie massive Drogensucht, Anstieg der Kriminalität, Rechtsterrorismus, Arbeitslosigkeit und Armut (das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) verzeichnet in seinem Jahresbericht 1997 in den entwickelten Ländern 100 Millionen Arme und 37 Millionen Arbeitslose).

Nach dem Fall der Berliner Mauer, die Sozialismus und Kapitalismus trennen wollte, errichtete man in Europa eine neue imaginäre Barriere, um den fetten Norden vom abgemagerten Süden zu trennen. Den USA ihrerseits kommt die zweifelhafte Ehre zu, an der Grenze mit Mexiko eine neue Mauer hochgezogen zu haben, um den Armen, die aus der Karibik sowie Mittel- und Südamerika kommen, den Weg zu versperren. Diese Mauer fordert mehr Opfer als die Berliner Mauer und heute ist sie als der "Todespaß" bekannt. Von Janu-

ar bis September 1997 wurden nach den Daten des "Breiten Bündnis zur Verteidigung des MigrantInnen" dort 54 Tote gezählt. Ein Anstieg um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

★ Ausschließende Weltordnung

In den 70er und 80er Jahren waren die Motive, in die USA einzuwandern, vorrangig politischer Art: Verfolgung durch Militärdiktaturen, Kriege, Gewalt. In der Dekade der 90er Jahre, herrschen soziale und wirtschaftliche Gründe vor: Bevölkerungswachstum, Armut, Arbeitslosigkeit, Ausschluß, Lohnverfall, fehlendes Land zum Anbau. Das Globalisierungsschema bringt wirtschaftliche und soziale "Unordnung" mit sich, die die Wanderungsströme fördert. - Sich vertiefende Ungleichheiten zwischen dem Norden und dem Süden; - die Konzentration des Reichtums im Süden; - die Zerstörung der Natur (die Länder des Südens treiben Raubbau an ihren Naturschätzen, um die Verpflichtungen der Auslandsschulden erfüllen zu können); - die Durchsetzung einer Anpassungspolitik von durch den Norden kontrollierten Finanzinstitutionen; - die Transnationalisierung der Ökonomie und die Abkehr vom Industrialisierungsmodell; - die beschleunigte Entwicklung der Technologie; - der Abbau des Staates und die Abkehr von Sozialpolitiken. Das alles hat die soziale und wirtschaftliche Situation in Lateinamerika verschärft und läßt den Kontinent Arbeitskraft ausstoßen.

Große Menschenmengen sehen sich ohne Mittel für den Lebensunterhalt. Sie sind gezwungen, vom Land in die Stadt, von einem Land in ein anderes und sogar von einem Kontinent in den anderen zu wandern. Die nationalen Grenzen zu überschreiten, ist eine der Überlebensstrategien. Nicht nur für die Armen, sondern ebenso für die Fachkräfte, die keine Arbeitsmöglichkeiten in den Ländern finden, die in ihre Ausbildung investierten. Die Existenz von verwandtschaftlichen und anderen sozialen Bindungen zwischen den ausstoßenden und den empfangenden Ländern ist dabei ein Faktor, der die Auswanderungen erleichtert und fördert.

Grenzschießung

Der Kreuzzug gegen die Einwanderung begann in der Reagan-Regierung, hat jedoch mit der Clinton-Administration an Schärfe gewonnen. Angestoßen von den republikanischen Hardlinern ist er durch die Demokraten abgesehen und in die Praxis umgesetzt worden. Mit der Verabschiedung des Gesetzes 187 in Kalifornien im Jahr 1994 - für das sich der Gouverneur des Bundesstaates, Pete Wilson, einsetzte - wurden den EinwanderInnen ohne gültige Papiere Sozialhilfe, Gesundheits- und Bildungsdienste verweigert. Gleichzeitig begann die Operation "Wächter", um die Grenzkontrolle zu verstärken, wobei die ausgeklügeltste Technik verwendet wird.

Diese Maßnahmen alarmierten die "hispanischen" Gemeinden. Sie gingen auf die Straße, ohne die offizielle Tendenz, die Bedingungen für die ImmigrantInnen zu verschärfen, entscheidend verändern zu können. Am 30. September 1996 wurde ein Gesetzespaket verabschiedet, das die Einwanderungsbestimmungen der USA ändert. Ein Teil der neuen Regelungen trat mit sofortiger Wirkung in Kraft, ein anderer ab dem 1. April 1997. Mit dem Gesetz wurde allen EinwanderInnen, die im Land bleiben wollten, eine Frist von sechs Monaten für den Versuch gesetzt, ihre Situation zu legalisieren. Diese Frist wurde vom US-Kongreß zweimal verlängert.

Typische Landschaften

von Eduardo Galeano

Die Staaten hören auf Unternehmer zu sein und widmen sich der Aufgabe, Polizei zu spielen. Die Präsidenten werden zu Geschäftsführern fremder Firmen. Die Wirtschaftsminister sind gute Übersetzer. Die Industriellen werden zu Importeuren. Die Mehrheit hängt immer mehr von den Resten ab, die die Minderheit übrig läßt. Die Arbeiter verlieren ihre Arbeit. Die Campesinos verlieren ihre kleinen Böden. Die Kinder verlieren ihre Kindheit. Die Heranwachsenden verlieren die Lust zu wachsen. Die Alten verlieren ihre Rente. »Das Leben ist ein Glücksspiel«, meinen die Gewinner.

Die Ziele des Gesetzespakets sind klar. Die legale und illegale Einwanderung sollen eingeschränkt und unattraktiv, die Grenzkontrollen verstärkt und die illegale Einwanderung kriminalisiert werden. "Wir sehen es als inhumanes Gesetz mit einem im Wesentlichen politischen Charakter, das die MigrantInnen als Kriminelle und Sündenböcke der Gesellschaft betrachtet und behandelt. Mit der riesigen Gefahr, die fremdenfeindliche und rassistische Mentalität gegen jede andersartige Person noch weiter zu fördern", so die Internationale Katholische Migrationskommission in ihrem Bulletin "Migrationen Lateinamerika". Weiter heißt es dort: "Von unserer jüdisch-christlichen Tradition ausgehend und gestützt auf die Universelle Menschenrechtserklärung glauben und bekräftigen wir, daß niemand, ganz egal wo er lebt, illegal ist. Auswandern ist kein Verbrechen, ein Verbrechen ist der Grund, der die Migration verursacht." Mit den Anti-Einwanderungsbestimmungen verschließen sich die Arbeitsmöglichkeiten für die ImmigrantInnen, da die Strafen für diejenigen, die sie unter Vertrag nehmen, verschärft sind. Nach den neuen Gesetzen werden den Kindern der EinwanderInnen Sozialhilfe und Bildung verweigert. Die

Grenzpolizei wird ihre Kräfte bis zum Jahr 2001 verdoppeln und jedes Jahr werden 300 neue InspektorInnen eingestellt, um die Fülle illegaler Einwanderung zu überprüfen. Wenn das Visum der AusländerInnen abläuft, müssen sie in ihre Ursprungsländer zurückkehren, um ein neues zu beantragen. Falls sie illegal zwischen sechs Monaten und einem Jahr länger im Land bleiben, wird ihnen die Rückkehr für mindestens drei, maximal zehn Jahre verboten. Halten sie sich nicht daran, gilt das Verbot lebenslang. Dazu kommen seit dem 19. Dezember 1997 weitere Regelungen. Sie beziehen sich insbesondere auf die Familienzusammenführung und werden vor allem die LateinamerikanerInnen und MexikanerInnen betreffen, die jedes Jahr in die USA kommen. Sie müssen einen "Paten" aufweisen, der Wohnrecht im Land des Nordens hat, über ein Jahreseinkommen von mindestens 20.062 Dollar verfügen muß, drei Jahre steuerpflichtige Einnahmen vorweisen kann und die finanzielle Verantwortung über den Einwanderer übernimmt, bis dieser zehn Jahre Arbeit in den USA und die US-Staatsbürgerschaft vorweisen kann. Erhalten ImmigrantInnen fälschlicherweise Sozialhilfe, werden sie ausgewiesen und das Geld vom Paten zurückverlangt. In Kalifornien gibt es jetzt eine Kampagne für die Abschaffung des seit mehreren Jahren gültigen zweisprachigen Unterrichtes. In diesem Sinn setzt sich der republikanische Millionär Ron Unz unter dem Motto "eine Nation, ein Kalifornien" dafür ein, im Juni 1998 eine Befragung durchzuführen, damit zukünftig alle Kinder in den kalifornischen Schulen nur auf Englisch unterrichtet werden. Die Kinder, die diese Sprache nicht sprechen, sollen ein Jahr zwangweise einen Englischkurs belegen.

Hispanics besonders arm

Es ist schwierig, die Zahl der Personen in den USA ohne gültige Papiere anzugeben. Die US-Einwanderungsbehörde schätzt sie auf fünf Millionen, wobei mehr als die Hälfte MexikanerInnen sind. Genauso finden sich aber auch Gruppen von SalvadorianerInnen, GuatemaltekerInnen, KandienerInnen, HaitianerInnen, FilipinInnen, HonduranerInnen, Polinnen, NicaraguanerInnen, KolumbianerInnen und EcuadorianerInnen. Die meisten von ihnen leben in den folgenden sechs Bundesstaaten: Kalifornien, Texas, New York, Florida, Illinois und New Jersey. 1996 lebten knapp 28 Millionen Menschen hispanischen Ursprungs in den USA, das sind etwas über 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Angaben stammen von der Volkszählungsbehörde des Landes. Für das Jahr 2000 wird von fast 31,5 Millionen Hispanics ausgegangen, 11,4 Prozent der US-Bevölkerung. Auf der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Skala nehmen die "Hispanos" die untersten Ränge ein. Über 27 Prozent ihrer Familien leben unterhalb der Armutsgrenze. Diese Ziffer ist weit über dem nationalen Durch-

schnitt von 10,8 Prozent. Die Unterschiede, was das formelle Bildungsniveau angeht, sind ebenfalls beträchtlich. Während die Nicht-Hispanos zu 80 Prozent einen Abschluß auf einer weiterführenden Schule erreichen, sind es bei den Hispanos nur 50 Prozent. Ein Abitur (baccillerato) können nur gut 6 Prozent vorweisen. Die ArbeiterInnen ohne Papiere bekommen niedrigere Löhne, die schwersten und für die Gesundheit gefährlichsten Arbeiten, haben keine Sozialversicherung und auch nicht die sonstigen Sozialleistungen, die den übrigen ArbeiterInnen zustehen. Im allgemeinen übernehmen sie die Jobs, die die weißen US-BürgerInnen ablehnen. Sie arbeiten als KellnerInnen, KöchInnen, TellerwäscherInnen, Hausangestellte, auf dem Feld, auf dem Bau, in den Kühlhäusern, Textilfabriken und Metallgiessereien. Sie essen schlecht, haben lange und erschöpfende Arbeitstage und teilen sich oft für die Übernachtung die "warmen Betten", die ihren Namen daher haben, weil die einen sich darin schlafen legen, wenn die anderen zur Arbeit aufstehen. Die "Illegalen" nehmen diese Beschränkungen auf sich, um zu sparen, die Reisekosten in die USA bezahlen und Geld an die zurückgebliebenen Familienmitglieder schicken zu können. Aufgrund der Repression ist es sehr schwierig für sie, sich zu organisieren. "Die Verfolgung durch die Einwanderungsbehörde, die Razzien am Arbeitsplatz, die verlangten übertriebenen Garantien und Strafen bewirken, daß die Personen ohne Papiere leicht ausgebeutet werden können: sie haben Angst vor der Deportation, sind diejenigen, die sich am wenigsten beschweren, werden Opfer von Verstößen, wie der

fehlenden Bezahlung von Überstunden, der Verweigerung des Mindestlohnes, unsicheren Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit", schreibt die Koalition für die Menschenrechte der ImmigrantInnen. "Viele der Unternehmer in der Textilindustrie wissen nicht, daß sie Razzien der Einwanderungsbehörde verhindern können, wenn diese nicht drei Tage vorher angekündigt werden. Oft sind es die Unternehmer selbst, die die Behörde rufen, um auf diese Weise die Lohnzahlungen an die ArbeiterInnen zu vermeiden oder Organisationsarbeit zu zerstören", fügt die Koalition hinzu.

Der Beitrag der ImmigrantInnen

Der Beitrag der EinwanderInnen - ob legal oder illegal - zur US-Wirtschaft ist bedeutend, immerhin 10 Milliarden Dollar pro Jahr. Die Wirtschaft profitiert davon, denn es handelt sich um eine ständig zur Verfügung stehende billige Arbeitskraft. Für viele Länder sind die Geldsendungen der ImmigrantInnen aus den USA eine der wichtigsten Devisenquellen. In El Salvador, Nicaragua und Honduras zum Beispiel ist es die größte Devisenquelle, für Guatemala und die Dominikanische Republik stehen die Geldsendungen an zweiter Stelle der Deviseneinnahmen. In Mexiko ist es der viert wichtigste Posten. Die etwa 3 Millionen MittelamerikanerInnen, die in den USA leben, schicken ihren Familien jährlich 2 Milliarden Dollar, das sind 10 Prozent des Bruttosozialproduktes der Region. Die EinwanderInnen ohne Papiere sind ArbeiterInnen, die mit ihrer täglichen Anstrengung zum Wohlstand des Landes beitragen, aber als Parias betrachtet und als Kriminelle behandelt werden. Die Koalition für die

Menschenrechte der ImmigrantInnen meint dazu: Allen ArbeiterInnen müssen die fundamentalen Menschenrechte gewährt werden, einschließlich des Rechtes auf Arbeit, um zu überleben, auf ein Leben frei von Verfolgung, auf gesetzliche Vertretung unabhängig vom Einwanderungsstatus.

Mit Protesten, mit Hungerstreiks, Demonstrationen, Gerichtsklagen und Petitionen haben die Hispanos in den USA auf die Situation reagiert. Aber die "Mißbräuche werden weitergehen, wenn die eingewanderten ArbeiterInnen und andere Leute nicht für das, was gerecht ist, kämpfen", sagt Bertha Wilson von der Textilgewerkschaft UNITE in New York. Das Problem der ImmigrantInnen ist ein Tagesordnungspunkt auf der internationalen Agenda geworden. Mexiko und die zentralamerikanischen Länder versuchen, jeder für sich, Abkommen mit den USA zu erreichen, um die Rechte ihrer BürgerInnen zu schützen. Die Vereinigten Staaten ihrerseits haben es geschafft, die EinwanderInnen mit ihrer Kontroll- und Repressionspolitik stärker zu bedrängen. Noch steht die Ratifizierung der "Internationalen Konvention über den Schutz der Rechte aller MigrationsarbeiterInnen und ihrer Familien" aus. Sie wurde von der Vollversammlung der UNO am 18. Dezember 1990 verabschiedet. Damit sie in Kraft treten kann, muß sie von mindestens 20 Staaten ratifiziert werden. Bis 1995 hatten dies nur sechs Länder (Kolumbien, Ägypten, Filipinen, Marokko, Seychellen, Uganda) getan, hatten sie unterschrieben.

Schwarzbuch des Kommunismus mit Fälschungen

Zum Jahrestag der Oktoberrevolution erschien in Frankreich im Verlag Robert Laffont das "Schwarzbuch des Kommunismus", eine über 800 Seiten umfassende Untersuchung französischer Historiker über "Verbrechen, Terror und Unterdrückung", wie der Untertitel lautet. Untersucht werden die sogenannten "Verbrechen, begangen im Namen des Kommunismus", international: Rußland, Vietnam, Äthiopien, Kambodscha, China ebenso wie in Lateinamerika.

Anders als in (West)-Deutschland sind die Kommunisten in Frankreich und in Italien selbstverständlicher Bestandteil der politischen Klasse. Sie sind in den Regierungen vertreten und werden in einer Zeit wo diese westeuropäischen kommunistischen Parteien ihr fortschrittliches Profil

öffentlich zeigen können, um so mehr zum Angriffsobjekt der Rechten. Da kommt natürlich das Buch als Diffamierungswaffe gelegen, um jene unter Rechtfertigungsnöte zu stellen.

Für die einen sind die (angeblichen) Verbrechen des Kommunismus "Abweichungen" vom Weg eben des selbigen, während die anderen dadurch das wahre Wesen einer totalitären Ideologie erkennen wollen. Der aktuelle Streit um das Buch entzündete sich nun gleich an verschiedenen Fronten. Einerseits haben sich diverse Autoren des Schwarzbuches vom Vorwort des Historikers Stéphane Courtois distanziert, der den Historikerstreit nach Frankreich importierend, die Frage stellte, ob Nationalsozialismus und Kommunismus vergleichbar seien. Eine alte Kamelle, die

bereits der "Spiegel" mehrfach in seiner plakativen Hitler=Stalin-Reihe bemühte, um die sozialistischen osteuropäischen Staaten auf die Terrorschiene zu bringen und dadurch gleichzeitig den Faschismus wieder relativer und harmloser zu machen.

Der Streit um das Schwarzbuch muß geführt werden zumal er genau diese Vereinfachung impliziert. Andererseits zeigte sich nun, daß dieses Buch auch sachlich betrachtet Mängel hat. Zum Thema Lateinamerika deckte die Le monde diplomatique 12/97 beispielsweise "kleine lateinamerikanische Fälschungen" auf, die neben Peru und Nicaragua auch zu Kuba einige interessante Fakten beinhalten, die zur weiteren versachlichten Diskussion Anregungen bieten und die wir hier ungekürzt abdrucken.

Die kleinen lateinamerikanischen Fälschungen

Von Maurice Lemoine

In seinem Vorwort führt Stéphane Courtois eine Zahlenbilanz auf, in der die geschätzte Zahl der Todesopfer des Kommunismus auf dem südamerikanischen Subkontinent mit mindestens 150.000 angegeben wird. Daran schließt sich das Kapitel "Lateinamerika und die Prüfungen des Kommunismus"⁽¹⁾, das insgesamt aus drei Teilen besteht (Kuba, Nicaragua, Peru). Der Autor vermeldet darin 15.000 bis 17.000 Opfer von Erschießungen in Kuba und 25.000 - 30.000 Todesopfer des Sendero Luminoso in Peru. Um Zahlen aus Nicaragua ganz offensichtlich verlegen, führt er gar keine an.

Anstelle der 150.000 angekündigten Toten also 47.000. Offensichtlich hat man sich verrechnet - es sei denn, man ist der Meinung (und der Autor scheint dies zu sein), daß die 35.000 bis 50.000 Toten des Krieges in Nicaragua - gegen die Somoza-Diktatur - und die 45.000 bis 50.000 Toten des Bürgerkrieges, der von den Contras und den Vereinigten Staaten angeheizt wurde, sämtlich auf das Konto der Sandinisten gehen, die nebenbei bemerkt, in ihren Reihen mehr Christen als Kommunisten hatten.

Historische Forschungen und Historiker sind in dem Kapitel dezent ausgespart. Man kommt gleich zur Sache, auch wenn es nicht immer einfach ist. Ché Guevara zum Beispiel sei "von pauschalem Antiamerikanismus verblendet" (jeglicher Bezug auf einen historischen Hintergrund fehlt). Er propagiere den Guerillakrieg, und im Kongo "kreuzen sich die Wege mit denen eines gewissen Désiré Kabila, einem Marxisten, der sich inzwischen zum neuen Herren von Zaïre gemacht hat und vor Massakern an der Zivilbevölkerung nicht zurückschreckt". Es zeugt von einer gewissen Kühnheit, derlei Eckpunkte, zwischen denen dreißig Jahre liegen, so eng miteinander zu verknüpfen.

Eingebettet ist die zitierte Äußerung in eine Beschreibung des kubanischen Regimes, die nichts Neues bietet und im wesentlichen die Daten korrekt referiert - unter Auslassung der sozialen Errungenschaften natürlich; am Ende zieht der Autor die oben genannte Bilanz: 15.000 - 17.000 Erschossene. Wie ist man auf diese Zahlen gekommen? Nirgendwo findet sich eine ernsthafte Quelle, nirgendwo ein Hinweis auf Untersuchungen einer bekannten, angesehenen oder unabhängigen Organisation. Es hagelt Behauptungen. 1978 gab es "zwischen 15.000 und 20.000 politische Häftlinge". Das ist allerdings sonderbar. Bei amnesty international, einer Quelle, die der Autor bei anderen Gelegenheiten zitiert, hieß es damals nämlich: "Seit 1959 wurden 23.000 Personen von einem Tag auf den anderen inhaftiert. Bis zum September 1977 wurden 20.961 Personen wieder auf freien Fuß gesetzt"⁽²⁾. "1986 gab es 12.000 bis 15.000 politische Häftlinge", behauptet der Autor dann wieder. Laut amnesty gab

es "Ende 1986 rund 450 politische Häftlinge"⁽³⁾. Natürlich kann man darauf hinweisen, daß amnesty international mit Vorwürfen sehr zu recht äußerst vorsichtig umgeht, aber die Differenz ist derart groß, daß man mißtrauisch werden muß. Wenn die Zahl der Toten nach den gleichen Methoden errechnet wurde, kann man sich das Ausmaß der Katastrophe vorstellen.

Die Sandinisten in Nicaragua werden auf die gleiche Weise abgehandelt und werden mit den Anhängern des Sendero Luminoso in einen Topf geworfen, obwohl Ideologie, Methoden und die Unterstützung durch die Öffentlichkeit eigentlich keinerlei Grund für diese Gleichsetzung bieten. In einem minimalen Ausflug in die Geschichte erfährt man, daß der zukünftige Präsident, Daniel Ortega, der den Somoza-Anhängern in die Hände gefallen und 1974 befreit worden war, "umgehend ein Flugzeug nach Kuba nimmt", während der Kommandant Eden Pastora - der am Ende zu den Contras überlaufen wird - "bei seinen Mitstreitern bleibt". Denselben Daniel Ortega jedoch treffen wir dann, wohl aus Versehen, 1978 an der Nordfront, doch als dann der Sieg naht, da gibt es kein Vertun, und die "Kader der FSLN (Sandinistische Front zur Nationalen Befreiung), die sich nach Kuba verzogen hatten, kehren nach Nicaragua zurück". Eden Pastora und seine muchachos indessen "kämpfen erbittert gegen die Eliteeinheiten der Garde" (was übrigens stimmt).

Im weiteren Verlauf des Textes wird sich der Leser kaum der Frage erwehren können, ob es sich hier um eine historische Bilanz handelt oder um einen Ausschnitt aus den Memoiren von Ronald Reagan. Derselbe Leser übrigens wird vergeblich nach irgendwelchen Hinweisen auf die 1985 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag verurteilte, kriegstreiberische Politik und Aggression Washingtons suchen. "Vom Norden bis zum Süden erhob sich das Land gegen das diktatorische Regime von Managua mit seiner Neigung zum Totalitarismus".

Was war mit den Wahlen von 1984? "Angesichts der Greuelthaten der turbas, der Handlanger der Sandinisten-Partei, zog der konservative Kandidat Arturo Cruz seine Kandidatur zurück" (tatsächlich wollte die Opposition an den Wahlen teilnehmen, wurde jedoch von der Regierung Reagan davon abgebracht, damit die Wahlen an Glaubwürdigkeit verloren).

Ebensowenig fehlt der unvermeidliche Abschnitt über die Sandinistenpolitik gegenüber den Miskitoindianern, die angeblich "bis dahin von einer vorteilhaften Autonomie profitiert hatten"⁽⁴⁾. Die Unterdrückungsmaßnahmen hätten "den Ethnologen Gilles Bataillon veranlaßt, von einer Politik des Ethnozids zu sprechen"⁽⁵⁾. So hätte zum Beispiel am 23. Dezember 1981 in Leimus die "sandinisti-

sche Armee fünfundsechzig Minderjährige massakriert (...). Am folgenden Tag fanden in Leimus fünfunddreißig weitere Minderjährige den gleichen Tod". Eine Verfälschung par excellence. Anfang 1982 stellten katholische Priester Nachforschungen über die Ereignisse an und kamen zu dem Ergebnis, daß Sandinistensoldaten auf eigene Faust in Leimus neun bis zwölf Minderjährige hingerichtet hatten. "Etwa zehn", bestätigten sie in ihrem Hirtenbrief vom 17. Februar. Ein Streit um Zahlen?

Nein, die Zahl der Opfer wurde einfach mit 10 multipliziert, und eine verbrecherische Greuelthat wurde damit - zur vielleicht gar planmäßigen - Massakerpolitik aufgebaut. Doch warum sollte man dem Autor keinen Glauben schenken? Schließlich sind die Quellen, auf die er sich stützt, äußerst seriös. "Im Juni 1982 schätzte amnesty international die Zahl der Häftlinge auf über 4.000, darunter zahlreiche Somoza-Gardisten, aber auch mehrere hundert politisch andersdenkende Häftlinge. Ein Jahr später wurde die Zahl der Häftlinge auf 20.000 geschätzt". Ein Blick in die Jahrsberichte der Menschenrechtsorganisation hingegen zeigt: "Ende 1982 waren noch 2.400 Personen inhaftiert"⁽⁶⁾, und ein Jahr später waren es "2.500"⁽⁷⁾.

Liest man den Text, könnte man fast zum Schluß gelangen, daß die Massaker des Regimes von General Pinochet nach dem Militärputsch 1973 eigentlich den Kommunisten anzulasten sind, die in der Unidad Popular des (demokratisch gewählten) Präsidenten Salvador Allende mitregierten. Was das angeht, sollte man sich lieber gleich auf den Meister anstatt auf den Schüler berufen. "Ich sehe nicht ein, warum wir untätig zusehen sollen, wenn ein Land durch die Verantwortungslosigkeit kommunistisch wird", erklärte Henry Kissinger im Juni 1970. Er jedenfalls hatte eine klare Position: Unter den gleichen Bedingungen hätte er sogar einen Hitler der Volksfront vorgezogen.

(1) Pascal Fontaine "L'Amérique latine à l'épreuve des communismes" in "Le Livre noir du communisme" S. 707 - 742;

(2) Jahresbericht 1978 amnesty international;

(3) Jahresbericht 1987 amnesty international;

(4) Die Sandinisten waren auf dem Kontinent die ersten, die einem autochthonen (eingeborenen, die Red.) Volk (den Miskitos 1989) die Autonomie gewährten.

(5) Die Schriften von Gilles Bataillon, der in den achtziger Jahren in der Zeitschrift Esprit eine erbitterte Kampagne gegen die Sandinisten führte, sind seither völlig entkräftet worden. Siehe "Der Präsident holt die Miskito-Fahne ein", Le Monde Diplomatique, 9/1997. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Autor in den zehn bibliographischen Anmerkungen zu Nicaragua sechsmal aufgeführt wird.

(6) Jahresbericht 1983 amnesty international;

(7) Jahresbericht 1984 amnesty international.

Das Massaker in Chiapas und die Weltordnung

„An die Nationale und Internationale Zivilgesellschaft Brüder und Schwestern!

Warum!

Wie viele noch?

Wie lange noch?

Aus den Bergen des Mexikanischen Südostens,,

So lautete die erste Botschaft, mit der Subcomandante Marcos auf das Massaker an 45 Campesinos/as am 22.12.97 in Chiapas reagierte.

Ein Großteil der „Internationalen Zivilgesellschaft“ nahm diesen Hilferuf nicht einmal wahr. Auch unter denen, die er erreichte, gab es nur wenige, die ihre Hilfslosigkeit und ihre Wut in Widerstand gegen Verhältnisse umwandelten, in denen Arme und Landlose Freiwild sind. Einige Aktionen vor mexikanischen Botschaften und Konsulaten wurden gemeldet - das war es dann.

Dabei waren hier keine durchgeknallten Pistoleros am Werk. Was Ende Dezember in Chiapas passierte, lief nach dem Drehbuch ab, daß in den USA geschrieben wurde und ‚Aufstandsbekämpfung niedriger Intensität‘ genannt wird.

Laut diesem Drehbuch soll sich in Konfliktgebieten das Militär zurückhalten. Statt dessen sollen Campesinos mit rückständigem Bewußtsein bewaffnet und zu



Begräbnis

Todesschwadronen ausgebildet werden. In der Öffentlichkeit wird dann von Auseinandersetzungen unter der Dorfbevölkerung gesprochen, die auf alten ethnischen oder religiösen Gründen fußen sollen. Das Militär soll dann als Retter in der Not eingreifen.

Diese Methoden sind in der Hochzeit der Guerilla in Guatemala und El Salvador ebenso angewandt worden wie bei der Rekrutierung der antisandinistischen Contras in Nicaragua. Heute wird in Chiapas praktiziert, was die Aufstandsstrategen in den 80er Jahren „die Revolte im Blutbad ertränken“ genannt haben.

Auch in Chiapas geht es um Bodenschätze, Land und Geld. Im von der EZLN kontrollierten Gebiet sind große Bauxit- und Erdölvorkommen gefunden worden. Außerdem ist von den USA als Ersatz für den Panamakanal, den sie vertragsgemäß räumen muß, eine Kanalverbindung zwi-

schen den Ozeanen durch chiapanekisches Gebiet ins Gespräch gebracht worden.

Terror gegen die Armen zur Garantie der Profite für die Reichen, ein altbekanntes Lied. Nur die Armen sterben in den letzten Jahren stiller und geräuschloser. Keine UNO-Beschlüsse zwingen mehr die Folterer zur Vorsicht, keine Solibewegung drückt wenigstens durch symbolische Aktionen ihren Protest aus.

Durch das von den Zapatistas aufgebaute internationale Solidaritätsnetz ist immerhin eine internationale BeobachterInnendelegation in das Gebiet gereist und hat alles noch einmal akribisch notiert: den Terror gegen die indigene Bevölkerung von Chiapas, die offene Ausrüstung der Todesschwadronen durch die Regierung, die Verwicklung der USA, die Drohungen der mexikanischen Regierung gegen Auswärtige, die mit den Zapatistas sympathisieren. Als Delegationsmitglied Kerstin Rudeck, voll mit Eindrücken aus Mexiko zurückgekehrt, in Berlin auf einer Pressekonferenz informieren wollte, war die Reaktion mau.

Es stimmt, schon was Eduardo Galeano nach dem Fall der Berliner Mauer sagte: Die Mauer zwischen der 1. und der 3. Welt, seit Jahrhunderten gebaut mit den Leichen der Armen und Unterdrückten, ist in den letzten Jahren höher geworden.

Peter Nowak

Blutige Weihnachten in Chiapas

Anhänger der mexikanischen Regierungspartei massakrieren 45 Tzotzil-Indianer im Hochland bei San Cristobal de las Casas

Von Dario Azzellini und Miriam Lang aus Polho

Singend und begleitet von einigen Gitarristen zieht die Trauergemeinde der Tzotzil-Indianer am ersten Weihnachtsfeiertag hinter drei kleinen Lastfahrzeugen der Polizei, in denen 45 Särge liegen, den Weg hoch nach Acteal, dem Ort des Massakers. Sie haben darauf bestanden, ihre Toten genau dort zu beerdigen. Von der 'Seguridad Publica', der Nationalpolizei, die die Leichen am Abend vorher in das nahegelegene Dorf Polho gebracht hatte, erhielten sie nach langem Ringen eine Zusage.

Plötzlich kommt ein Lastwagen mit etwa 40 Männern, begleitet von einem Polizeifahrzeug, entgegen. Die Überlebenden aus Acteal erkennen mehr als ein Dutzend der Mörder ihrer Angehörigen wieder. Sie blockieren die Strasse und versuchen, die Männer vom Lastwagen zu zerrn. Um einen Aufruhr zu verhindern, greift die 'Seguridad Publica' ein und rettet die Verdächtigen vor der aufgebracht Menge ins Polizeifahrzeug.

Der Trauerzug setzt sich wieder in Bewegung nach Acteal, wo bewaffnete Anhänger der Regierungspartei PRI, der Partei der institutionalisierten Revolution, am 22. Dezember 45 Frauen, Kinder und Männer massakrierten. Dort wird Bischof Samuel Ruiz eine Messe für die Opfer halten.

Keine zwanzig Meter von dem Ort, an dem die meisten der 45 Toten den Schüssen der Paramilitärs zum Opfer fielen, neben einer ehemaligen Bananenplantage, schaufeln Dutzende von Männern seit dem frühen Morgen zwei grosse Massengräber. Dort werden auch die Särge aufgereiht. Ein leichter, aber unverwechselbarer Leichengeruch liegt in der Luft.

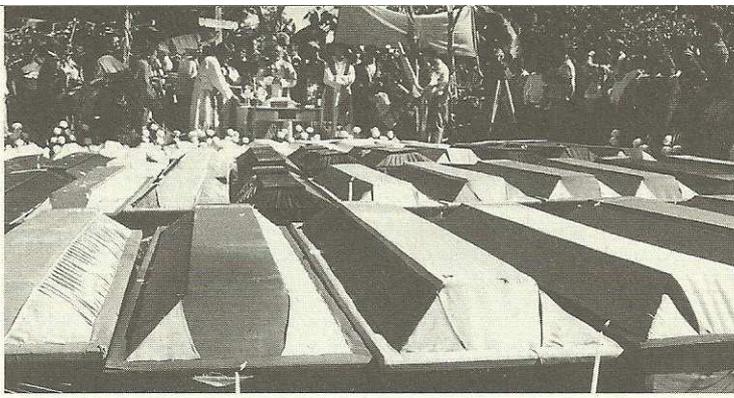
Die mexikanische Tageszeitung 'La Jornada' bezeichnet den Angriff auf das Dorf Acteal im Bezirk Chenalho im Hochland von Chiapas als das grösste Massaker an Zivilisten seit 1968. Der etwa 70 Kilometer nordöstlich von San Cristobal de las Casas gelegene Bezirk hat in den letzten Mona-



Demo in San Cristobal

ten häufig für Schlagzeilen gesorgt: Chenalho, wo 30 000 Menschen, verteilt auf 61 Gemeinden, leben, ist seit August 1995 gespalten. Einerseits besteht die alte Verwaltung der Regierungspartei PRI weiter, andererseits eine autonome Gemeinde, die sich als zivile Unterstützungsbasis der EZLN versteht. Die priistische Verwaltung beruft sich auf die Wahlen vom Oktober 1995, zu deren Boykott die EZLN aufgerufen hatte, und bei denen die Wahlbeteiligung unter 25 Prozent lag. Beide Bezirksverwaltungen agieren seit nunmehr zweieinhalb Jahren parallel, wobei die autonome Verwaltung mit Sitz in Polho jegliche

staatliche Hilfe ablehnt. Hinzu kommt noch eine dritte Gruppe im Bezirk Chenalho, die sich 1993 aus Protest gegen behördliche Willkür gegründet hat, mit der autonomen Gemeinde



zusammenarbeitet, sich aber nicht der EZLN zuordnen möchte und gegen jede Gewalt ausspricht. Sie nennt sich 'Sociedad Civil Las Abejas'. Dieser Gruppe gehörten ausnahmslos die Opfer von Acteal an.

Mit der Konstituierung der autonomen Gemeinde begann auch der Terror: Nach Informationen des Menschenrechtszentrums Fray Bartolome de las Casas in San Cristobal zwingen priistische Gemeindevorstände die ansässigen Familien, Schutzgelder zu bezahlen, von denen Waffen und Munition gekauft werden sollen. In zahlreichen Gemeinden wurden BewohnerInnen, die derartige Massnahmen verweigerten, von paramilitärischen Gruppen oder bewaffneten PRI-Anhängern vertrieben. Anfangs pflegten die Aggressoren, selbst die verlassen Hütten zu beziehen und sich als reine PRI-Gemeinden neu zu konstituieren. Doch in den letzten Monaten eskalierte die Gewalt: Auf Plünderungen folgten immer häufiger Brandstiftungen; Einzelne oder kleine Gruppen, die sich nicht explizit zur PRI bekannt hatten, wurden ermordet aufgefunden. Bereits vor dem Massaker von Acteal hatte der Konflikt mindestens 29 Tote gefordert.

Schon vor dem Massaker befanden sich im Bezirk Chenalho sechs- bis siebentausend Menschen auf der Flucht, mittlerweile sind weitere 5.000 hinzugekommen. Sie leben zu Hunderten in notdürftig errichteten Flüchtlingslagern, unter Bananenblättern oder Plastikplanen, ohne Latrinen, gesundheitliche Versorgung und ausreichende Nahrung. Manche sind seit Monaten da, andere erst seit ein paar Tagen. Viele sind aufgrund der hohen Luftfeuchtigkeit und der nächtlichen Temperaturen um den Gefrierpunkt erkrankt. Zwei Kleinkinder sind in den letzten Tagen gestorben. Die autonome Gemeinde Polho verteilt die Hilfsgüter, die zuweilen mit LKW aus der Hauptstadt kommen. Einige der Lager sind jedoch nur zu Fuss auf langen Märschen durch den Schlamm zu erreichen. Polho, in dem üblicherweise einige hundert Menschen lebten, hat mittlerweile selbst ca. 5.000 Flüchtlinge zu versorgen.

Dieses Dorf, gleich neben der Gemeinde Acteal, war es, das die PRI-Anhänger gemeinsam mit Angehörigen der Partido Cardenista, einer von der PRI aufgebauten Scheinopposition, am 22. Dezember angegriffen haben.

Gegen elf Uhr morgens - gerade wurde in der kleinen Holzkapelle Kleidung vom Roten Kreuz verteilt, während einige der sehr katholischen 'Abejas'-Mitglieder für den Frieden beteten - fielen die ersten Schüsse. Auf die Kapelle, in der und um

die sich rund 350 Menschen drängten, ging ein Kugelhagel von zwei Seiten nieder. Auch als der Trauerzug aus Polho drei Tage später in Acteal zur Beerdigung eintrifft, sind die Spuren noch gut zu erkennen: die Berge von Kleidung in der panikartig verlassenen Kapelle, Einschusslöcher in den Holzplanken und Baumstämmen. Nur die Blutspuren an den Bäumen haben Militär und Polizei, die den Ort drei Tage lang besetzt und abgeriegelt hielten, zum Teil mit Machetenhieben abgeschält.

Doch in einer Mulde am Hang, in der einige vor den Schüssen Zuflucht gesucht hatten, liegen noch blutgetränkte Kleidung und Tüten mit hastig zusammengerafften Sachen. Hier, so erzählt ein Mann, habe er in der Nacht vom 22. auf den 23. September gut dreissig Tote gefunden, die kreuz und quer übereinander lagen. "Ich stand oben an der Kante vor diesem schrecklichen Bild und habe heruntergerufen, ob noch jemand lebt. Eine Frau hatte sich auf ein kleines Mädchen geworfen und es so vor den Kugeln geschützt; auch zwei verletzte Frauen habe ich noch aus dem Leichenberg gezogen. Alle anderen waren tot". Die meisten Opfer hatten Einschusslöcher im Genick und im Rücken. Sie wurden aus etwa vier Meter Abstand von oben in der Mulde erschossen, in der sie Schutz gesucht hatten. Direkt an der Kante fand man die Patronenhülsen. Neun der Opfer waren Männer, alle anderen Frauen und Kinder, einschliesslich eines Neugeborenen.

Bereits um 12 Uhr jenes 22. Dezember, also während des Massakers, haben italienische Fotografen aus der Ferne einen Polizeitransporter in Acteal fotografiert. Doch der örtliche Polizeichef, Comandante Jesus Rivas, will mit seinen Leuten erst vier Stunden später ins Dorf gekommen sein - zu dem Zeitpunkt also, als die Zeugen aus Polho vom Ende der Detonationen berichten. Alles sei ruhig gewesen, so Rivas, die Menschen hätten sich bei seinem Eintreffen in den Häusern verschanzt und geweigert, mit ihm zu sprechen. Und obwohl die Kaserne der Polizei zwischen Polho - wo alle die Schüsse gehört haben - und Acteal liegt, will die Polizei nichts derartiges vernommen haben.

Mittlerweile ist allerdings bekannt, dass die Polizei nur 200 Meter von der kleinen Kirche entfernt stand und sich darauf beschränkte, ein paar Mal in die Luft zu schiessen. Als dies die Angreifer mit roten Mützen und Halstüchern nicht abschreckte, überliessen sie Acteal den Paramilitärs der 'Mascara Roja'. Diese benutzten Gewehre und Munition, die nicht frei verkäuflich und der Armee vorbehalten sind.

Nachdem sie etwa eine Stunde lang auf ihre Opfer eingeschossen hatten, verbrachten sie weitere vier Stunden damit, sie mit Macheten zu verstümmeln. Hände und Füsse wurden oftmals abgehackt, schwangeren Frauen die Bäuche

aufgeschlitzt, Embryos herausgerissen und vielen der Kinder die Köpfe aufgeschlagen.

Über eine Woche nach dem Überfall auf Acteal sind 39 Angreifer inhaftiert, darunter auch Jacinto Arias Cruz, Bürgermeister des Bezirks Chenalho. Er hatte am ersten Tag noch öffentlich geäußert, dass es in Acteal Tote oder Verletzte gegeben habe. Doch die Anschuldigungen gegen den PRI-Bürgermeister sind eindeutig. Er soll Drahtzieher des Massakers und der seit Monaten anhaltenden Vertreibungen und Morde im Chenalho sein. Arias Cruz, der über hervorragende Verbindungen zu der Regierung des Bundesstaates Chiapas verfügt, wird bisher lediglich 'Anstiftung' zu dem Angriff vorgeworfen.

Inmitten einer Gruppe von Journalisten und Schaulustigen steht auf dem Hauptweg des Dorfes Polho "Luciano", der Repräsentant der autonomen Zapatistengemeinde und örtliche Verbindungsmann zur EZLN. Sein Gesicht spärlich mit einem Halstuch verdeckt, übersetzt er für die Presse immer neue Berichte von Augenzeugen aus dem Tzotzil.

Unter Tränen erzählt Maria Perez Perez, wie Bürgermeister Arias Cruz am Samstag vor dem Massaker eine Versammlung einberufen habe, an der die Vorstände von fünf PRI-Gemeinden des Bezirks teilgenommen hätten. Dort habe er die Gemeindevorstände angewiesen, jeweils 25 bewaffnete Männer für den Überfall auf Acteal zur Verfügung zu stellen. Der Koordinator der Paramilitärs sei Tomas Mendez, ein ehemaliger Militär aus der Gemeinde Los Chorros, die auch als Zentrale der Paramilitärs bekannt ist. Von dem geplanten Angriff erfuhr Maria Perez Perez noch am Samstag selbst von ihrem Ehemann, der Mitglied des Rates von Chenalho ist. Die Tzotzil-Indianerin wollte daraufhin ihre Familie vor dem bevorstehenden Angriff warnen. Doch auf dem Weg wurde sie von der Polizei von Chenalho verhaftet und verbrachte vier Tage im Gefängnis, wo sie von der Polizei geschlagen wurde und nichts zu Essen bekam.

Juana Vasquez Perez, eine kaum zwanzigjährige Tzotzil-Indianerin aus Acteal, denunziert ihren eigenen Ehemann als Mörder und Paramilitär. Sie hält ein Foto hoch, wahrscheinlich ihr Hochzeitsfoto, von dem sie ihr eigenes Konterfei abgerissen hat. Zu sehen ist ein junger Mann. "Das ist er, Armando Vasquez Luna aus Quextic, er ist ein Mörder!" ruft sie schluchzend. Sie hat bei dem Massaker ihre Mutter und zwei Schwestern verloren. Nun ist sie zu ihrem Bruder nach Polho geflohen. Ihr Mann sei bei der PRI, berichtet sie, während der

Grossteil ihrer Familie zu 'Las Abejas' und ihr Bruder in Polho zu der zivilien Unterstützungsbasis der EZLN gehöre.

Da die Angreifer aus den Nachbargemeinden rekrutiert wurden, kann 'Luciano' schon zwei Tage später eine komplette Namensliste aller 140 Männer verlesen, die an dem Massaker beteiligt waren.

In den Tagen nach dem Massaker von Acteal gibt es wieder Gerüchte, dass

bewaffnete Gruppen 3.500 Flüchtlinge in einem weit abgelegenen Lager namens X'Cumumal umzingeln würden. Eine parlamentarische Delegation der oppositionellen PRD aus Mexiko-Stadt erreicht schliesslich gemeinsam mit dem Roten Kreuz und unter Militärbegleitung das Lager. Nach einem Tagesmarsch erreichen die Flüchtlinge Polho. Auf dem Weg kann die PRD-Delegation noch 400 weitere

Flüchtende 'befreien', die in zwei verschiedenen PRI-Gemeinden seit Wochen gefangengehalten und zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Doch die Situation in vielen Gemeinden ist nach wie vor unklar: das Militär hat viele Strassen gesperrt, und auf den einsamen Bergpfaden fühlen sich mittlerweile nur noch die Paramilitärs sicher.

Von den Guardias Blancas zu den Paramilitärs von Dario Azzellini, San Cristobal de las Casas

"Land und Freiheit", wie von Emilio Zapata gefordert, währte in Chiapas nach der mexikanischen Revolution nicht lange. Die Grossgrundbesitzer konnten ihre Macht nach 1917 schnell wieder herstellen und nahmen verschiedenste Desperados aus Kriegszeiten in ihre Dienste. Ihre Gewalt war damals noch recht allgemein gegen die Campesinos gerichtet und eine Ergänzung zu dem besonderen Rechtssystem, das in den Gehöften herrschte und immer noch herrscht. Diese Pistoleros waren allgemein bekannt. Die "Guardias Blancas", die Weissen Garden", die in den letzten 30 Jahren den Platz dieser Pistoleros einnahmen, agieren hingegen aus der Anonymität.

Als diskret operierende und gut organisierte und bewaffnete Söldnertruppen, die in vielen Landkreisen des Südens eine von Grossgrundbesitzern und Unternehmern bezahlte Truppe bilden, arbeiten sie uniformiert und parallel zur Polizei. Ihr Terror ist jedoch zielgerichteter, ihr Auftreten sowie "Berufsethos" entspricht eher US-amerikanischen Gangsterfilmen als den traditionellen Desperados. Gut durchtrainiert und militärisch von Experten ausgebildet, treten sie sportlich modern gekleidet, mit Sonnenbrillen, weissen Pickup-Fahrzeugen ohne Nummernschilder und vollautomatischen Waffen auf.

Seit dem Aufstand der Zapatisten Anfang Januar 1994 zeichnet sich nun eine Veränderung der Situation ab. Mit Techniken, die jährlich 25 mexikanische Militärangehörige in dem berühmten US-Armee-Ausbildungszentrum "Escuela de las Americas" in Panama erlernen, hat ein massiver Aufbau paramilitärischer Verbände begonnen. Eine direkte Unterstützung scheint auch von den berühmten 'Kaibiles' aus Guatemala zu bestehen, die ihre Hilfe bereits kurz nach dem Zapatisten-Aufstand angeboten hatten. Die Spezialeinheiten aus dem Krieg in dem zentralamerikanischen Land zeichneten sich besonders durch die Verstümmelung ihrer Opfer mit Macheten aus. Sie traten in schwarzen Uniformen, grünen Mützen und bemalten Gesichtern auf und trugen stets eine lange Machete auf dem Rücken. In einigen Gebieten Chiapas' wurden auch bereits derartig gekleidete Paramilitärs gesichtet.

Als Versuchslabor für diesen 'schmutzigen Krieg' diente zunächst der Norden von Chiapas, das Gebiet der Chol-Indianer, in dem die 'Paz y Justicia', Frieden und Gerechtigkeit, als Mischung von Paramilitärs und PRI-Schlägerbanden aufgebaut wurden. Diese Gruppe trat erstmals Mitte 1995 öffentlich in Erscheinung. Sie ist nachweislich für Dutzende von Morden, massive Vertreibungen, Plünderungen sowie den gescheiterten Anschlag gegen die Bischöfe Samuel Ruiz und Vera Lopez Garcia am 4. November 1997 verantwortlich. Zuletzt erhielt die Gruppe sogar fast 600.000 US-\$ von der chiapanekischen Regionalregierung für "Ackerbau und Viehzucht". Das ist nicht weiter verwunderlich, ist doch der lokale PRI-Abgeordnete aus Tila, Samuel Sanchez Sanchez, einer der Anführer von Paz y Justicia. Der chiapanekische Gouverneur Julio Cesar Ruiz Ferro hat bereits wiederholt auf Versammlungen im kleinen Kreis geäussert, dass Paz y Justicia und die Chinchulines die wahren Opfer des Konfliktes seien. Schliesslich hätten sie ihr Blut gegeben.

Ebenfalls Mitte 1995 tauchten in weiter südlich gelegenen Tzeltal-Gebieten die paramilitärischen Organisationen 'Chinchulines' und 'Tomas Munzer' auf. Weitere Gruppierungen im Norden Chiapas tragen die Namen 'Alianza San Bartolome de los Llanos' und 'Fuerzas Armadas del Pueblo'. Zuletzt traten Paramilitärs im Gebiet von Chenalho und den zentral gelegeneren Tälern in Erscheinung. Die Verbände in den Tälern firmieren als MIRA (Indigene Anti-Zapatistische Bewegung), jene in Chenalho, die auch für das jetzige Massaker verantwortlich sind, unter dem Namen "Mascara Roja", Rote Maske. Dieser Name erschien erstmals auf Häuserwänden im November 1996 in San Andres Larrainzar, dort, wo sich der Sitz der Verhandlungen zwischen EZLN und mexikanischer Regierung befindet. "Wir sind die Rote Maske, wenn du uns kennenlernen willst, sehen wir uns in der Hölle!" lautet ihre Losung.

Die Paramilitärs treten in grossen Verbänden auf. Ihr Geschäft ist der Terror gegen die Bevölkerung, die sie sowohl gezielt, wie auch wahllos vertreiben und ermorden. Zu ihrer Bewaffnung gehören MP's und MG's wie AK-47, M-16, AR-15 und Uzis. Sie rekrutieren sich aus der Basis



der PRI oder regierungsnaher Organisationen, verfügen über grosse Geldtöpfe aus Quellen wie Geheimdienste, Militär, Regierung oder Unternehmer.

Regelmässig beziehen sie Gehälter und bessern ihre Finanzen auf, indem sie die Bevölkerung erpressen. So sollte etwa im Bezirk Chenalho jeder umgerechnet 25 Mark, Lehrer sogar die dreifache Summe bezahlen. Hinzu kommen Strassensperren, die neben Durchsuchungen und Enteignungen auch zum Eintreiben von "Beiträgen" dienen. Schliesslich steht den Paramilitärs noch frei, sich an der Habe der Vertriebenen zu bedienen und ihre eigenen Familien in den Dörfern anzusiedeln.

Fast alle der bisher bekanntgewordenen paramilitärischen Gruppierungen sind mehr oder weniger direkte an bestimmte PRI-Abgeordnete gebunden. Für das MIRA etwa setzen sich der chiapanekische PRI-Abgeordnete Norberto Santiz Lopez und der ehemalige PRI-Abgeordnete für Ocosingo, Lazaro Hernandez, ein.

Doch die Paramilitärs bleiben nicht auf Chiapas beschränkt. Ähnlich wie in dem südlichsten Bundesstaat gehen auch in Guerrero und Oaxaca bewaffnete Gruppen, vermischt mit Militär und Polizei, gegen die Bevölkerung vor. Selbst im eher als Urlaubsziel bekannten Bundesstaat Acapulco agieren Paramilitärs. So ermordete in El Cucuyachi, in der Sierra von Atoyac, eine Gruppe, die von Mitgliedern bekannter PRI-Familien angeführt wird, bereits drei Personen. Von dort wurden bisher 32 Familien vertrieben, die entweder Aktivisten der oppositionellen PRD in ihren Reihen haben oder denen eine Verbindung zur Guerilla-Organisation EPR (Ejercito Revolucionario Popular) vorgeworfen wurde. Die Vertriebenen berichten von einer direkten Zusammenarbeit zwischen der Armee und den Paramilitärs. So erzählt eine Mutter zweier PRD-Mitglieder, dass der Chef der örtlichen Brigade für gemischte Operationen (BOM) sie Anfang November gewarnt habe, sie könne alles für das Totenmahl kaufen, da ihre Söhne bald umgelegt würden.

Kolumbien im Fadenkreuz deutscher Interessen

Am 9. März 1998 fanden in Kolumbien Parlamentswahlen statt. Die beiden linken Guerillagruppen FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) und ELN (Nationales Befreiungsheer) riefen die Bevölkerung zum Wahlboykott auf. Im Vorfeld der Wahl kam es zu schweren Kämpfen zwischen der Guerilla und dem Militär. Das Militär erlitt dabei hohe Verluste. Im Trubel der Berichte über die Parlamentswahlen in Kolumbien ging eine kleine Nachricht fast unter: am 4. März, wurde da berichtet, solle sich der deutsche Agent Mauss vor der kolumbianischen Justiz verantworten. Im werde „Begünstigung“ der Guerilla vorgeworfen.

Werner Mauss war am 16. November 1996 verhaftet und knapp acht Monate später im Juni 1997 wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Mauss war im Auftrag des Geheimdienstkoordinators Bernd Schmidbauer nach Kolumbien gereist, um offiziell deutsche Geiseln der linken Guerilla ELN freizukaufen. Der eigentliche Grund für die Mission lag darin, daß in den beiden östlich gelegenen Provinzen Arauca und Casanara riesige Erdölvorkommen geortet wurden und die Gebiete gleichzeitig Hochburgen der Guerilla sind. Mauss sollte unter dem Deckmantel humanitärer Aktionen - Geiselnbefreiung und Friedensstifter zwischen Guerilla und Regierung - Kontakte zur Guerillaführung und zu den dortigen Drogenkartellen herstellen.

Deutschen politischen und ökonomischen Interessen sollte Nachdruck verliehen werden, vor allem gegenüber der britischen und US-amerikanischen Konkurrenz. Der britische Ölkonzern „British Petroleum“ (BP) ist maßgeblich an der Ausbeutung der neuen Ölquellen beteiligt, und sein Sicherheitsdienst bildet paramilitärische Gruppen aus, die widerspenstige Ölarbeiter, Bauern und die Guerilla bekämpfen sollen. Aber trotz des gemeinsamen Vorgehens von kolumbianischer Regierung, britischem und US-Kapital ist die Opposition so stark wie seit 12 Jahren nicht mehr.

Kolumbien ist ein Land, welches sich im offenen Bürgerkrieg befindet und Teile des Landes werden von der Guerilla kontrolliert. Der deutsche Plan, mit dieser „Nebenregierung“, ins Geschäft zu kommen, ist daher plausibel als Investition in die Zukunft. Verschiedene Faktoren machen Kolumbien für die konkurrierenden Großmächte so interessant: die Rohstoffe, seine geostrategische Lage, ein für

lateinamerikanische Verhältnisse hohes Wirtschaftswachstum (zwischen 1980 und 1992 stieg das Bruttoinlandsprodukt durchschnittlich um 3,7%) und eine relativ geringe Inflation (zwischen 1985 und 1995 durchschnittlich 25,2%).

Der Fall Mauss zeigt die neue Weltordnung wie unter einem Brennglas. Nach dem Ende des West-Ost-Konfliktes hat die Konkurrenz zwischen den drei großen kapitalistischen Blöcken Japan/Südostasien, USA/Nafta und Deutschland/Westeuropa Züge eines regelrechten Wirtschaftskrieges angenommen. Es geht um die Neuaufteilung der Welt!

Ehemals sichere „Hinterhöfe“, wie es sie in Lateinamerika für die USA gab, werden von der Konkurrenz in Frage gestellt. Besonders aggressiv tritt hierbei Deutschland auf, das erst durch die Vereinigung seine volle staatliche Souveränität zurückerhielt. Sein imperialistisches Programm hat es in den „verteidigungspolitischen Richtlinien“, festgelegt. Dort heißt es z.B. „Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit ... beeinträchtigen können“, oder „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt ...“ und in Punkt 10: „Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, ...“

Angesichts dieser Interessen verwundert es nicht, daß die Verhaftung von Mauss und die Bloßstellung der deutschen Regierung durch Intervention britischer und amerikanischer Stellen zustande kam. Es bleibt abzuwarten, wie das deutsche Interesse in Kolumbien sich weiterentwickelt und welches lateinamerikanische Land als nächstes die Begehrlichkeiten der „neuen Großmacht“ auf sich ziehen wird.

Henning Mächerle

Freiheit für Patricio Ortiz!

Der chilenische Militärfaschist Pinochet hat auch nach seinem Abschied als Oberkommandierender der Streitkräfte als selbsternannter Senator auf Lebenszeit immer noch genügend Einfluß in dem von ihm und seiner Militärclique jahrzehntlang terrorisierten Land.

Diejenigen, die gegen sein Regime Widerstand leisteten, werden sogar im Ausland noch gejagt. Zu ihnen gehört Patricio Ortiz. Er war als Militanter der antifaschistischen Widerstandsbewegung Frente Patriótico Manuel Rodríguez (FPMR) an Aktionen gegen den Militärfaschismus beteiligt, wurde in Chile inhaftiert gefoltert und von einem Militärgericht verurteilt. Sein Fall wurde als Beispiel für Menschenrechtsverletzungen sogar vor dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen behandelt.

Bei einem ersten gescheiterten Fluchtversuch 1992 wurde Ortiz durch Schüsse schwer verletzt und sein Bruder erschossen. Am 30. Dezember 1996 gelang ihm mit weiteren Genossen die spektakuläre Flucht aus dem Hochsicherheitsgefängnis CAS. GenossInnen befreiten die Gefangenen mit einem entführten Hubschrauber.

Ortiz suchte Asyl in der Schweiz, die ja immer viel Wert auf ihre Neutralität legt. Doch wie zu Zeiten des Hitlerfaschismus, als sie aus Deutschland fliehenden Juden den Einlaß verwehrten, scheint auch heute noch für die Schweizer Behörden Neutralität Parteinahme auf Seiten der Folterer und Unterdrücker zu heißen.

Am 4.9. 1997 wurde der 33jährige, durch Folter und Haft schwer traumatisierte Ortiz in der Schweiz verhaftet und sitzt seitdem im Gefängnis Zürich-Kloten in Auslieferungshaft. Die Gefahr, daß er nach Chile deportiert wird, ist sehr groß. Die chilenische Bundesanwältin erklärte in einer chilenischen Tageszeitung: „Es ist sicher, daß Ortiz ausgeliefert wird“. Die Schweizer Behörden berieten die chilenischen Kollegen, wie sie den Auslieferungsantrag erfolversprechend abfassen können.

Seit einigen Monaten läuft eine internationale Solidaritätskampagne für die sofortige Freilassung von Ortiz. An ihr beteiligen sich Gruppen aus Spanien, Schweden, aber auch aus vielen Ländern Lateinamerikas. Auch die Madres de Plaza de Mayo haben sich an der Freilassungskampagne beteiligt. In Chile fordern linke Gruppen ebenfalls Ortiz' Nichtauslieferung und wurden dafür von der Justiz mit Anklage bedroht.

Kontaktadresse:

Komitee Freiheit für Patricio Ortiz,
Postfach 8721, 8036 Zürich,
Tel. 004101/2444417722, Fax 0041/12420858,
E-mail: solikomitee@vwzh.links.ch

Peter Nowak

solidarität

Verhaftet wegen Teilnahme an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten

Forderung nach Freiheit für Cho Ung Ju

Die einzige Delegierte aus Südkorea wurde wegen ihrer Teilnahme an den Weltfestspielen in Havanna im letzten Jahr bei ihrer Rückkehr in ihrem Heimatland verhaftet. Beamte nahmen sie am 18. November 1997 wegen dem Besuch des Weltjugendfestivals sowie - illegalen - Treffen mit Nordkoreanern fest. Cho Ung Ju ist Mitglied der Föderation des Allgemeinen StudentInnenrates in Südkorea, der eine Million Mitglieder repräsentiert und für Unabhängigkeit, Demokratie und Wiedervereinigung eintritt.

Der WBDJ (Weltbund der Demokratischen Jugend), traditionell der Ausrichter der Weltfestspiele und weltweiter Zusammenschluß demokratischer Jugendorganisationen, forderte die Freilassung Cho Ung Jus und ein Ende der Unterdrückung gegen die südkoreanische StudentInnenorganisation. Er fordert dazu auf, bei den südkoreanischen Behörden Protest einzulegen "und sich so mit der fortschrittlichen und demokratischen Jugend- und StudentInnenbewegung in Südkorea zu solidarisieren".
(Quelle: junge welt 17./18.1.98)

Marsch für Kinderrechte

Der zweite Zug des weltweiten Marsches für Kinderrechte ist am Mittwoch den 25.2.98 von der brasilianischen Metropole Sao Paulo aus in Richtung Uruguay und Argentinien aufgebrochen. Der asiatische Zug des weltweiten Marsches war im Januar in der philippinischen Hauptstadt Manila gestartet. Am 21. März beginnt der afrikanische Zug in Kapstadt. In Deutschland beginnt der Marsch nach Angaben der Kindernothilfe, mit Sitz in Duisburg, am 10. Mai bei Flensburg. Am 1. Juni 1998 treffen alle Delegationen in Genf zusammen, wo die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) mit Beratungen über eine neue Konvention zur Kinderarbeit beginnt.

(Quelle: AFP/jw 27.2.98)

ASTA der Universität Gießen wegen Unterstützung der Weltfestspiele verurteilt

Im Sommer 1997 fanden in Kuba die 14. Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt. 12.000 Menschen aus 132 Ländern waren nach Havanna gereist. Im August 1997 beschloß das Studentenparlament der Universität Gießen die Entsendung einer vierköpfigen Delegation nach Kuba und deren finanzielle Unterstützung. Diese Entscheidung fiel in die Zeit einer Kampagne des ultrarechten, CDU-nahen RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten), den ASTEN bundesweit allgemeinpolitische Äußerungen durch juristische Schritte unmöglich zu machen.

Immer wieder trat der Münsteraner Rechtsanwalt Heinz Jürgen Milse auf, der vor Gericht hohe Geldstrafen gegen verschiedene ASTEN erstritt. So geschehen auch in Gießen: Burschenschaftler und RCDS-Mitglied Bernd Engelmann verklagte den ASTA zunächst wegen allgemeinpolitischer Äußerungen in seiner Informationsschrift „ASTA-Info.“ - z.B.

Berichte über Kurdistan. In letzter Instanz stellt der hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) fest, die Äußerungen des ASTA dürften nur „hochschulspezifisch“, sein. Bei Nichtbeachtung dieses Urteils kann eine Strafe von bis zu 500.000,- DM verhängt werden.

Nach dem Beschluß über die Teilnahme an den 14. Weltfestspielen reichte Engelmann eine Klage beim Verwaltungsgericht Gießen ein, dort unterlag er. Das Gericht stellt sich auf den Standpunkt, bei der Unterstützung der 14. Weltfestspiele handele es sich um die Unterstützung studentischer Anliegen. Dieses Urteil wurde vom Verwaltungsgerichtshof wieder aufgehoben und der Gießener ASTA zu einer Strafe von 10.000,- DM verurteilt. In seinem Urteil zitiert das Gericht aus der Begründung des Beschlusses des Studentenparlaments und stellt fest: „Völkerverständigung, und „internationale Verständigung unter Jugendlichen aller Länder“ seien

keine hochschulspezifischen Aufgaben und Äußerungen! Der gesamten Urteilsbegründung liegt der Wille zugrunde, den ASTA zu verurteilen.

Dieses Beispiel „politischer Justiz“ liegt auf der Linie der Politik des „neuen Großdeutschlands“, welches zur Unterstützung seiner imperialistischen Politik politische Friedhofsruhe im Inneren braucht.

In der BRD selber war dieses Urteil kaum eine Nachricht wert, aber die kubanische Vereinigung der Universitätsstudenten und der kommunistische Jugendverband reagierten. Sie schickten dem ASTA Gießen eine Solidaritätsadresse. Unter anderem heißt es dort: „Wir sind davon überzeugt, daß solche willkürlichen Aktionen das Vorankommen der Studentenbewegung in Deutschland und auf internationaler Ebene beeinträchtigen.“

Henning Mächerle

Seit 1974 unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende linke Schutzorganisation. Sie hilft AntifaschistInnen, Totalverweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert und verfolgt werden. Mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für die Unterstützung der Betroffenen bei Anwalts- und Prozeßkosten gesorgt. Zudem organisiert die Rote Hilfe praktische Solidarität, wie Veranstaltungen, Flugblätter, Solidaritätsparties und Demos.

Werdet Mitglied!

Schafft Rote Hilfe!

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: 0431/75141



Wie bereits in der *cuba libre* angekündigt, wollen die amerikanischen „Pastors for Peace“ ihre

8. Freundschaftskarawane nach Cuba durchführen.

Klar ist mittlerweile, das sie zwischen dem 5. und 16. Juli 1998 unterwegs ist, die Hilfsgüter zu sammeln und dann zwischen dem 20. und 22. Juli die Grenze bei Laredo nach Mexiko überqueren soll. Für den 23. Juli ist der Transport nach Cuba eingeplant, wo die Karawane dann in mehreren Tagen ein umfangreiches Programm absolvieren wird. Darunter auch die Teilnahme an der Festveranstaltung zum Gedenken an den 26. Juli 1953. Beendet wird die 8. Karawane mit einer 3-tägigen Konferenz (28.-30. Juli 1998).

Zur weiteren Flankierung der Arbeit der „PFP“ ist ein „Europaweiter Tag der Solidarität mit der Freundschaftskarawane“ in

der Diskussion. Reverend Lucius Walker von den „PFP“ betonte zudem nachdrücklich die Notwendigkeit des Aufbaus einer „Notfall-Datenbank“, die alle nur möglichen Verbindungen zu Medien, Organisationen, Parteien, Parlamentsmitgliedern und Prominenten umfassen sollte. Diese Datenbank sollte sofort aktiviert werden, falls die Freundschaftskarawane irgendwelche Behinderung durch die US-Behörden erfährt, besonders beim Grenzübertritt: Dadurch sollen so viele Protestschreiben, Eingaben und Stellungnahmen wie möglich an den US-Kongress und die US-Regierung aus aller Welt gerichtet werden. Aus der BRD wird sich Andrea Schön

an der Karawane beteiligen und sie hat sich bereit erklärt „überschaubare Sammlungen mit in die USA zu nehmen“. Sie wird das NETZWERK CUBA Informationsbüro über Entwicklungen/Behinderungen der Karawane in den USA auf dem laufenden halten, damit auch hier in der BRD bei Bedarf diese Aktion von unserer Seite aus Unterstützung erfährt und dementsprechend bei den US-Stellen Protest eingelegt werden kann. Kontakt zur Koordinierung von Aktivitäten zur PFP-Karawane:

Andrea Schön,
Tel. 06257/2172 Fax: 06257/903776

NETZWERK CUBA

- informationsbüro - e.V.

4. Jahreshauptversammlung

Am 24. Januar fand in der Ruhrgebietsstadt Essen bereits die 4. Jahreshauptversammlung des NETZWERK CUBA statt, das als Koordinations- und Informationsstelle der unterschiedlichsten Kräfte und Gruppen, die aktive Solidarität mit Cuba üben, seit 1993 in der BRD aktiv ist.

Nach einem inhaltlichen Dialog mit den Vertretern der cubanischen Botschaft, die auch die Grüße des Präsidenten der Partnerorganisation in Cuba (ICAP - Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft) übermittelten, wurde ein ausführlicher Rechenschaftsbericht des Vorstandes erstattet. Schwerpunkte waren u.a. eine Reflexion der Aktivitäten im zuende gegangenen Ché-Guevara-Jahr, die zentrale Tätigkeit des ehrenamtlich besetzten NETZWERK-Büros und die Verbandszeitschrift "NETZWERK CUBA-Nachrichten".

Es konnte festgestellt werden, daß das NETZWERK auch im vergangenen Jahr seine Stellung innerhalb der vielschichtigen linken Bewegung in der BRD ausgebaut und einen Beitrag zur "Einheit in der Vielfalt" geleistet hat.

In der anschließenden lebhaften Diskussion standen die inhaltliche Vorbereitung der Europa-Konferenz in Kopenhagen, das bevorstehende Bundestreffen der Cubasolidarität in Hamburg (8. bis 10. Mai) und die künftige Organisation von Spendentransporten im Vordergrund.

Bei den abschließend durchgeführten Neuwahlen gab es durchweg einmütige Ergebnisse. Weitere Informationen gibt es über das NETZWERK-Büro, das seit dem 23. März eine neue Adresse hat:

NETZWERK CUBA
- informationsbüro - e.V.,
Maxstr. 50, 53117 Bonn;
Tel.&Fax: 0228-241505



NETZWERK CUBA
- informationsbüro - e.V.

VII. Bundestreffen
der Cuba-Solidarität
vom 8. bis 10. Mai 1998
in Hamburg

Reflexion ☆ Bestandsaufnahme ☆
Perspektiven ☆ Projektplanungen
☆ Diskussion mit cubanischen Gästen
☆ themenorientierte Arbeitsgruppen
☆ Informations- und Kontaktbörse
☆ Fiesta de Solidaridad

Bündeln wir unsere Kräfte!

**BUNDESWEIT
&
INTERNATIONAL!**

Weitere Informationen und Anmeldevordrucke bei: NETZWERK CUBA ☆
Reuterstraße 44 ☆ 53113 Bonn ☆ fon & fax & anrufb.: 0228 - 24 15 05 ☆ e-mail: cubared@link-k.gun.de ☆ Wir bitten um Spenden zur Finanzierung des Treffens. Konto: NETZWERK CUBA e.V. ☆ Sparkasse Bonn ☆ Kto.-Nr.: 46953
☆BLZ:38050000☆VWZ:BUNDESTREFFEN

Eine Ambulanz für die Universität in Matanzas

Ein Spendenprojekt der SDAJ

Derzeit studieren etwa 6.000 junge Leute an der Universität "Camilo Cienfuegos" in Matanzas, der größten in dieser Provinz. Rund 5.000 Jugendliche anderer Nationalitäten haben dort die Möglichkeit zum Studium und erhalten dabei große Unterstützung durch die cubanische Bevölkerung. Für die medizinische Versorgung der StudentInnen wird an der Universität eine Ambulanz benötigt.

Die SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) wird in diesem Jahr zusammen mit anderen Jugendverbänden ein Solidaritätsprojekt starten, um diese Ambulanz an der Universität zu errichten. Spenden werden bereits gesammelt und im Sommer werden drei Baubrigaden für jeweils 6 Wochen nach Cuba aufbrechen.

Die Übergabe der Ambulanz an die Universität wird am 28. Oktober dieses Jahres sein. An diesem Tag jährt sich der

Tod von Camilo Cienfuegos, einem Mitstreiter Fidel Castros und Ernesto Ché Guevaras, nach dem die Universität benannt ist.

Gerade heute, in Zeiten zunehmender Individualisierung und Entsolidarisierung, ist es den jungen Menschen in der SDAJ wichtig, mit einem engagierten Projekt politischer und materieller Solidarität andere Signale zu setzen. Zur Realisierung werden insgesamt 25.000 US-Dollar für Material, Werkzeuge und deren Transport gebraucht.

Spendenkonto: SDAJ-Saarland, Sparkasse Saarbrücken, BLZ 590.501.01, Kontonr. 92676.

Brigadetermine: 27.6. - 8.8., 1.8. - 13.9., 20.9. - 1.11.98.

Weitere Informationen: SDAJ Bundesvorstand, Hoffnungsstr.18, 45127 Essen, Tel.0201-230633, Fax 0201-230693.

Es gibt nichts Gutes ... Es sei denn, man tut es!



Den ehemaligen Vorsitzenden des DGB-Kreises München, Alois Mittermüller, sieht man auf Veranstaltungen der Münchner Regionalgruppe der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba eher selten. Auch Sitzungen und Vorstände reizen ihn nicht mehr. Schließlich war er neben seiner DGB-Tätigkeit 12 Jahre Stadtrat der SPD.

Seine Solidarität mit Cuba ist pragmatisch und beispielhaft. Wie er es als Gewerkschaftler eben gelernt hat: Nicht abwarten, ob andere was tun - selber handeln!

Als vor 25 Jahren die erste Brigade der DGB-Jugend München nach Cuba ging, besuchte auch Mittermüller zum ersten Mal die "rote Insel". 10 Jahre später wurde er in einem Interview gefragt, welchen Zeitgenossen er gerne kennenlernen würde. Er antwortete, zum gelinden Entsetzen des eher konservativen Blattes: "Fidel Castro". Dieser Wunsch hat sich übrigens bis heute nicht erfüllt. Dabei hätte es Alois Mittermüller wirklich verdient, von Fidel empfangen zu werden.

Seit er nicht mehr aktiv im Dienste des DGB steht, also viel Zeit hat, reist er regelmäßig nach Cuba und nie mit leeren Händen. Über einen befreundeten Apotheker hat er Medikamente im Wert von rd. 66.000 DM gesammelt und einen Großteil mit freundlicher Unterstützung der LTU selbst auf die Insel gebracht.

Als Bewunderer Fidels und der cubanischen Revolution weiß er, wodurch der drückende Mangel auf Cuba verursacht wird und er verurteilt das US-Embargo auf gut bayrisch als "Sauerei".

Wir alle wissen, daß das cubanische Volk für praktische Solidarität nur mit symbolischen Gesten danken kann. Mittermüller erhielt für seine engagierten Hilfsaktionen von der Direktion und den Ärzten der Poliklinik "Luis Pasteur" in Havanna ein Diplom verliehen, als Ausdruck ihrer "tiefsten Dankbarkeit für seinen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung des Municipio 10 de Octubre".

Unser Freund Alois Mittermüller wird bald wieder nach Cuba fahren. Denn, wie er selbst sagt: "Heute gibt es eigentlich nur noch Cuba, wo man als aufrechter Sozialist hingehen kann".

... und noch mehr Spenden für das Cubanische Gesundheitswesen

Der Arzt Dr. Friedrich Cremer aus Lengfurt hat, zusammen mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, im Jahr 1997 eine respektable Menge an Spenden gesammelt und nach Cuba geschickt:

Über das ICAP (Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft) wurden folgende Einrichtungen und Krankenhäuser mit 3.180 kg Medikamenten und medizinischen Hilfsgütern versorgt:

- Ernesto Buschmann, Matanzas, Clínica de Fisioterapia y Rehabilitación;
- Kinderklinik, Matanzas;
- Asthmazentrum, Habana;
- Hospital "Miguel Enriquez", Habana;
- Kinderklinik "William Soler", Habana;
- Poliklinik "Peñalver", Pinar del Rio;
- Chirurgische Klinik "Albarran", Habana;
- ICCC, Chirurgische Herzklinik, Habana;
- Kinderklinik "Aballi", Habana.

Dem Waisenhaus "Orfelinato" in Matanzas wurde Spielzeug und Kinderkleidung geschickt und weiteres Spielzeug an verschiedene Kinderkliniken.

Direkt an das Gesundheitsministerium gingen per Schiff: 7.500 kg verschiedenster Desinfektionsmittel und nicht weniger als 37 Tonnen Flüssigseife.

Insgesamt hat Compañero Dr. Cremer Spenden in einem Gesamtwert von 2,2 Millionen DM zusammengebracht. Wir freuen uns mit ihm über diesen tollen Erfolg seiner Aktion. Da Dr. Cremer am 24. und 25. November vergangenen Jahres an einer internationalen Konferenz in Havanna über Verbesserungen durch Investitionen im Gesundheitssektor teilnehmen konnte, hat er uns darüber dankenswerterweise auch einen Bericht zur Verfügung gestellt, den wir in diesem Heft veröffentlichen.

MS

Inge Knoeckel

Krankenhausmaterial für Cuba

Ein Projekt der El Salvador Hilfe e.V.

★ **S**eit Februar 1996 hat die El Salvador Hilfe e.V., zunächst bescheidenere, dann größere Mengen Krankenhaus-Basis-Ausstattungen nach Cuba organisiert. Aus den zunächst bescheidenen Ansätzen ist inzwischen ein Großprojekt geworden, das im Augenblick im Zentrum der Arbeit der El Salvador Hilfe steht und alle personellen und finanziellen Möglichkeiten bis an die Grenze belastet.

Bis heute hat sie beispielsweise 15.000 Krankenhausbetten nach Cuba transportiert und jedes der 85.000 Krankenhausbetten in Cuba mit einem neuen Satz Bettwäsche ausstatten können. 400 Operationstische und 50 Röntgengeräte sind nur einige Beispiele aus einer breiten Palette von im wahrsten Sinne des Wortes lebensnotwendigen Artikeln, die wir nach Cuba bringen durften. Jedes Krankenhaus in Cuba hat mit unserer Hilfe einen kompletten Satz neuer chirurgischer Instrumente bekommen und Nahtmaterial, das etwa den Grundbedarf für ein Jahr abdeckt. Insgesamt umfaßte die Palette der versandten Artikel ca. 500 verschiedene Einzelposten mit zum großen Teil beträchtlichen Men-

gen pro Artikel. Der vorwiegende Schwerpunkt der Hilfe liegt in einer Verbesserung der allgemeinen Versorgung Cubas mit Grundausrüstungen, die für die Aufrechterhaltung der Volksgesundheit von vitaler Bedeutung sind. Von Februar 1996 bis Dezember 1997 wurden insgesamt 232 Doppelcontainer nach Cuba versandt, eine Menge, die durchaus nicht mehr als „Tropfen auf den heißen Stein“ angesehen werden kann, sondern real dazu beiträgt, ein Gesundheitssystem am Leben zu erhalten, das wie kaum ein anderes auf der Welt der gesamten Bevölkerung zugute kommt.

Woher diese Mengen? Aus Lagern des Zivilschutzes, der Pharmaindustrie, aufgelösten Krankenhäusern und Beständen von Hilfsorganisationen. Bei solchen Mengen ist man auch schon auf das solidarische Hinlangen von CubafreundInnen angewiesen, so waren auch FG-Mitglieder an verschiedenen Orten in der BRD an solchen Beladeaktionen aktiv beteiligt.

Die Containeraktion geht weiter...

Mit einer Spende von ca. 1500 DM werden wir in die Lage versetzt, einen weiteren Container nach Cuba zu versenden. In den

nächsten Monaten haben wir die Möglichkeit, ca. 50 Container nach Cuba zu senden, vorausgesetzt, die finanziellen Mittel stehen uns zur Verfügung. Bisher mußten wir trotz bedrohlicher finanzieller Engpässe kein Krankenhausbett und keine Kiste mit chirurgischen Instrumenten stehen lassen und hoffen, das auch in Zukunft von uns sagen zu können. Der Verein ist gemeinnützig und berechtigt, steuerlich absetzbare Spendenquittungen auszustellen.

Bankverbindung EL SALVADOR
HILFE e.V. Postbank Köln (370 100 50)
Konto: 0220090503,
Stichwort: Container für Cuba

Ein Tip für alle, die sich nicht scheuen, ihrem Arzt bei seinen Entsorgungsproblemen zu helfen: Gerade wurde die Norm für Ultraschallgeräte geändert, so daß jeder Arzt, der ein solches Gerät in seiner Praxis hat, dieses in Kürze gegen ein neues austauschen muß. In Cuba werden solche Geräte dringend gebraucht! Auch Geräte, die defekt sind, sind als Ersatzteillager von Nutzen.

Informationen zur Versendung nicht kommerzieller Artikel nach Cuba

Stand: November 1997

Für die Sendung nicht kommerzieller Artikel nach Cuba sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- Telefonische Vereinbarung eines Termins beim Konsulat unter der Telefonnummer 0221-309216, zum Erwerb einer Konsularrechnung (factura consular).
- Wahrnehmung des Termins im Konsulat (Botschaft der Republik Cuba; Kennedyallee 22 - 24, 53175 BONN) zur Ausfertigung der Konsularrechnung für nicht kommerzielle Warensendungen. Die Kosten für die Konsularrechnung betragen nach den geltenden Gebührensätzen DM 162.-.
- Der Wert der zu übersendenden Artikel darf den Betrag von 200 US-\$ nicht übersteigen.
- Zur Ausfertigung der Konsularrechnung ist eine Liste der fraglichen Artikel unter Angabe des jeweiligen Wertes vorzulegen.

- Der Empfänger der Sendung muß für den Import der Sendung die entsprechenden Zollgebühren in Cuba entrichten.

- Medikamente und Brillen sowie orthopädische Prothesen sind von der Konsularrechnung ausgeschlossen. Information der Konsularabteilung der Botschaft der Republik Cuba.

Transport:

Mit der cubanischen Fluggesellschaft Cubana de Aviación können neben den 20 kg Fluggepäck pro Person 10 kg Medikamente mitgenommen werden. Diese Überschreitung des Fluggepäcks für die Beförderung von Spenden wird jeweils von der Zentrale der cubanischen Fluggesellschaft in Havanna genehmigt. Hierfür ist es erforderlich, daß sich der Empfänger der Spende vorab mit der Cubanischen Fluggesellschaft in Verbindung setzt.

Botschaft der Republik Cuba

Neue, ergänzende Zollbestimmungen:

Seit dem 14. Dezember letzten Jahres regeln die neuen Resolutionen 27-97 und 52-97 die Einreise mit Gepäck. Diese beinhalten das Verbot des Imports von elektrischen Geräte wie z.B. Videorecorder, ab einer bestimmten Obergrenze des Energieverbrauchs, um so den Stromverbrauch auf Cuba zu begrenzen. Außerdem gilt ein Gewichtslimit für das mitgeführte Gepäck, bzw. ein Strafzoll bei der Belegung von Übergepäck. Konkret erlaubt sind, unabhängig des seitens der Fluggesellschaft autorisierten oder vom Passagier bezahlten Übergepäcks neben Tabakwaren und Spirituosen 20 Kilogramm persönliche Dinge, ein Kilogramm Medikamente sowie einmal jährlich zehn Kilogramm Geschenke im Wert von 250 US-Dollar. Davon sind allerdings nur 50 Dollar abgabefrei, für den Rest wird ein hundertprozentiger Zoll erhoben.

Das cubanische Fremdenverkehrsinstitut verschickt auf Anfrage eine Liste der zum Import nicht mehr zugelassenen Geräte.

»MAlday« - »MAlday«

Seit zweieinhalb Jahren verhandeln die 29 OECD-Staaten, darunter die reichsten Industrienationen dieser Erde, ein sogenanntes Investoren- und Investitionsschutzabkommen, das Multilateral Agreement on Investment (MAI).

Diese unter strenger Geheimhaltung geführten Verhandlungen werden im April/Mai 1998 zum Abschluß kommen. Das MAI soll dann von den Parlamenten der Unterzeichnerstaaten ratifiziert werden. Das wichtigste Thema dabei ist die weltweite Liberalisierung der Investitionen. Darin sehen die Länder des Südens einen Angriff auf die Ressourcen und die Rechte ihrer Bürger. Bislang wehrten sie sich erfolgreich gegen Verhandlungen über dieses Abkommen im Rahmen der WTO. Nun befaßt sich die OECD damit.

Hintergedanke dabei ist, die Verhandlungen ohne die störende Intervention der Entwicklungsländer abzukürzen und das fertige Abkommen später auf die WTO zu übertragen. Die Konsequenzen des MAI werden weitreichend sein. So sollen künftig ausländische Unternehmen den einheimischen gleichgestellt werden. Für die Entwicklungsländer würde damit die gezielte staatliche Förderung für nationale Industrien oder strukturschwache Regionen unmöglich. Profite der Investoren sollen ungehindert abfließen können, auch wenn das die Zahlungsbilanz der hochverschuldeten Entwicklungsländer aus dem Gleichgewicht bringt.

Ausländische Direktinvestitionen würden nicht mehr automatisch neue Arbeitsplätze schaffen. Die Unternehmen sollen nämlich das Recht haben, leitende und mittlere Angestellte aus ihren Heimatländern mitzubringen. Der Nutzen für die Bevölkerung des Gastlandes wäre minimal. Während die Industriestaaten die Möglichkeit haben, für sich selbst Ausnahmen für bestimmte Sektoren oder Gesetze auszuhandeln, wird auf die Entwicklungsländer massiv Druck ausgeübt werden, das MAI zu unterzeichnen, auch wenn sie selbst keinen Einfluß auf die Vertragsgestaltung haben.

Schon heute haben es viele Entwicklungs- und Schwellenländer schwer, eigene Strategien zur Verbesserung ihrer Lage zu entwickeln. Die Programme von Weltwährungsfonds und Weltbank zu Struktur Anpassung und Schuldendienst setzen ihnen Grenzen. Für viele dieser Länder bedeuten Investitionen die Hoffnung auf Arbeitsplätze, bessere Infrastruktur sowie Technologietransfer. Das MAI würde ihnen aber das Recht nehmen, die Investitionen im Lande in bestimmte Sektoren zu lenken. So könnten sie zum Beispiel beschließen, daß ein Teil der Erzeugnisse ausländischer Unternehmen exportiert werden muß, um den eigenen Binnenmarkt zu entlasten. Sie

könnten auch festlegen, daß nationale Zulieferbetriebe beteiligt werden müssen, damit auch sie profitieren.

Die Investitionen ausländischer Unternehmen könnten somit für die Entwicklungsländer leicht zum Russischen Roulette werden: Sie können ihnen nützen - oder aber ihre Wirtschaft vernichten. Die MAI soll sogar mit einem Streitschlichtungssystem ausgestattet werden, das den Investoren erlaubt, sich gegen bestimmte Maßnahmen im Gastland zu wehren, etwa gegen die Umwelt- oder Sozialauflagen. Umgekehrt können die Gastgeberländer dasselbe System nicht nutzen, um beispielsweise den Schutz der VerbraucherInnen, ArbeitnehmerInnen oder Umwelt einzuklagen. Somit ist es möglich daß durch das MAI Umwelt- und Sozialstandards sukzessive abgesenkt werden.

Wie sehen solche Standards in der Praxis aus ?

Die Forderungen der "Sozialcharta für den Handel mit Kleidung" beispielsweise umfassen im Kern folgende sieben Punkte:

- "Arbeitnehmer haben das Recht, sich frei zu organisieren und ohne vorherige Autorisierung unabhängige Gewerkschaften und Organisationen ihrer Wahl frei zu bilden und ihnen beizutreten." (ILO-Konvention Nr. 89)
- "Arbeitnehmer haben das Recht auf repräsentative Organisationen ihrer Wahl zum Zweck von Kollektivverhandlungen. Diese finden ohne Beeinträchtigung durch die Arbeitgeber statt." (ILO-Konvention Nr. 98)
- "Die Entlohnung von ArbeiterInnen muß wenigstens deren notwendigen Lebensbedarf (Nahrung, Kleidung, Wohnraum) und den der unmittelbar von ihnen abhängigen Familienmitglieder decken. Diese Entlohnung genügt mindestens dem Mindestlohn des jeweiligen Landes" (ILO-Konvention Nr. 26)
- "Die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden und die Regelung hinsichtlich der Bezahlung von Überstunden entsprechen den für alle Arbeitnehmer von der ILO festgelegten Standards" (ILO-Konvention Nr. 1)
- "Die Arbeitsbedingungen im Sicherheits- und Gesundheitsbereich genügen den von der ILO festgelegten Normen" (ILO-Konvention Nr. 155)
- "Arbeitgeber halten sich an das von der ILO festgelegte Mindestalter für Arbeitskräfte" (ILO-Konvention Nr. 138)
- "Arbeitgeber fördern die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Beschäftigten. Das bedeutet, daß es keine Diskriminierung aufgrund von

Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, politischer oder religiöser Überzeugung, sozialer Herkunft oder des Herkunftslandes geben soll" (ILO-Konvention Nr.111)



Allerdings bleibt zu erwähnen, daß in der Arbeitspraxis in vielen Ländern dieser Welt diese Sozialstandards auch heute bereits nur eingeschränkt angewendet werden. Ganz ohne diese Rechte allerdings würde eine wichtige Hürde zur weiteren Entrechtung der Arbeitnehmer genommen werden.

Durch die lange Gültigkeitsdauer (20 Jahre) und die Kündigungsfrist von 5 Jahren, unabhängig von der politischen Entwicklung des Unterzeichnerlandes, will man versuchen die Abhängigkeiten im voraus festzulegen.

Die Geheimhaltung des Vertragswerkes stellt, neben der Demokratie zerstörenden Wirkung, den Hauptkandal des geplanten Abkommens dar, nicht einmal den Bundestagsabgeordneten lag dieses Vertragswerk zuletzt vor.

IAM statt MAI

Wie ein Wunschzettel der Multis an den Weihnachtsmann liest sich der Entwurf des MAI. Die Profite der Konzerne gelten offenbar als das allein seligmachende Kriterium. Soziale und ökologische Aspekte fehlen vollkommen. Sollte dieses Abkommen in seiner jetzigen Fassung verwirklicht werden, stünde ein neuer Schub im Prozeß der neoliberalen Globalisierung ins Haus. Dieser würde insbesondere die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer verwundbarer machen. Das muß jedoch verhindert werden. Deshalb hat sich jetzt eine internationale Koalition von NRO gebildet. Aus der BRD sind WEED, Germanwatch und der NABU beteiligt. Hauptforderung dieses Bündnisses ist ein Moratorium für die Verhandlungen über das MAI.

Was wir brauchen ist mehr Öffentlichkeit in dieser Sache und eine Debatte in den nationalen Parlamenten, bevor die Verhandlungen weitergehen. Vor allem jedoch müssen die Entwicklungsländer die Möglichkeit haben, beim MAI mitzureden. Es geht nicht an, daß sie von den Verhandlungen ausgeschlossen werden, beim fertigen Abkommen aber „beitreten dürfen“. Als weiteres Ziel will das Bündnis erreichen, daß sich die Leitlinien des neuen Investitionsschutzabkommens an einer nachhaltigen Entwicklung orientieren.

Langfristig müßte das MAI vom Kopf auf die Füße gestellt werden: „IAM“, ein Internationales Abkommen zur Kontrolle der Multis.

Für eine sofortige Veröffentlichung und öffentliche Diskussion des MAI-Vertrages!

Quelle: Peter Wahl, Weltwirtschaft, Ökologie&Entwicklung - WEED

Es geht um Piranhas

Raul Valdes Vivo

In gewissen Abständen tauchen Ansichten ausländischer Beobachter auf, die mehr oder weniger ehrlich meinen, einen Widerspruch darin zu sehen, daß Cuba Verbindungen mit ausländischem Kapital akzeptiere, dafür sogar seine sozialistische Verfassung geändert und entsprechende Gesetze erlassen habe, während es andererseits im Inneren kapitalistische Investitionen von cubanischen Bürgern in kleine und mittlere Unternehmen ablehnt. Diese Beobachter dichten uns an, wir fühlten uns in Begleitung von Haien wohl, in der von Sardinien dagegen schlecht.

Dies ist ebenfalls einer der Angriffe des Mafia-Radios aus Miami, wenn es zum Schein sozialdemokratische und reformistische Positionen einnimmt, obwohl seine langfristige Strategie die der Annexion unter der totalen Herrschaft der Yankee-Multis ist.

Die Antwort auf diese Meinungen hat nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen und ideologischen Charakter.

Erstens. Diese Verbindungen mit Ausländern - wir hätten es vorgezogen, sie nicht einzugehen - erlauben uns, Kapital, Technologie und Märkte zu erschließen. Damit helfen sie objektiv, dem Wirtschaftskrieg des historischen Feindes Cubas Widerstand zu leisten, dem wir hauptsächlich mit unseren eigenen Kräften begegnen.

Zweitens. Die gemischten Unternehmen mit ausländischem Kapital sind durch vertragliche Vereinbarungen zeitlich begrenzt. Sie sind vor Maßnahmen geschützt, die die Interessen der Partner verletzen. Innerhalb der Betriebe gelten Vereinbarungen zum Schutz der Kollektive unserer Arbeiter.

Drittens. Die vermeintlichen Investitionen der Cubaner können kein notwendiges Element zur Entwicklung des Landes beisteuern. Wir sind auch nicht an der Einfuhr von finanziellen und anderen Mitteln für die Rückkehr einer heimischen Klasse von Ausbeutern mit ausländischer Beratung und Unterstützung interessiert.

Viertens. Die Schaffung wirtschaftlicher Grundlagen für eine lokale Bourgeoisie würde eine soziale Kraft einführen, die früher oder später der Konterrevolution dienen würde. Vor derartigen Mächtigkeiten ist die Revolution gewarnt. Zum Abschluß des 5. Parteitagess hatte Fidel erklärt:

"Selbstverständlich versichere ich Ihnen jetzt, daß in den Köpfen der Führungskräfte und der Leitung unserer Partei der Gedanke an die Privatisierung unserer Industrien nicht vorhanden ist.

Wenn eine Fabrik geschlossen werden muß, dann muß sie schließen, wenn es aus

wirtschaftlicher Sicht absolut unmöglich ist, sie rentabel, für die Wirtschaft brauchbar zu gestalten, sie in eine Fabrik zu verwandeln, die keine Verluste bringt. Aber darf man den Gedanken zulassen, die Idee akzeptieren, daß wir cubanischen Revolutionäre nicht fähig sind, wo ein Privater, wo ein Kapitalist fähig ist?"

Auf scharfe Weise wies unser Erster Sekretär zurück, "über die Privatisierung in diesem Land eine Klasse von Reichen zu schaffen, die später eine ungeheure Macht erlangen, und schließlich gegen den Sozialismus konspirieren würde".

Fünftens. Die cubanische Revolution kann keine Privatisierung akzeptieren, die den ungehemmten Egoismus und den Individualismus schürt, sondern sie versucht, über die Effizienz, das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln zu festigen, und damit den ständigen Kampf um die sozialistischen Prinzipien der Brüderlichkeit und Solidarität zu begleiten. Trägt etwa ein kapitalistisches Unternehmen dazu bei, das Bewußtsein des neuen Menschen herauszubilden, der von Che angestrebt wurde?

Sechstens. Sollte sich erneut eine Bourgeoisie herausbilden, die in unserer republikanischen Vergangenheit antinational war, würde der Anreiz zu illegaler Bereicherung, Korruption und kriminellen Handlungen verstärkt werden, die bereits im Auf und Ab der *período especial* eine gewisse Bedeutung erlangt haben.

Siebtens. Wenn man sich auf rein wirtschaftliches Terrain begibt, und dabei hypothetisch die politischen und ideologischen Gefahren außer acht läßt, sieht man, daß kleine und mittlere Unternehmen sich auf eine extreme Ausbeutung der Arbeitskräfte stützen müßten, um rentabel zu sein. Dieses Phänomen kennt man aus dem neokolonialen Cuba und es ist heute in den Ländern anzutreffen, wo diese Unternehmen nur mit Mühe und Not mit den Monopolen konkurrieren können, da diese zu einer sehr viel höheren Arbeitsproduktivität in der Lage sind.

Achtens. Der 5. Parteitag trat nicht nur der Frage entgegen, Cuba würde einheimische kapitalistische Privatunternehmen akzeptieren, sondern bekräftigte in seiner Resolution zur wirtschaftlichen Lage, in der er die positiven Erfahrungen auf nationaler und internationaler Ebene anerkennt: "Im Unternehmensbereich müssen die kleinen und mittleren staatlichen Betriebe eine dynamische und flexible Rolle bei der Produktion, den Dienstleistungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen übernehmen."

Wir sind einer dreifachen Zielsetzung ausgesetzt, die für eine einheitliche feindliche

Strategie steht. In der Politik ist es das Mehrparteiensystem, dessen Einführung die Einheit zerstören würde, die es uns erlaubt, unsere unverfälschte Demokratie aufrechtzuerhalten und die Menschenrechte zu garantieren. Im gesellschaftlichen Bereich ist es die Zivilgesellschaft, die in Cuba angeblich nicht existiert, und für die US-Akademiker im Besitz von anti-staatlichen Rezepten sind. In der Wirtschaft ist es die Bildung kapitalistischer Unternehmen.

Es ist trügerisch und falsch, die cubanische Weigerung, solche Unternehmen zuzulassen, darauf zurückzuführen, daß angesichts der Blockade der nationalen Einheit Vorrang eingeräumt werde, und deshalb die Beschäftigung mit vielen Problemen, die man gründlichst diskutieren wird, auf später verschoben werden müßte.

Angesichts der mörderischen Blockade, der Wirtschaftskrise, der militärischen Bedrohung und weit davon entfernt, den Ausnahmezustand auszurufen oder auf die saubersten Wahlen des Planeten zu verzichten, stärkt Cuba die Teilnahme aller an seinem politischen System. Es ist das Land, in dem das Volk und seine repräsentativen Institutionen jede wichtige Angelegenheit und jedes Gesetz am meisten diskutieren.

Sollte es etwa möglich sein, nicht anzuerkennen - um nur zwei Beispiele zu nennen -, daß sechseinhalb Millionen Cubaner das ideologische Dokument des 5. Parteitagess diskutiert und beschlossen haben, oder daß in der Nationalversammlung die Meinungen von Zehntausenden Arbeiterparlamenten berücksichtigt wurden, als nach erschöpfenden Debatten, die dort immer geführt werden, die Entscheidungen angenommen wurden, Beschlüsse zur Sanierung der Staatsfinanzen gefaßt wurden?

Die Spitzfindigkeit, daß staatliche Maßnahmen nicht-wirtschaftlichen Charakters ausreichen würden, um das Eigentum zu begrenzen, das einige vorsichtig als nicht gesellschaftliches bezeichnen, um es nicht kapitalistisch zu nennen, kommt der Empfehlung gleich, sich freiwillig eine Krankheit zuzuziehen, weil es ja Medikamente gebe, die ihr Fortschreiten verhindern.

Schließlich sind diese kapitalistischen Unternehmen, die unserer Heimat wenig oder gar nichts geben würden, keine sanftmütigen Sardinien, auch wenn ihre Verfechter sie häufig als solche darstellen, sondern Piranhas.

Unersättlich gefräßige Piranhas, wie sie reichhaltig im Amazonas vorkommen, die es schaffen, sich jeglicher Kontrolle zu entziehen und in der Lage sind, in kürzester Zeit ein Pferd bis auf die Knochen zu verschlingen.

Der vorliegende Artikel wurde der deutschsprachigen Granma Internacional, Februar 98, entnommen. Einzelexemplare der Zeitung können über die Geschäftsstelle der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba bezogen werden.

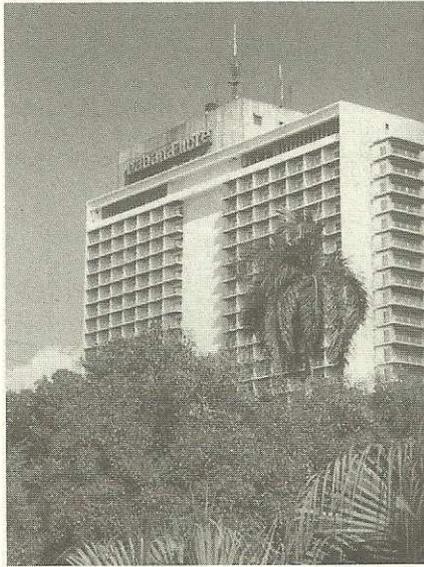
Exkurs:

Fallbeispiel Hotel

Bei dem untersuchten Betrieb handelt es sich um eines der renommiertesten Hotels in Kuba, das seit mehr als 35 Jahren existiert. Das Hotel ist sehr bekannt und hat eine geographisch günstige und zentrale Lage in La Habana. Das Hotel verfügt über eine Bettenkapazität von mehr als 500 Zimmern. Auf Grund der zur Zeit laufenden Umbau- und Modernisierungsarbeiten standen zum Sommer des Jahres 1996, dem Zeitpunkt der Untersuchung allerdings nur ca. 170 Betten zur Verfügung. Die Auslastungsrate der zur Verfügung stehenden Betten betrug 65 bis 70 %. Das Hotel ist, neben seiner Bettenkapazität, mit einer Reihe von Konferenz- und Tagungsräumen ausgestattet. Als im Jahre 1993 die Zusammenarbeit mit einem ausländischen Vertragspartner begann, war dieses Hotel das erste, welches eine internationale wirtschaftliche Vereinigung eingegangen war. Als Begründung für diesen Vertragsabschluß wurden drei Gründe angeführt:

- Das Hotel bedurfte einer dringenden Instandhaltung und Modernisierung. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel mußten umgehend aufgebracht werden.
- In der Zusammenarbeit mit dem ausländischen Vertragspartner sollten Erfahrungen in der Leitung eines Hotels für den internationalen Tourismus gesammelt werden.
- Die Vermarktung des Hotels im internationalen Tourismus sollte sichergestellt werden.

Die derzeit laufenden Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen sind Ausdruck dafür, daß die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Im Laufe der vergangenen drei Jahre hat die kubanische Seite eine Menge Erfahrungen gesammelt. Vor 1993 war es möglich, die Dienstleistungen des Hotels sowohl in kubanischen Peso als auch in frei konvertibler Währung in Anspruch zu nehmen. Mit dem Vertragsabschluß änderte sich der Status des Hotels, denn mit der Gründung der wirtschaftlichen Vereinigung war die Bezahlung nur noch in frei konvertibler Währung gestattet. Vor Vertragsbeginn war es im Prinzip für jeden Kubaner und jede Kubanerin möglich, sich beispielsweise ein Hotelzimmer für eine Woche zu mieten. Einzige Bedingung war, daß er oder sie die damals schon hohen Preise bezahlen konnte. Seit dem 1.1.93 ist dies nicht mehr möglich. Heute stehen nur noch bis zu 5 % der vorhandenen Bettenkapazität für Reservierungen über die Gewerkschaften, über die Jugend- und Studentenorganisation oder andere Berufsorganisationen zur Verfügung.



Die Personalentwicklung seit dem 1.1.1993

Bis zum 1.1.1993 waren in dem Hotel rund 1200 KubanerInnen beschäftigt. Im Spätsommer 1996 waren es nur noch knapp 450 Beschäftigte. Dieser drastische Personalabbau, mehr als 60 %, wurde mit einem internationalen Vergleich begründet. Nach Aussagen eines Repräsentanten ist es für ein Hotel dieser Größenordnung international üblich, durchschnittlich einen Mitarbeiter pro Zimmer zu beschäftigen. Der Durchschnitt lag, zum Zeitpunkt des Beginns der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem ausländischen Vertragspartner, bei 2,14 Arbeiter pro Zimmer. Im übrigen war der Personalabbau eine der Bedingungen des ausländischen Partners zu Beginn der Zusammenarbeit. Desweiteren liegt es in der Natur der Sache, daß, wenn ein Hotel umgebaut und modernisiert wird und deshalb nicht mehr die volle Bettenkapazität zur Verfügung steht, der Personalbedarf ebenfalls sinkt.

Eines der entscheidenden Kriterien bei der Auswahl des weiterzubeschäftigenden Personals war eine entsprechende Ausbildung in Kombination mit der Beherrschung einer Fremdsprache. Die Entlassenen erhielten 60% ihres Lohnes, allerdings vom staatlichen Komitee für Arbeit und nicht vom Hotel. Somit war die soziale Absicherung der entlassenen Beschäftigten nicht ein Problem des Hotels und der zu erwartenden Gewinne, sondern ein Problem des kubanischen Staates. Während der Zeit der Erwerbslosigkeit befinden sich die Betroffenen in einer Art Wartezustand. In dieser Zeit bietet die kubanische Beschäftigungsfirma für die Betroffenen Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen an, mit dem Ziel, eine Beschäftigung in einem andern Hotel zu erreichen.

Das Entlohnungssystem

Grundsätzlich sind die Gehälter der im Tourismus Beschäftigten höher als in anderen Bereichen der kubanischen Wirtschaft. Die Struktur und die Höhe der Löhne sind in einem gesonderten Gesetz verbindlich und landesweit geregelt. Die Arbeiter in diesem Hotel erhalten die höchste Lohnstufe, weil sie in einem Hotel beschäftigt sind, das gemeinsam von einer kubanischen und ausländischen Administration geführt wird. Das Mindestgehalt in diesem Hotel beträgt 143 kubanische Pesos und das höchste 340 Pesos. Hierbei ist allerdings noch eine Besonderheit zu beachten. Die kubanischen Beschäftigten haben ihren Arbeitsvertrag nicht mit dem Hotel geschlossen, sondern mit einer „Leiharbeitsfirma“. Das Hotel zahlt an die „Verleihfirma“ in konvertibler Währung die Löhne plus 25 % Sozialabgaben. Die „Verleihfirma“ bezahlt die Beschäftigten in nationaler Währung. Neben den normalen Gehaltsauszahlungen ist es möglich, bis zu 100 Pesos an Prämien zu erlangen. Desweiteren sind noch einmal 30 % in Form von Zuschlägen zu erreichen.

Dieses Entlohnungssystem und seine Zuschläge machen einen Teil der Attraktivität einer Beschäftigung im Tourismus aus. Das ist eine positive Stimulierung. Die andere Seite der Medaille ist aber, daß Beschäftigte in einem rein kubanischen Unternehmen, die im Kern die gleiche Tätigkeit ausüben, de facto schlechter bezahlt werden. Dies hat negative Folgen im Sinne einer Demotivierung und leistet der sowieso schon vorhandenen Tendenz Vorschub, sich eine andere Beschäftigung zu suchen. Die positiv gedachte Stimulierung in den Hotels kann auch schnell in eine Abhängigkeit umschlagen. So ist es beispielsweise möglich, daß die Androhung der Entlassung aus dem Hotel dazu führt, daß die Beschäftigten ihre verbrieften Rechte nicht in Anspruch nehmen.

Trinkgelder

Wie in den kubanischen Hotels üblich, werden die sogenannten Trinkgelder gesammelt. Ein Teil davon wird über die kubanischen Gewerkschaften an das Gesundheitswesen gespendet (Granma berichtet ausführlich darüber, die Red.) Der verbleibende Teil wird nach einem festgelegten Schlüssel unter den Beschäftigten aufgeteilt. Über diesen Weg haben auch diejenigen, die keinen direkten Kontakt mit internationalen Touristen haben, die Möglichkeit, in den Besitz von frei konvertibler Währung zu gelangen.

Das Beurteilungssystem

In dem untersuchten Hotel gab es vor 1994 kein differenziertes Beurteilungssystem, nach dem die Auszahlung der Prämien geregelt wurde. Seit 1994 existiert ein Beurteilungssystem. Von diesen monatlichen Beurteilungen ist nicht nur die Höhe der Prämien abhängig, sondern im

Zweifelsfall auch der Verbleib im Hotel, und damit das relativ hohe Einkommen und der Zugang zu Devisen. Beurteilungskriterien sind unter anderem, die Anwesenheit, die Pünktlichkeit, die Arbeitsleistung, die Arbeitserfüllung und die Zusammenarbeit in der Gruppe. Diese monatliche Evaluation führt der unmittelbare Vorgesetzte des

Beschäftigten durch. Die Ergebnisse der Beurteilung werden mit dem Betroffenen in einem persönlichen Gespräch erläutert. Wenn der Beschäftigte mit der Beurteilung einverstanden ist, erklärt er dies mit seiner Unterschrift. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, hat er die Möglichkeit, seine entsprechenden Bemerkungen auf dem Vordruck einzutragen.

Die Beurteilungsergebnisse werden in der „Personalabteilung“ gesammelt und ausgewertet. In unserem Fallbeispiel ist der zuständige Mitarbeiter der Personalabteilung gleichzeitig der Leiter der gewerkschaftlichen Struktur in diesem Hotel. Dadurch hat dieser die Möglichkeit, die Evaluierungsergebnisse zu analysieren. Eine große Schwäche des Beurteilungssystems in unserem Fallbeispiel ist, daß die Gewerkschaften keine vertraglich festgelegten Mitbestimmungsrechte haben. Wenn bei der nächsten Wahl des Gewerkschaftssekretärs zum Beispiel ein Barmann zum Vorsitzenden gewählt würde, hätte die Gewerkschaft keinen formalrechtlichen Anspruch auf die Evaluierungsergebnisse. Diese kann insbesondere bei Rationalisierungsmaßnahmen zu einem großen Problem werden, weil das Selektionssystem und die Beurteilungskriterien für mögliche Entlassungen nicht transparent wären.

Bei beispielsweise anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen werden von den unmittelbaren Vorgesetzten die Fehlzeiten des vergangenen Jahres und eventuell durchgeführte Disziplinarmaßnahmen und die Gesamtergebnisse der Beurteilungen angegeben. Auf der Grundlage dieser Informationen wird dann entschieden, welche Beschäftigten entlassen werden sollen. Diese Entlassungsvorschläge werden einer entsprechenden Kommission, die von der Personalabteilung gebildet wird, vorgelegt. Dort hat der Betroffene noch einmal die Gelegenheit seine Meinung über die Entscheidung zur Kündigung zu äußern.

Auf die veränderten Bedingungen, die sich aus der Zusammenarbeit mit einer ausländischen Geschäftsführung für die Interessenvertretung ergeben, soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Der Bericht wurde uns freundlicherweise von Peter Knappe, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg zur Verfügung gestellt. In der letzten Ausgabe erschien Fallbeispiel: Metallbetrieb.

ES GEHT VORAN

Zucker - und Landwirtschaft in Cuba im Januar 1998
von Andreas Hesse,
Cubagruppe im 3. Welt-Haus Frankfurt

Der Jahreswechsel im cubanischen Oriente: die Stimmung ist relaxter als ein halbes Jahr zuvor. Die Menschen wirken tendenziell gelöster, was nicht nur an der *fiesta*-Atmosphäre zu Neujahr liegt.

Eine nur scheinbar belanglose Beobachtung: auf den Strassen von Santiago de Cuba, Baracoa und anderswo begegnet man heute durchaus wieder korpulenten Menschen. Der Unterschied zu den Strichmännchen des Jahres 1994 ist offensichtlich. Die Versorgungslage ist nach wie vor schwierig, entspannt sich aber in der langfristigen Tendenz.

Das gilt auch im Vergleich zum Sommer 1997, als es noch einmal schwierig wurde, vor allem im Osten Kubas. Tagelange Regenfälle im Mai hatten damals die Ernte auf den Feldern verrotten lassen. Hinzu kamen die Spätfolgen des Hurricans ‚Lily‘. Auf den freien Bauernmärkten gab es nur noch wenig und das zu hohen Preisen: die Durchschnittsfamilie war schnell pleite. Und das in einer Zeit, als eine (inzwischen erfolgreich bekämpfte) Dengueepidemie eine besondere Alimentierung der Infizierten verlangte.

Januar 1998: die Zuteilungen auf die *libreta* haben sich nicht erhöht, auch nicht der Wert des Pesos gegenüber dem Dollar (welcher seit zwei Jahren immer um die 23 Pesos herum pendelt, plusminus 3), bei einem Durchschnittsgehalt von 250 Pesos. Gewachsen ist aber die Kaufkraft des Peso auf dem freien Bauernmarkt, infolge eines vergrößerten Angebots sowie einer sich langsam verringernden zirkulierenden Geldmenge. Die Preise sind nach wie vor viel zu hoch, doch entwickeln sie sich mit positiver Tendenz. Kostete auf dem Land ein Pfund Schweinefleisch vor Jahresfrist noch über 20 Pesos, so sind es heute um die 13. 15 Pfund Süßkartoffeln kosteten damals ca. 10, heute ca. 7 Pesos. Das Pfund Reis sackte im gleichen Zeitraum von ca. 8 - 10 auf etwa 5 Pesos ab (das ist, wie gesagt, der Verkaufspreis auf den freien *mercados agropecuarios*: über die staatlichen *libreta*-Verteilungsstellen wird der Reis zu einem winzigen Bruchteil dieses Betrags abgegeben, aber eben nur 4-6 Pfund pro Person und Monat).

In den Städten sind Agrarprodukte selbstverständlich teurer (Transportkosten und höhere Nachfrage), jedoch mit ähnlicher leicht sinkender Tendenz.

Azúcar

Zum wiederholten Male stelle ich fest, daß die von HaJü Burchardt in verschiedenen Artikeln und insbesondere in seinem Buch „Kuba - der lange Abschied von einem Mythos“ geäußerte Kritik an der fehlenden Arbeitsmotivation der Beschäftigten in der Landwirtschaft so nicht zutrifft.

Besuch bei der Zuckerkooperative „10 de octubre“ in der Ortschaft Mella, Provinz Santiago de Cuba. Rafael Hechegarria, Leiter dieser sogenannten *Unidad basica de producción cooperativa* (UBPC), erläutert das komplizierte Entlohnungssystem, das gleich mehrfach mit der Arbeitsleistung des Einzelnen und der gesamten Genossenschaft rückgekoppelt ist:

„Wie viele andere Staatsgüter wurden wir 1994 zu einer UBPC umgewandelt, das heißt, wir arbeiten heute auf vom Staat gepachteten Land teilweise selbständig und mit eigener Rechnungsführung. Der Staat schreibt allerdings vor, was wir anbauen müssen, in diesem Fall Zuckerrohr.“

Früher gab es ein Einheitssalär. Heute wird die anfallende Arbeit in Einheiten unterteilt. Erledigt der *compañero* eine Arbeitseinheit (z.B. soundsoviel Fläche Zuckerrohr von Unkraut säubern), so verdient er sich damit einen bestimmten Pesobetrag. Entsprechend bringt jedes Kooperativenmitglied einen höheren Einsatz für die Gemeinschaft, die Motivation steigt. Wenn die Kooperative darüberhinaus zum Ende der Erntezeit einen Gewinn erwirtschaftet, wird dieser unter allen *compañeros* verteilt.

Und es gibt noch ein drittes Stimulans: das Bonussystem. Wenn der Einzelne keinen Tag im Monat gefehlt und eine bestimmte Menge von Arbeitseinheiten erledigt hat, bekommt er zusätzlich zum Pesogehalt sogenannte Bonuspunkte ausbezahlt. Diese kann er in staatlichen Läden, sog. *tiendas de estímulos*, einlösen, die exakt die Produktpalette der kubanischen Dollarshops, also auch wichtige ‚Mangelprodukte‘ offerieren.“

Später auf dem Zuckerrohrfeld treffen wir denjenigen, der die Erntemaschine fährt. In einer vermeintlichen Arbeitspause macht er eben keine Pause, sondern sammelt das beim Abernten von der Erntemaschine nicht aufgenommene Zuckerrohr ein und wirft es auf die Maschine: „Wenn das Feld nicht sauber ist, bekomme ich keinen Bonus“.

Der Leiter der Kooperative bezieht fast als einziger ein festes Salär. Er erhält außerdem nur dann Bonuspunkte, wenn ALLE Mitglieder der UBPC die Vorgaben

für den Monat erfüllt haben. Das führt dazu, daß ein einfacher Landarbeiter in manchen Monaten mehr verdient als der Kooperativenleiter!

Dasselbe Bonussystem mit strukturellem Nachteil für die *'jefes'* gilt auch in der benachbarten Zuckerfabrik (*central*) des Ortes. Somit ist also ein Betriebsleiter, um Punkte zu bekommen, immer darauf bedacht, daß der gesamte Betrieb gut läuft. In der *central* wird ein Fünftel des numerischen Betrags des Pesogehalts in Form der Bonuspunkte ausbezahlt (zusätzlich), außerhalb der Erntezeit allerdings nur die Hälfte. Im Bonusladen sind die Produkte teurer als im Dollarshop, dennoch ist der stimulierende Effekt beträchtlich. Der Arbeitskräftemangel in der Zuckerwirtschaft existiert noch, ist aber dank der kleinen Privilegien längst nicht mehr so ausgeprägt wie vor der Einführung der neuen Anreizsysteme.

Die *tiendas de estímulos* gibt es nicht mehr nur in der Zuckerwirtschaft (die übrigens einem eigenen Zuckerministerium untersteht), sondern sind peu a peu auf mehr und mehr landwirtschaftliche Bereiche ausgedehnt worden. So findet man in der tropischen Kaffee- und Schokolademetropole Baracoa eine *tienda de estímulos* für die Kakao- und Kaffearbeiter (die aktuelle Kaffeernte zeigt übrigens überdurchschnittliche Ergebnisse).

Wie geht es weiter ?

Die Kooperative *'10 de octubre'* erzielt Jahr für Jahr Überschüsse. Das ist nicht überall so, im Gegenteil. Die Mehrzahl der Zuckerkooperativen erwirtschaften immer noch ein Minus, was gewiß auch mit den niedrigen staatlichen Ankaufpreisen für das Zuckerrohr zu tun hat. Dem stehen andererseits subventionierte Preise beim Kauf von Treibstoff, Maschinen und Ersatzteilen gegenüber.

Bei den Agrarkooperativen außerhalb der Zuckerwirtschaft, die ja einen Teil ihrer Überschüsse auf dem freien Markt verkaufen können, sieht es ein wenig günstiger aus: Nach der Umstellung arbeiteten nur 40 Prozent der UBPC's rentabel (1995), heute etwa 50 Prozent. Das bedeutet natürlich, daß der Staat noch immer subventionieren muß. Bis zum Jahr 2000 will die Regierung die Subventionierung beenden. Die Kooperativen, die bis dahin keine Rentabilität erreicht haben, sollen entweder mit anderen zusammengelegt oder in noch kleinere Einheiten zerlegt werden, je nach den lokalen Bedingungen. Kredite aufzunehmen wird den UBPC's aber weiterhin möglich sein.

Trotz der erwähnten, wirklich schwierigen klimatischen Bedingungen hat die Landwirtschaft im Verlauf des Jahres 1997 in manchen Bereichen enorm zugelegt (It. *'Trabajadores... Informe sobre los resultados económicos 1997'*): die Reisproduktion stieg um 35,6%, Zitrusfrüchte: +20,3%, Bohnen: +67,7%(!).

Diese Tendenz gilt nicht für die Zuckerrohrernte (*zafra*), die Produktion ging von 4,5 auf 4,25 Millionen Tonnen zurück. Der Hurrican *'Lily'* und die Auswirkungen des Helms-Burton-Gesetzes auf die Beschaffung von Devisen zur Vorfinanzierung der *zafra* werden als Ursachen genannt. Entsprechend blieb das Wirtschaftswachstum hinter den Erwartungen zurück und pendelte sich bei 2,5 Prozent ein.

Und 1998?

Kuba kann das Helms-Burton-Gesetz teilweise neutralisieren und hat neue Kreditgeber gefunden, die auch zumindest *etwas* günstigere Kredite gewähren (dies ändert nichts daran, daß letztendlich jeder Kreditgeber die Situation Kubas ausnutzt und sehr teures Geld mit sehr kurzer Laufzeit verleiht). Mit Hilfe solcher Kredite wurden z.B. in den letzten vier Jahren über 2000 Erntemaschinen mit Mercedesmotoren ausgestattet, die weniger anfällig und darüberhinaus sehr energiesparend sind, sich also innerhalb weniger Jahre amortisieren. In diesem Jahr erwartet man dennoch, wenn überhaupt, nur einen geringfügig höheren Ertrag. Was ist los?

Zum ersten Mal wieder kehrt man zum Bewirtschaftungssystem der 80'er Jahre zurück und läßt ca. 10 - 15% des Zuckerrohrs bis zur nächstjährigen Ernte auf dem Feld stehen. In der Zwischenzeit wird das Rohr weiter wachsen und mehr Ertrag abwerfen.

In den vergangenen Jahren lebte Kuba von der Hand in den Mund und mußte in jeder *zafra* versuchen, soviel wie möglich zu ernten, um auf die Schnelle Devisen einzunehmen. Heute will man es sich wieder leisten, mit Blick auf einen dann höheren Ertrag abzuwarten. Hierdurch verringert sich auch der Energieaufwand bei der Ernte (in dieser noch bis Mai laufenden Erntezeit wird Kuba übrigens der freie Fall der Erdölpreise auf dem Weltmarkt sehr zugute kommen, das verringert die Kosten der Ölimporte, die für Insel bis zu 60% der Deviseneinnahmen betragen).

Fidel und seine Großfamilie

Was habe ich vergessen? Die Privatbauern vielleicht. Die gab es unter der Revolution schon immer, selbige hat nur das Land der Großgrundbesitzer, nicht jedoch das der einfachen Bauern mit Zwang kollektiviert. In der Tabakprovinz Pinar del Rio wird der größere Teil des Tabaks von Privatbauern angebaut. Auch in anderen Provinzen gibt es private *fincas*, wenngleich nicht ganz so häufig.

Im Dorf der oben erwähnten Kooperative z.B. haben sich zwei Vettern von Fidel Castro, die früher bis zur Verrentung in der Zuckerfabrik gearbeitet hatten, auf kleinen *fincas* selbständig gemacht. Die Mutter der beiden lebte bis zu ihrem Tod in Havanna und war eine enge Vertraute von

Fidel und Raul Castro. Die bodenständigen (und trinkfesten) Söhne zogen das Landleben vor und kennen mit über 70 Jahren ebensowenig wie Fidel so etwas wie Ruhestand.

Einer von beiden, der Raul Castro ähnlich sieht, zeigt seine Farm. Er hat sich nicht spezialisiert, sondern züchtet ebenso Vieh wie er Mais, Maniok u.a. anbaut. Überschüsse werden im Dorf verkauft. Die Stadt beliefert er mangels Transportmöglichkeiten nicht. Die hierzu lande geäußerte Kritik, daß nur die Privatbauern von den freien Märkten in der Stadt profitierten, trifft in keinster Weise zu. Im Regelfall verfügen nur die Kooperativen über Traktoren, die den Transport bewerkstelligen können.

Überhaupt ist der manchmal unterstellte sagenhafte Reichtum dieser *campesinos* eher ein Gerücht. Sieht man von der natürlich reichhaltigen Ernährung ab, wirkt der Gastgeber nicht besonders privilegiert. Der einzige „Luxus“, in der einfachen Hütte ist ein alter Fernseher, mit dessen Hilfe man sich abends den Cousin aus Havanna ins Wohnzimmer holen kann.

Ob Genossenschafts- oder Privatbauern: die Menschen auf dem Land sind als Produzenten an der Basis generell zuversichtlicher, daß es mit der Produktion und also mit Kuba bergauf geht. Sie werden es am Besten wissen.

20 Jahre Stammheim

Ein Höhepunkt von Widerstand und Repression in der BRD

Interview mit Irmgard Möller: Was geschah in der Nacht zum 18.10.1977 in Stammheim? +++ 1. Mai in Berlin: Vier Monate Knast für ein Lied +++ Benjamin Ramos Vega: Bange Stunden im Glaskasten +++ Repressionsapparat: Große Koalition für den großen Lauschangriff +++ „Unser Todeskampf ist unser Triumph“ – Zum 70. Todestag von Sacco und Vanzetti

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,- DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141



DIE ROTE HILFE

4/97

Internationale Konferenz

»Beschaffung von Mitteln für den Gesundheitssektor« am 24. und 25.11.97 in Havanna

24 y 25 de noviembre de 1997
Palacio de Convenciones
de La Habana



INICIATIVA PARA EL
SECTOR SALUD CUBANO



LA SALUD:
UNA OPCIÓN PARA LA AMISTAD Y LA SOLIDARIDAD

Die Konferenz fand statt unter der Schirmherrschaft zahlreicher cubanischer Ministerien, von „ICAP“ (Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft), der Panamerikanischen und der Welt-Gesundheitsorganisation, von UNICEF und anderen UNO-Organisationen.

Teilnehmer waren neben einer Reihe von cubanischen Ministern (Außenminister, Gesundheitsminister, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit usw.) Repräsentanten der Vereinten Nationen, Repräsentanten multilateraler und bilateraler Organisationen, Vertreter von Nichtregierungs-Organisationen und zahlreichen Freundschafts- und Solidaritätsvereinigungen ebenso wie sonstige Freunde von Cuba, insgesamt über 120 Teilnehmer aus vielen Ländern der Erde.

Zahlreiche Vertreter des diplomatischen Corps nahmen an der Konferenz als Beobachter teil.

Einen guten Überblick über den Ablauf der Konferenz und die diskutierten Themen gibt folgende knappe Übersicht. Zur Eröffnung sprachen:

Dr. Alleyn, Direktor der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation

Dr. Nakajima, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation

Herr Roberto Gonzáles, Außenminister der Republik Cuba

Danach hielt Dr. Carlos Dotres Martinez, Gesundheitsminister der Republik Cuba, einen detaillierten Vortrag über das cubanische Gesundheitssystem.

Bei den wichtigsten Indikationen hat Cuba die Werte der westlichen Industrieländer erreicht (z.B. Säuglings-, Kleinkinder-, Müttersterblichkeit und Lebenserwartung usw.).

Die Leistungen des öffentlichen Gesundheitswesens von Cuba ergeben sich deutlicher aus folgenden Gesundheitsdaten (Quelle der Daten ist der UNICEF-Bericht von 1996. Lateinamerika: Durchschnitt von 22 Staaten der Region. Die Zahlen sind für das Jahr 1994):

	Cuba	Lateinamerika
• Lebenserwartung	75 Jahre	68 Jahre
• Säuglingssterblichkeit auf 1000 Lebendgeborene im Jahre 1996	9,4	38
• Sterblichkeit der Kleinkinder, jünger als 5 Jahre - auf 1000 Lebendgeborene	7,9 (niedriger als in Washington)	
• Müttersterblichkeit 1980-1992 auf 100.000 Geburten	12	47
• Zugang zu den Gesundheitsdiensten	39 über 98 % der Bevölkerung Cubas	178 73 % der Bevölkerung

Und dies ist trotz aller Schwierigkeiten, die der Wirtschaftskrieg der Vereinigten Staaten gegen Cuba hervorgerufen hat, erreicht worden. Vor der Revolution gab es in Cuba 1958 etwa 6.000 Ärzte vorwiegend in den Städten. 1960 gab es nur noch etwa 3.000 Ärzte, die übrigen hatten das Land verlassen. 1997 gab es in Cuba 66.000 Ärzte, davon

25.000 Familienärzte, von denen jeder etwa 120 bis 150 Familien betreut. Etwa 2.500 Ärzte leisten Hilfe in vielen Entwicklungsländern.

Der Zugang zu den medizinischen Leistungen einschließlich Krankenhausbehandlung ist kostenfrei und für alle zugänglich. Zu Rückschlägen der überaus positiven Entwicklung des cubanischen Gesundheitswesens kam es nicht nur durch die Verschärfung des seit 37 Jahren bestehenden Embargos der Vereinigten Staaten, das sich seit vielen Jahren auch auf Nahrungsmittel und Medikamente bezieht, zusätzlich kam 1990/91 die erhebliche Schwächung der cubanischen Wirtschaft durch den Zusammenbruch des Ostblocks, mit dem fast 3/4 des Imports und Exports abgewickelt wurden. So kam es 1993 erstmals wieder seit langer Zeit zu einem erheblichen Anstieg der Neuerkrankungen an Tuberkulose (seit 2 Jahren wieder stark zurückgegangen). Vitaminmangel und auch Mangel an bestimmten Nahrungsmitteln führte zu einer sich schnell ausbreitenden schweren Augenerkrankung vieler Cubaner, vor allem Kinder waren betroffen.

Die kostenlose Schulmilchspeisung mußte stark eingeschränkt werden. Statt 1 L täglich für jedes Schulkind auf 1/4 l täglich. Die Behandlung von Krebs- und Aidskranken ist schwierig, weil die hierfür erforderlichen Medikamente knapp sind, z.T. auch fehlen. Knappheit herrscht auch an Antibiotika und anderen Medikamenten.

Vor allem den sehr gut ausgebildeten und hochmotivierten Ärzten, Krankenschwestern und Pflegern ist es zu verdanken, daß das hochstehende cubanische Gesundheitswesen erhalten wurde. Cuba könnte in eigener Produktion 87 % der wichtigsten benötigten Medikamente im eigenen Land erzeugen, wenn man nur genügend Rohstoffe kaufen könnte.

Zu einer stark emotionalen Antwort kam es in der Rede des cubanischen Gesundheitsministers auf den Redebeitrag des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisation, Dr. Nakajima. Dieser hatte einerseits den erreichten Standard des cubanischen Gesundheitswesens gelobt und als Beispielhaft hingestellt, andererseits daraus die Schlußfolgerung gezogen, Cuba brauche deshalb keine wesentliche Unterstützung der WHO mehr, andere Staaten sollten mehr Hilfe bekommen. Dies führte nicht nur zu Mißmut und großem Ärger bei dem Gesundheitsminister, sondern auch bei den übrigen Teilnehmern der Konferenz. Wir alle wissen, wie viel Geld in vielen anderen Ländern in dunkle Kanäle versickert, in schlechte Projekte investiert wird und gar nicht so selten manchmal auch in privaten Taschen verschwindet, während die Unterstützung Cubas durch die Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens dem ganzen Volke zugute kommt.

Es ist unverständlich, daß ein Land, welches es zu so beispielhaften Erfolgen gebracht hat, und das es durch Einsatz aller Kräfte auch mit Hilfe von vielen Freunden fertigbringt, sein hervorragendes Gesundheitssystem weiterhin effektiv und effizient zu gestalten (trotz des Embargos) für seine Erfolge sozusagen auch noch bestraft werden soll.

Noch vormittags kam es zur Vorstellung des neuen Hauptplanes für den cubanischen Gesundheitssektor im sehr detaillierten größeren Werk, das in seinen Grundzügen behandelt wurde:

Der Generalplan für Investitionen im Gesundheitswesen von Cuba beinhaltet:

- Die strategische Reorientierung des nationalen Gesundheitswesens in der neuen Reformphase der verschiedenen Sektoren des Landes.
- Eine Auflistung der vorwiegenden Probleme und der Strategien für eine nachhaltige Entwicklung des Nationalen Gesundheitssystems ausgehend von einer Analyse des kubanischen Gesundheitssektors.
- Eine Zusammenstellung der Profile der vorrangig angesehenen Investitionsprojekte, um diese durchzuführen oder abzulehnen.

Der Generalplan für Investitionen im Gesundheitswesen von Cuba ist:

- ein Instrument der Planung. Es beinhaltet Profile der Projekte, die der Methodik entsprechen, die das Gesundheitsministerium (MINSAP) für die Formulierung und den Entwurf der Projekte vorgegeben hat und stellt den Ordnungsrahmen für die Investitionsprojekte in allen Etappen des Projektzyklus dar.
- ein Instrument der Projektführung, denn er erlaubt die systematische Planung und Überwachung der Projektdurchführungen.
- ein Instrument der Verhandlungen der kubanischen Regierung mit den potentiellen internationalen Finanzierungs- und Spenderorganisationen.

Der Generalplan für Investitionen im Gesundheitswesen von Cuba ist ein kurz-, mittel- und langfristiges Arbeitsinstrument. Es ist in der Lage, sich jeder laufenden Etappe des Planungsprozesses im Gesundheitswesen landesweit anzupassen zugunsten sozialer Sektoren.

Die Vorstellung des Generalplanes erfolgte durch einen runden Tisch, der von spezialisierten Ärztinnen und Ärzten für folgende Bereiche detailliert erläutert wurde:

- Primärbetreuung und Allgemeinmedizin (Hausbetreuung)
 - Wiederbelebung der Krankenhausbetreuung
 - Programm für übertragbare und nichtübertragbare chronische Krankheiten
 - Weitere Programme mit Priorität
 - Programm für Medikamente und Natur- und traditionelle Medizin
 - Programm für Spitzentechnologie und Forschungsanstalten
 - Methodologie für die Ausarbeitung des Hauptplans für Investitionen im Gesundheitssektor
- Moderator der Vorstellung war Dr. Luis Córdova Vargas, der stellvertretende Gesundheitsminister. Zu allen Bereichen fand eine lebhaftige Diskussion statt.

Nachmittags teilte sich das Plenum auf in verschiedene Gruppen mit folgenden Themenbereichen:

Hauptgruppe:

Gruppe I: Primärbetreuung und Allgemeinmedizin (Hausbetreuung)

Gruppe II: Fachärztliche Betreuung

Gruppe III: Medikamente und Natur- und traditionelle Medizin

Gruppe IV: Gesundheitsförderung

Gruppe V: Implementation des Systems

Auch hier wurden die vorgegebenen Themenbereiche sehr detailliert diskutiert. Abschlusssitzungen zu den einzelnen Themen und Bereichen wurden erarbeitet.

Die Wichtigkeit dieser Konferenz ergab sich daraus, daß der cubanische Staatspräsident, Dr. Fidel Castro, am zweiten Tag an der Konferenz teilnahm. Neben den Abschlußberichten der Diskussionsgruppen wurde eine gemeinsame Schlußklärung erarbeitet und einstimmig angenommen.

Ich denke, die Konferenz wird alle Teilnehmer und sollte auch alle Freundinnen und Freunde Cubas dazu anspornen, noch mehr als bisher zu helfen, Hilfe leisten wo es nur geht: Wir dürfen Cuba auf seinem schweren Weg in eine bessere Zukunft nicht alleine lassen. Solidarität mit Cuba, Freundschaft mit dem cubanischen Volk soll uns veranlassen, unsere Anstrengungen für eine wirksame Hilfe zu verstärken, jeder nach seinen Kräften und seinen Möglichkeiten.

Dr. Friedrich Cremer

Kuba- aus trotzkistischer Sicht

Habel Jeanette, Kuba - Gesellschaft im Übergang, Neuer ISP-Verlag, Köln 1997, 166 Seiten, 19,80 DM

Jeanette Habel beschäftigt sich seit Jahren mit Kuba. Das Mitglied der trotzkistischen 4. Internationale hat sich seit 1962 häufig in Kuba aufgehalten - auch für längere Zeit - und hat darüber immer wieder in Zeitschriften und Büchern publiziert. Vor 4 Jahren fand ihr Buch „Kuba - eine Revolution in Gefahr“ auch in der hiesigen Soliszene starkes Interesse, schließlich war und ist Literatur über Kuba von links spärlich gesät. Nun hat Habel abermals eine Reihe von Artikel zu einem Buch zusammengefaßt. In chronologischer Abfolge beschreibt sie die Veränderungen der kubanischen Innen- und Wirtschaftspolitik von 1989 bis zur Gegenwart.

Ein längeres Einleitungskapitel befaßt sich mit den Jahren davor. Habel vertritt die These, daß ein Großteil der gegenwärtigen kubanischen Probleme durch Fehler in der Regierungspolitik hervorgerufen oder zumindest vergrößert wurden. Dazu zählt die Autorin vor allem die enge Zusammenarbeit mit dem nominalsozialistischen Staatenblock. „Die Regierung Castro zahlt nun seit 1990 den Preis für ihre Blindheit, die sie bei der Analyse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität jener Länder an den Tag gelegt hat“ (S. 33). Nun hätte die Autorin allerdings zugeben müssen, daß auch ihre eigene Organisation, die 4. Internationale, sich über die Zukunft Osteuropas wahre Fehlschlüsse leistete. Haben sie doch ständig die neue proletarische Revolution zum Sturz des Stalinismus prophezeit. Eine kapitalistische Restauration haben sie auf keinen Fall erwartet. Es fällt störend auf, daß die Autorin mehrmals Begrifflichkeiten verwendet, die in einer linken Debatte nichts zu suchen haben. Es mag ja noch angehen, wenn eine Trotzkistin in Bezug auf Osteuropa vom „stalinistischen Imperium“ spricht, wenn sie aber Kuba „als den schlimmsten Lakaien eines abgewirtschafteten Regimes“ (S. 40) bezeichnet, wird es schon schwierig, Verständnis aufzubringen. Und wenn sie Fidel Castro indirekt mit Pinochet vergleicht (S. 94) wird es schon schwer, das Buch nicht als eines der Machwerke über Kuba abzutun, die periodisch den Markt überschwemmen.

Aber das sollte mensch keinesfalls tun. Denn die Autorin liefert auch detailgenaue Daten über die Wirtschaftsproblematik des Landes, benennt die Folgen der durch die Verhältnisse erzwungene Politik des Landes ohne etwas zu beschönigen. Auf diesem Gebiet kennt die Autorin sich aus und das macht auch die Stärke des Buches aus. Die einst privilegierten Schichten (Ärzte, Lehrer, Ingenieure) finden sich auf der unteren Stufe der sozialen Pyramide wieder. Nicht mehr gesellschaftlich nützliche Arbeit wird anerkannt, sondern Tätigkeiten, die einen in den Besitz der begehrten Devisen bringen.

Habel räumt auch mit dem sorgfältig gehegten Vorurteil auf, daß auf Kuba die Parteimitglieder Privilegien hätten. Gerade weil sie in den 70er Jahren die Kontakte zu Verwandten oder Freunden in den USA abgebrochen haben, sind sie jetzt die Benachteiligten, weil sie von dort keine Dollars bekommen. Zu Vermögen gekommen ist hingegen eine Schicht von auf Privatinitiative arbeitenden Geschäftsleute und Handwerker. 3% der Kontoinhaber verfügen über 85% der eingezahlten Gelder, eine für die Wirtschaft eines Landes äußerst unbefriedigende Situation.

Habel lenkt dankenswerterweise den Blick auf Strategien der USA, die sich nicht auf der Ebene der Miami-Hardliner bewegen und nach dem Tod von Mas Canosa in Zukunft an Bedeutung gewinnen könnten, für Kuba aber nicht ungefährlicher sind. Auch sie wollen nicht auf das Embargo verzichten, aber es ergänzen durch eine verstärkte Präsenz von amerikanischen Presseagenturen und NGOs, durch die Förderung von universitären und kulturellen Kontakten und durch Geldüberweisungen an Familien, (S. 111). Diese Kreise setzen auf eine schleichende Zersetzung und nicht auf den großen Knall. Eine Teil der US-amerikanischen Geschäftsstelle setzen auf diese Option. Unter dem Schirm des Kommunikationsriesen Times-Warner trafen 50 führende Organisationen im Oktober 1996 Fidel Castro in Havanna. Sie wollen vor allem verhindern, daß europäische Konzerne ihnen bei Investitionen in Kuba zuvor-

kommen. Das Helms-Burton-Gesetz wird mit Strafmaßnahmen gegen investitionsbereite Konzerne zum gleichen Ziel kommen.

Sie beschreibt auch, wie sich die kubanische Bevölkerung artikuliert und ihre Kritik an bestimmten Maßnahmen der Regierung äußert, z.B. auf Sitzungen, in Arbeiterparlamenten und in den Basiseinheiten der kooperierenden Produktion (UBPC), die das Ergebnis der Dezentralisierung der Staatsfarmen waren. Auch eine von der kubanischen Regierung gebilligte Meinungsumfrage der Miami Herald Tribune vom 1. bis 9.11. 1994 ist aufschlußreich. Selbst während des Höhepunktes der Krise gaben mehr als 55% der Befragten an, daß die kubanische Revolution mehr Erfolge als Rückschläge zu verzeichnen hätte und 54% bezeichnen sich selbst als Revolutionäre. Diese sachlichen Fakten sind aussagekräftiger als ein düsterer Impression der Art: „Orientierungslos, müde und ohne ideologische Ausrichtung sucht die Bevölkerung nach Zuflucht“ (S. 84).

Im Schlußkapitel stellt sich Habel die Frage, ob in Kuba ein ‚chinesischer Weg‘ erfolgreich beschritten werden könnte. Sie meint damit eine nach kapitalistischen Grundprinzipien aufgebaute Wirtschaft unter der Regierung einer kommunistischen Partei. Sie beurteilt diesen Weg skeptisch, ebenso kann sie einer marktsozialistischen Lösung wie sie auch Hans-Jürgen Burchardt in seinem Buch „Kuba - Der lange Abschied von einem Mythos“ favorisiert, wenig abgewinnen. Ihr Resümee ist düster und nicht schlüssig begründet. „Diese Mißgeburt des bürokratischen Sozialismus kann längerfristig nur den Kapitalismus hervorbringen oder die Entstehung einer alternativen politischen und gesellschaftlichen Bewegung heraufbeschwören“ (S. 157/58). Aber wie schon erwähnt, die Schwächen des Buches am Beginn und Schluß werden von den brauchbaren Informationen gerade auf ökonomischen Gebiet aufgewogen.

Peter Nowak

Auf einen Blick: Die FG-Regionalgruppen und ihre AnsprechpartnerInnen

(für Hinweise an die Geschäftsstelle, die zur Aktualisierung dieser Liste beitragen können, sind wir dankbar)

Hamburg:	Lars Stubbe, Vereinsstr.40, 20357 Hamburg;
Oldenburg:	Doris Fasting, Graf-Spee-Str.16, 26123 Oldenburg;
Bremen:	Elka Pralle, Friesenstr.109, 28203 Bremen;
Hannover:	Maine Aranda, Königswörtherstr.13, 30167 Hannover;
Bielefeld:	Jürgen Bäumer, Im Bracksiek 26a, 33611 Bielefeld;
Marburg:	Beatrice Pinker, Im Grunel 12, 35041 Marburg;
Giessen:	Erika Beltz, Diezstr. 7, 35390 Giessen;
Göttingen:	Gunnar Siebecke, Harzstr. 13, 37081 Göttingen;
Braunschweig: (A)	? ? ?
Düsseldorf:	Dr. Hagen Blau, Apollinarisstr.30, 40227 Düsseldorf;
Mönchengladbach:	Gaby Schmitz, Bolksbuscher Str.64, 41239 Mönchengladbach;
Wuppertal:	Dirk E. Werner, Marienstr.67, 42105 Wuppertal;
Velbert:	Hartmut Meinert, Händelstr.3, 42549 Velbert;
Dortmund:	Carmen Guthier, Hermannstr.80, 44267 Dortmund;
Essen:	Heinz W. Hammer, Im Klipp 23, 45143 Essen;
Gelsenkirchen:	Christa Grewe, Festweg 12, 45886 Gelsenkirchen;
Duisburg:	Renate+Uli Fausten, Dickelsbachstr.2, 47053 Duisburg;
Münster:	Klaus Ravenberg, Gaitlingstiege 5, 48282 Emsdetten;
Köln:	Maria-Luz Kremp, Kasparstr.3, 50670 Köln;
Aachen:	Umwelt-3.Welt-Haus, An der Schanz 1, 52064 Aachen;
Trier:	Eduard Bredin, Brückenstr.6, 54329 Konz;
Bonn:	Manfred Sill, Friedenstr.10, 55128 Königswinter;
Mainz:	Holger Behrndt, Holunderweg 5, 55128 Mainz;
Koblenz:	Willi Mathias, Mayener Str.51, 56070 Koblenz;
Frankfurt:	Lüko Willms, Nußzeil 54, 60433 Frankfurt;
Saarbrücken:	Bärbel Wiemer, F'rsterstr.27, 66111 Saarbrücken;
Kaiserslautern:	Helga Maier, Heißenbergstr.9, 66851 Queidersbach;
Stuttgart:	Charlotte Renkl, Seeäckerstr.23, 71229 Leonberg;
Ludwigsburg:	Karl Bühn, Mühlwiesenstr.26, 71696 Möglingen;
Tübingen:	Werner Egert, Sandäckerstr.34, 72070 Tübingen;
Esslingen:	Frieda Hafenrichter, Eugen-Bolz-Str.15, 73732 Esslingen;
Karlsruhe:	Roland Armbruster, Wilhelmstr.85, 76137 Karlsruhe;
Freiburg:	Carmen Giesin, Weinbergstr.6, 79111 Freiburg;
München:	Werner Ströhlein, Klementinenstr.41, 80805 München;
Traunstein:	Franz Lindlacher, Aicha-Point 2, 83224 Staudach;
Augsburg:	Franz Egeter, Berliner Allee 22b, 86153 Augsburg;
Konstanz:	Michaela u. Gottfried Heil, Teuringer Str.42, 88045 Friedrichshafen;
Ulm:	Wolfgang Peter, Fichtestr.2, 89129 Langenau;
Nürnberg:	Marianne Schweinesbein, Denisstr.8, 90429 Nürnberg;
Regensburg:	Bernhard Ostermeier, Sandhofstr.25, 93173 Wenzelbach;
Coburg:	Ruth+Helmut Schamberger, Steinweg 1, 96450 Coburg;
Würzburg:	Michael Meyer, Sanderstr.35, 97070 Würzburg;
Triefenstein:	Dr. Friedrich Cremer, Friedrich-Kirchhoff-Str.1, 97855 Triefenstein-Lengfurt

(A) wir würden uns freuen, wenn sich hier ein aktives FG-Mitglied als AnsprechpartnerIn bereitfände.

Projekte der Freundschaftsgesellschaft: Das Asthmazentrum in Havanna Optionsscheine finden gute Resonanz

Die Partnerschaft mit dem Nationalen Asthmazentrum soll, wie in der Cuba Libre bereits berichtet, intensiviert werden, indem wir durch unsere Spenden den Erwerb von Rohstoffen für die eigene Herstellung dringend benötigter Medikamente dauerhaft (zunächst für 2 Jahre) ermöglichen. Für die Herstellung eines Medikamentes werden 2.500 DM monatlich benötigt. Ein regelmäßiger Spendeneingang in dieser Höhe muß von uns gewährleistet werden, damit das Projekt anlaufen kann.

Dazu wurde ein informatives Faltblatt erstellt, in dem das Projekt detailliert vorgestellt wird. Mit einem vorgedruckten Optionsschein können SpenderInnen für das Asthmazentrum einen festen monatlichen Betrag zusagen, den sie per Dauerauftrag oder Lastschrift zu spenden bereit sind. Natürlich helfen uns auch einmalige Spenden weiter, da sie auf die Dauer der Laufzeit umgelegt werden können.

Eine ganze Reihe von Optionsscheinen und Einzugsermächtigungen sind bereits zurückgekommen, so daß voraussichtlich



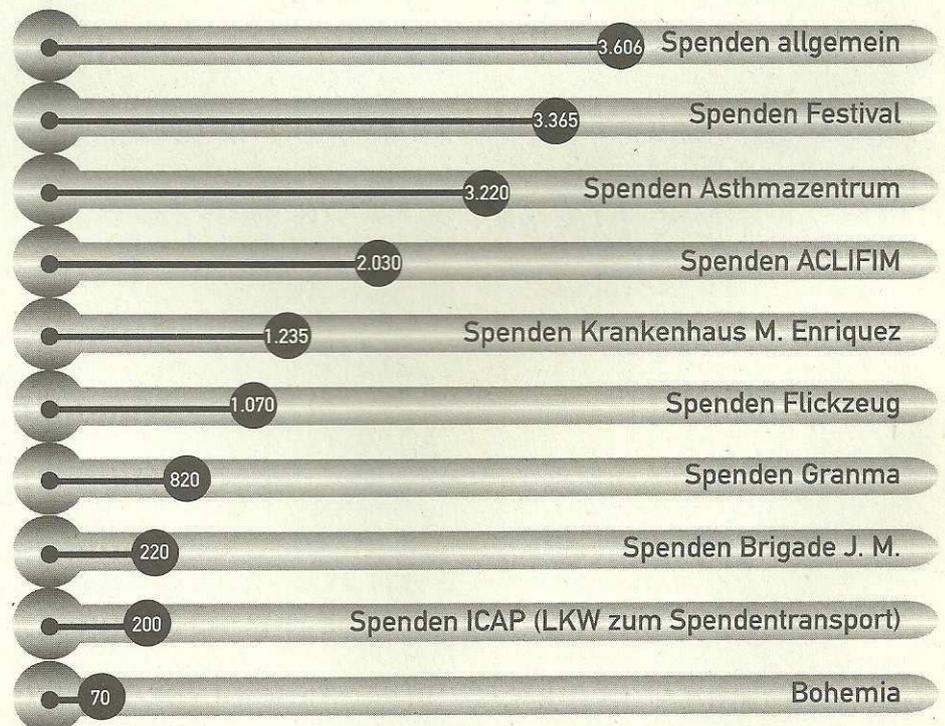
im Mai - nach Rücksprache mit unseren PartnerInnen im Asthmazentrum - der Termin für den Beginn der Medikamentenproduktion festgelegt werden kann. Wir brauchen aber erst noch einige weitere

Dauer-SpenderInnen - daher rufen wir Euch auf:

- Laßt Euch Faltblätter aus der Geschäftsstelle zuschicken!
- Sprecht Freunde und Bekannte an und informiert sie über diese Aktion!
- Prüft, inwieweit Ihr selbst auch mit einem kleinen Festbeitrag oder einer einmaligen Spende dazu beitragen könnt!

Spendenbarometer bis 31.12.97

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.: Postgiroamt Köln; KtoNr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)



Dazu sind Anfang 97 für die Hurricanhilfe "Lili" noch 2.902 DM gespendet worden (insgesamt über 70.000 DM).

Kleinere Beträge die unter dem Stichwort "Milch für Cuba" eingegangen sind, werden an Cuba Sí weitergeleitet, die entsprechende Projekte unterstützen.

Spendenprojekte der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba:

Das Krankenhaus »Miguel Enriquez« in Havanna

Die Blockade Cubas, vor allem durch die USA, aber auch unterstützt von vielen europäischen Ländern, führt in Cuba immer wieder zu Schwierigkeiten oder Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung. Erst recht durch die Gesetzesverschärfungen der US-amerikanischen Regierung in den letzten Jahren wird versucht, Cuba mit allen Mitteln in die Knie zu zwingen. In Cuba wird trotz des Wegfalls der Handelsbeziehungen mit den ehemaligen RGW-Staaten nun schon seit fast zehn Jahren weiterhin an einer eigenständigen Entwicklung gearbeitet und sich nicht dem Diktat der Yankees gebeugt.

Alle sozialen Errungenschaften der Revolution werden beibehalten. Besonders wichtig dabei ist für Cuba sein vorbildliches Gesundheitssystem, das auch von der UN-Weltgesundheitsorganisation WHO als mustergültig bezeichnet wird. Obwohl die kostenlose Krankenversorgung für alle CubanerInnen weiterhin garantiert wird, mangelt es durch die Blockade immer wieder an Medikamenten, die oft aus dem Ausland importiert werden müssen. Aber auch scheinbar alltägliche Krankenhausutensilien, wie z.B.

Verbrauchsmaterial, Nahtmaterial u.ä. steht nicht immer in genügender Menge zur Verfügung. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V. versucht daher durch Sach- und Geldspenden eines der größten Krankenhäuser in Havanna, das Krankenhaus "Miguel Enriquez", zu unterstützen. Dieses Krankenhaus, das vor allem eine große chirurgische Klinik besitzt, spürt täglich die Auswirkungen der unmenschlichen Blockade durch die USA.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, dem Krankenhaus "Miguel Enriquez" zu helfen. Einerseits sammeln wir Medikamente nach einer aktuellen Bedarfsliste, die laufend aktualisiert wird und in der Geschäftsstelle angefordert werden kann. Andererseits ist auch die Übergabe von Geldspenden eine wichtige Möglichkeit der Unterstützung. In Cuba können mit dem Geld direkt benötigte Materialien selber beschafft werden, z.B. aus den Nachbarländern. Dies kann so oft billiger und schneller geschehen, als durch einen Einkauf oder Sammlungen in Europa. Außerdem kann mit den Geldern auf akute Engpässe direkt reagiert werden. Ende des letzten Jahres konnten dem Krankenhaus wieder Spendengelder in Höhe von 1.200

DM überreicht werden, welche dankbar angenommen wurden, um dringend benötigte medizinische Geräte zu besorgen. ★

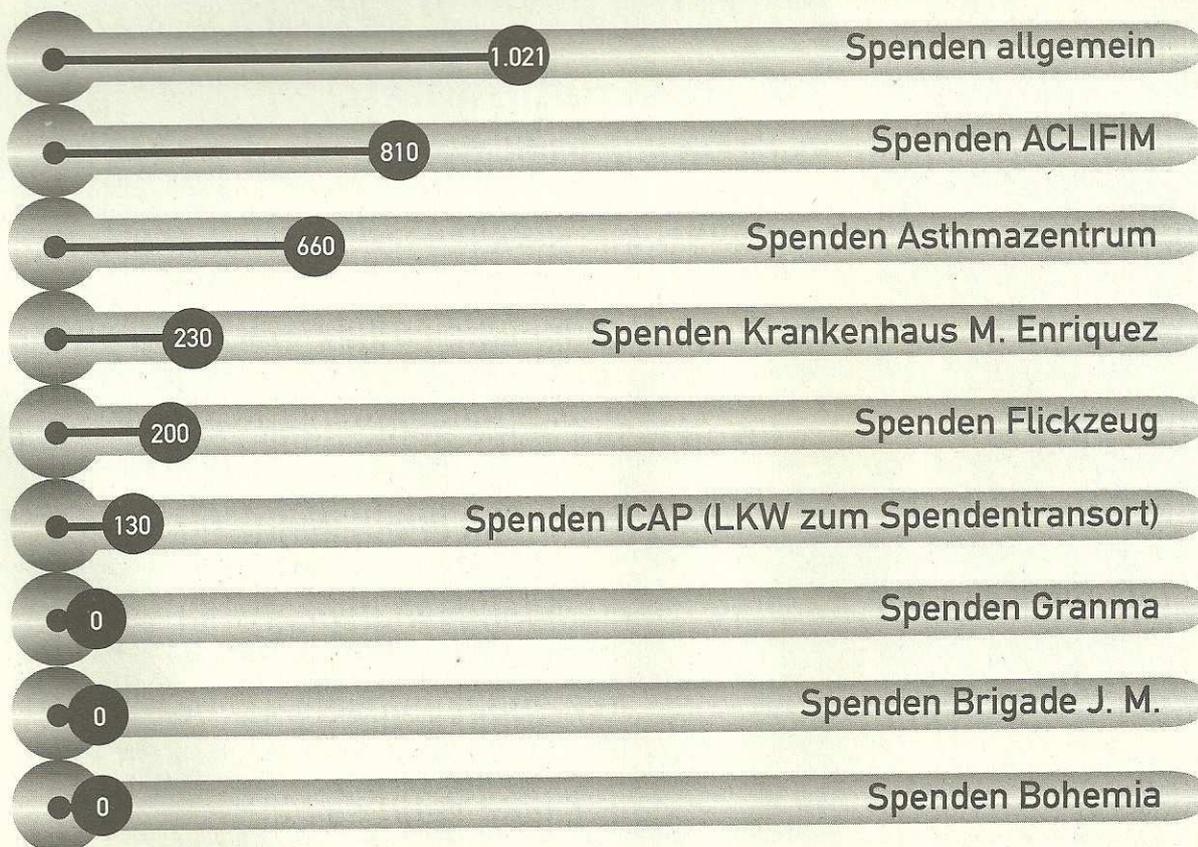
Cuba braucht Medikamente, aber auch medizinische Geräte, um das hohe Niveau der medizinischen Betreuung und Versorgung der Menschen aufrecht erhalten zu können. Auch für die Instandhaltung der Behandlungs- und Krankenzimmer sind ständig Gelder nötig. Es ist bewundernswert, daß es trotz der ökonomischen Schwierigkeiten Cubas bisher im Gesundheitswesen keine Einschränkungen gegeben hat. Für die übrigen Länder Lateinamerikas ist das in Cuba erreichte Niveau der medizinischen Versorgung nach wie vor unerreicht.

Um dies auch für die Zukunft zu sichern, versuchen wir, durch unsere Spenden für das Krankenhaus "Miguel Enriquez" einen kleinen Beitrag zu leisten.

Wer spenden möchte, kann dies mit einer Überweisung unter dem Stichwort "Miguel Enriquez" auf unser Spendenkonto 307.984-507 bei der Postbank Köln (BLZ 370.100.50).

Spendenbarometer bis 5.3.98

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e. V.: Postgiroamt Köln; KtoNr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)



CINE CUBANO

in FILM



Filmwoche »Cine Cubano« in Regensburg

Zwischen dem 15. und 20. Februar 1998 fand die 1. cubanische Filmwoche in Regensburg statt. Zusammen mit dem Arbeitskreis Film konnte die Regionalgruppe Regensburg insgesamt 14 cubanische Spiel- und Dokumentarfilme zeigen. Begonnen hat die Idee Filme zu zeigen bei uns bereits vor 2 Jahren, bis zur Verwirklichung haben wir mit einigen Unterbrechungen zwar etwas Zeit verstreichen lassen, aber was lange währt wird manchmal halt tatsächlich gut. So kann man insgesamt von einer gelungenen runden und schönen Filmwoche reden, die an die 500 Zuschauer und Cineasten zu den Filmen anzog.

Gezeigt wurden Filme wie den Filmrenner neueren Datums „Guantanamera“, dem Lachstreifen „Mentiras Adorables“ oder dem Problemstück „Hasta un cierto punto,“. In allen dreien war dabei übrigens Mirta Ibarra in ihren Glanzrollen zu bewundern. Desweiteren zeigten wir den Filmklassiker „El Mégano“ von 1955, gedreht von keinem geringeren als dem bekanntesten Regisseur des kubanischen Films selber, dem vor wenigen Jahren ver-

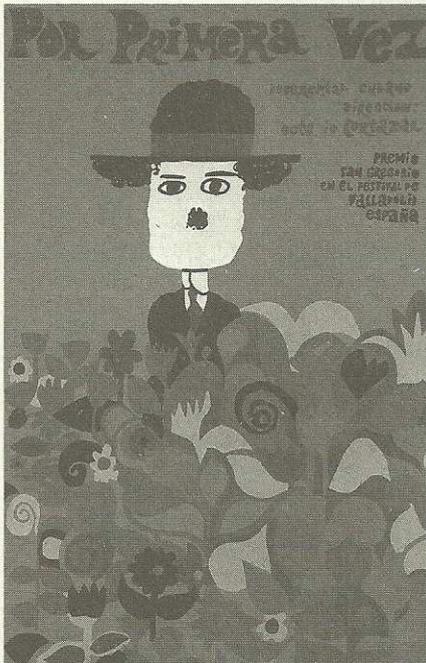
storbenen Tomás Gutiérrez Alea. In diesem Film wird das elende Leben der Köhler in einem Sumpfgebiet südlich von Havanna zur Zeit vor der Revolution auf sehr beeindruckende Weise dargestellt. Neben diesem Stück Zeitgeschichte zeigten wir auch kurze Dokumentarfilme.

So versuchten wir einen Querschnitt kubanischen Filmschaffens zu zeigen, das die eigene Realität mit zum Thema macht und so einen breitgefächerten und unterhaltsamen Einblick in den kubanischen Alltag gewährt. Als Kooperationspartner konnten wir für zwei Filme die Friedrich-Ebert-Stiftung gewinnen, der Hans-Böckler-Stiftung danken wir ebenso für ihre Kooperation. Zur Eröffnung der Filmwoche konnten wir Mara Bilbao Diaz, Kulturbeauftragte der cubanischen Botschaft in Bonn, ebenso begrüßen wie die chilenische Medienwissenschaftlerin Claudia Cabezón Doty (z.Zt. München), die einen interessanten und sprachlich gewandten Vortrag über den cubanischen Film referierte.

Beendet wurde die Filmwoche mit einem „Carneval de Cuba“, bei der die cubanische Band „Sincopa“ auftrat.



Maria Bilbao Diaz (re.) und Claudia Cabezón Doty (li.) im Gespräch



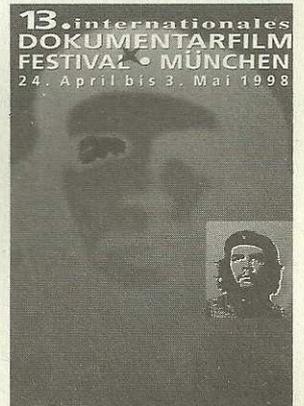
»Por primera vez« einer der ganz frühen Dokumentarfilme über das Cine Movil, das nach der Revolution aufs Land und bis in die Berge zog um auch dort Filme zu zeigen.

13. Internationales Dokumentarfilmfestival mit einer Werkschau des cubanischen Dokumentarfilms

Von 24. April bis 3. Mai gibt es in München im Rahmen des Internationalen Dokumentarfilmfestivals eine Retrospektive des cubanischen Dokumentarfilms der letzten 40 Jahre. Geplant ist, neben einer reichen Auswahl von Filmen auch einige Filmemacher des cubanischen Filminstituts ICAIC nach München einzuladen.

Die letzte große Retrospektive des cubanischen Dokumentarfilms wurde hierzulande 1980 auf den Kurzfilmtagen in Oberhausen veranstaltet. Dabei gibt es in Cuba einige herausragende Dokumentarfilmer, allen voran Santiago Alvarez oder Octavio Cortazar.

Weitere Informationen, das vorläufige Infoblatt und das Programmheft können bei folgender Adresse angefordert werden:



Festivalleitung: Gudrun Geyer,
Trogerstr. 46, 81675 München,
Tel: 089-470 32 37, Fax: -470 66 11

Die Münchener Gruppe der Freundschaftsgesellschaft versucht mit den Gästen aus Cuba eine Veranstaltung zu organisieren. Wer Interesse hat, melde sich (am liebsten per email) bei:
Siga Luthner, Isartalstr. 44, 80469 München
Tel&Fax: 089-72 56 177
email:

s.luthner@amazonas.comlink.apc.org

Claudia Cabezón Doty

Kuba als Initiator und Promotor des unabhängigen Films in Lateinamerika*

Einführung in die Geschichte des kubanischen Films seit 1960



Aufschwung, Entwicklung und Problematik des neuen lateinamerikanischen Films sind nicht zu verstehen, ohne einen Blick auf die jeweiligen Produktions- und Vertriebsstrukturen der kubanischen Kinematographie und den politischen Hintergrund zu werfen. Die äußerst wichtigen Beiträge des kubanischen Kinos zur Verbreitung einer alternativen Filmpolitik gegen die nordamerikanische Vorherrschaft in Lateinamerika manifestieren sich in der Erscheinung des ICAIC, des Filmfestivals von Havanna und der Errichtung der Film- und Fernsehhochschule in San Antonio de los Baños. Die Filmentwicklung Kubas seit Anfang der 60er Jahre ist repräsentativ für den lateinamerikanischen Prozeß der Ablösung von der ästhetischen „Diktatur“ des Hollywood-Kinos.

Vergebliche Versuche zur Entstehung einer eigenen Filmproduktion

Wenn man auf die Zeit des frühen kubanischen Kinos zurückblickt, ist hervorzuheben, daß sich keine eigene Filmindustrie etablieren konnte, obwohl schon 1898 ein erster Film auf Kuba gedreht wurde und bis Anfang der 30er Jahre 50 Filme mit viel Publikumerfolg entstanden. Trotz der Versuche des bedeutendsten Stummfilmregisseurs Kubas, Enrique Díaz Quesada, eine kubanische Kinematographie zu begründen, entwickelte sich während der 20er und 30er Jahre keine kontinuierliche nationale Filmproduktion, weil es weder staatliche Unterstützung noch Gesetze zu ihrem Schutz gab. Darüber hinaus wurden in den meisten Filmen, die später von anderen Regisseuren wie Ramón Peón gedreht wurden, nicht kubanische Ereignisse verarbeitet, sondern es wurden populäre Themen ausländischer Filme, insbesondere aus den USA, aufgegriffen. In einem Interview mit Peter B. Schumann erläutert der kubanische Regisseur Tomás Gutiérrez Alea, daß es vor der Revolution in Kuba praktisch keine Alternative zur kommerziellen US-Filmproduktion gab und Kuba eine Art Naturkulisse für die nordamerikanischen Produzenten war:

...alle Kinos dienten den Interessen der Nordamerikaner, zeigten ihre Filme. Man kann sogar sagen, daß es in Kuba praktisch nur Filme eines einzigen Landes zu sehen gab: der USA. Denn die wenigen, die aus Mexiko und aus Europa kamen, fielen nicht ins Gewicht. Diese Situation blockierte die Entstehung eines nationalen Kinos (...)

(...) sie [die nordamerikanischen Filmfabrikanten] fanden hier eine exotische Landschaft, Folklore, historische Bauwerke und vor allem niedrige Kosten. Dennoch blieben diese Produktionen sporadisch und führten zu keiner Stabilisierung der einheimischen Filmproduktion... (Schumann, 1976, 118).

Es bedurfte noch weiterer 30 Jahre und scheinbar einer Revolution bis eine nationale und unabhängige Filmbewegung möglich wurde.

Erste Anfänge einer neuen unabhängigen Filmbewegung

Julio García Espinosa und Tomás Gutiérrez Aleas erster längerer Film *El Mégano* (Das Köhlerdorf) aus dem Jahr 1955 gilt heute als der Ausgangspunkt für die Gründung des neuen kubanischen und lateinamerikanischen Kinos. Dieser Dokumentarfilm über Elend, Ausbeutung, Hunger und Machtlosigkeit der Köhler im Zapata-Sumpfgebiet, südlich von Havanna, wurde von der Polizei der Batista-Diktatur beschlagnahmt und seine Regisseure wurden verhaftet. Warum hatte dieser Dokumentarfilm die Regierung von Fulgencio Batista so provoziert? *El Mégano* zeigt Köhler, die den ganzen Tag im schlammigen Wasser stehen und nach Holz suchen, um es dann zu Holzkohle zu brennen. Die unzureichenden Arbeitsbedingungen und die ungerechte Bezahlung werden thematisiert. Am Ende liegt eine Revolte in der Luft, aber sie findet nicht statt.

Der Einfluß des »italienischen Neorealismus«

Die Machart von *El Mégano*, der neben den Filmen *Río, 40 Graus* (Río bei 40 Grad, 1955) des Brasilianers Nelson Pereira dos Santos und *Tire dié* (Werfen Sie einen Groschen, 1958) des Argentiniers Fernando Birri den Beginn des neuen lateinamerikanischen und engagierten Kinos markiert, unterstreicht die indirekte soziale und politische Anklage dieses Films und bekundet den nachhaltigen Einfluß des italienischen Neorealismus auf die neuen lateinamerikanischen Filmemacher: Originalschauplätze und keine aufwendigen Studios à la Hollywood, Arbeit mit Laiendarstellern, Vereinfachung der Technik wie beispielsweise die entfesselte Kamera (die Kamera ohne dolly), Ideen statt platter Unterhaltung und das Volk als wahrer Protagonist. Der italienische Nachkriegsfilm, bekannt als der Neorealismus,

und die Maxime der Wirklichkeitstreue des Mentors dieser Strömung, Cesare Zavattini, waren entscheidend für die Entstehung eines authentischen nationalen Films in Lateinamerika, der zum ersten Mal internationales Aufsehen erregte. Anfang der 50er Jahre besuchten Julio García Espinosa, Tomás Gutiérrez Alea, Fernando Birri und Gabriel García Márquez Zavattinis Centro Sperimentale di Cinematografia in Rom. Ihre überschwengliche Bewunderung für die neue Filmästhetik, die Zavattini proklamierte, implizierte ihre Abneigung gegenüber dem „schädlichen“ Eskapismus des publikumswirksamen Hollywood-Films sowie des alten Kinos in Lateinamerika (rancheras in Mexiko, cine tango in Argentinien, chanchadas in Brasilien und cine postal in Chile), das ihrer Meinung nach ein falsches Bild der Realität Lateinamerikas propagierte, indem es unreflektiert die fremde und offizielle Kultur Nordamerikas importierte. Das alte Kino in Lateinamerika versuchte, Elend, Hunger, Unterentwicklung, Ausbeutung und Gewalt mit „rosaroten Farben des kapitalistischen Kinos“ zu vertuschen. Dennoch fanden die alten Kinematographien viel Resonanz beim einheimischen Publikum.

Der erste Schritt zur Entwicklung einer unabhängigen Filmpolitik: das ICAIC

Die grundlegende Voraussetzung für eine unabhängige Filmbewegung schafft Fidel Castro schon kurz nach seinem Einzug in Havanna durch die Errichtung des staatlichen ICAIC (Instituto Cubano del Arte e Industria Cinematográficos), des Institutes für Filmkunst und Filmindustrie. Das ICAIC sorgt für alle Aspekte der Filmherstellung: die Finanzierung, die Produktion, die Ausstattung und den Verleih nicht nur kubanischer Filme. Aufgrund der technischen Defizite - bis Mitte der 70er Jahre war es zum Beispiel nicht möglich, in Kuba Farbfilm zu entwickeln: die Filme wurden in Schwarz-Weiß gedreht - wurden kubanische Filmemacher des ICAIC gezwungen, Alternativen zu finden, die es ermöglichten, die Industrialisierung und Professionalisierung voranzutreiben. Es gab strenge Zeitpläne, nach denen die Dreharbeiten geplant wurden, um den Zeitbedarf so gering wie möglich zu halten und die Produktionsmittel ökonomischer einzusetzen (Schumann, 1976, 127).

Der Aspekt der Vertriebskanäle stand auch im Mittelpunkt der Aufgaben des ICAIC. Die sogenannten mobilen Kinos,

mit denen die kubanischen Filmmacher die abgelegensten Orte (Schulen und Gewerkschaften) erreichten, wo es weder Kino noch Fernsehen gab, entsprachen der revolutionären Intention, im breiten Publikum eine Kinokultur zu entwickeln und ein kritisches soziales Bewußtsein zu fördern. Neben diesem Versuch mit den mobilen Kinos entstanden die Filmsendungen im Fernsehen, die als „audiovisuelle Alphabetisierung“ bezeichnet wurden. Es ging darum, das Publikum ausführlich über das Filmsystem insgesamt zu informieren. Dann gab es eine zweite praxisorientierte Phase, die darin bestand, das Publikum mit dem filmischen Medium selbst vertraut zu machen (Schumann, 1976, 132).

Mit der Hilfe des ICAIC wurden insbesondere Dokumentarfilme und die sogenannte Kino-Wochenschau von Santiago Alvarez (Noticiero ICAIC Latinoamericano) produziert, weil sie mit der neuen Filmästhetik einer Authentizität und Vereinfachung korrespondierten.

In diesem Zusammenhang fanden die Grundideen des neuen lateinamerikanischen Films ihren programmatischen Niederschlag in den theoretischen Arbeiten von „rebellischen“ Regisseuren wie Glauber Rocha aus Brasilien, Fernando Solanas aus Argentinien und García Espinosa aus Kuba. Espinosas Essay „Por un cine imperfecto“ (1969, „Für ein nicht perfektes Kino“), das 1971 von der Filmzeitschrift *Cine Cubano* publiziert wurde, erweist sich beispielsweise als Plädoyer für die Abschaffung des sogenannten Starsystems sowie extrem aufwendiger Werbekampagnen, die für Hollywood charakteristisch sind. Die essentielle Aufgabe besteht für Espinosa darin, die Unerstetzbarkeit der modernen Filmtechnik à la Hollywood zu entmystifizieren. Es wird von Espinosa hier betont, daß nicht nur aus ideologischen, sondern auch praktischen Gründen (die Armut in den Ländern) sich der lateinamerikanische Regisseur für die Vereinfachung der Filmausrüstung entscheiden sollte. Im selben Interview mit Peter B. Schumann erwähnt Gutiérrez Alea unter den Vorzügen des Dokumentarfilms seine Vereinfachung:

Der Dokumentarfilm hat bei uns sofort ein viel autonomeres Leben entwickelt als der Spielfilm, vielleicht wegen seiner handlicheren Ausrüstung, die ihm eine größere Mobilität [vgl. die mobilen Kinos] erlaubte und dadurch eine direktere und dynamischere Beziehung zur Realität ermöglichte. In den ersten Jahren war unsere Wirklichkeit sehr bewegt, sehr reich an Ereignissen, an gewaltigen Veränderungen. Man brauchte nur die Kamera zu nehmen, auf die Straße zu gehen und loszudrehen. Da konnte man ein vitales, direktes, organisches Kino machen. Die Wirklichkeit lieferte alles und forderte den Dokumentaristen heraus ... (Schumann, 1976, 134).

Unter dem Einfluß des didaktischen Dokumentarfilms drehten kubanische Regisseure wie Tomás Gutiérrez Alea, Julio García Espinosa, Humberto Solás und Manuel Octavio Gómez Spielfilme, die durch die Fusion bzw. die Gleichgewichtung von Fiktion und Realität gekennzeichnet waren. In diesem Zusammenhang stand die minutiöse Aufarbeitung der eigenen Geschichte im Mittelpunkt: beispielsweise die Sklaverei durch die spanischen Besitzer der Zucker-



rohr-Plantagen, die ersten Befreiungskämpfe gegen den spanischen Kolonialismus im ausgehenden 18. Jahrhundert, das rigorose Regime von Machado während der 30er Jahre, die Diktatur von Fulgencio Batista (1933-1958), Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA (1961), Ausschluß Kubas aus der Organisation der Amerikanischen Staaten, die Invasion in der Schweinebucht (ein von der CIA unterstützter Invasionsversuch Kubas durch kubanische Exilanten und Söldner, der fehlschlägt) und die Oktober-Krise im Sommer des Jahres 1962 (der weltpolitische Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion wegen der Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba).

Zwischen 1967 und 1969 erreichte der kubanische Film seinen ersten internationalen Höhepunkt mit vier Beiträgen: *Las aventuras de Juan Quinquín* von García Espinosa (Die Abenteuer des Juan Quinquín, 1967) - der Film hatte in Kuba 2,1 Millionen Zuschauer und war einer der größten Publikumserfolge -, *Memorias del subdesarrollo* (Erinnerungen an die Unterentwicklung, 1968) von Alea, *Lucía* (1968) von Solás und *La primera carga al machete* (Die erste Schlacht mit der Machete, 1969) von Octavio Gómez. Bei *Lucía* von Solás geht es um eine Frau, deren sukzessive Emanzipation von den vielfältigen Strukturen der Unterdrückung (Männlichkeitskult und traditioneller Katholizismus) mit dem politischen Erwachen Kubas korrespondiert.

Während der 60er Jahre entstanden andere ähnliche lateinamerikanische Filme dank der finanziellen Unterstützung des ICAIC, die wiederum internationales Aufsehen erregten. Aufgrund seiner großen Bedeutung wurde das ICAIC von Regisseuren wie Fernando Birri aus Argentinien und Miguel Littín aus Chile als „Wiege des neuen lateinamerikanischen Films“, bezeichnet (Kochenrath und Schröder, 1995).

Fortsetzung im nächsten Heft

Quellenhinweise:

Cabezón Doty, Claudia. Literatur und Film Lateinamerikas im intermedialen Dialog. Dissertation im Fachbereich „Germanistik und Kunstwissenschaften“ der Philipps-Universität Marburg. Marburg, 1997.

García Espinosa, Julio. „Por un cine imperfecto“ (1969) in: *Cine Cubano*, La Habana, 1971, Nr.66/67, S.46-53. Deutsche Übersetzung: „Für ein nicht perfektes Kino“ in: Jahnke/Lichtenstein. Kubanischer Dokumentarfilm. Berlin/DDR, 1974, S. 31-46 in: Peter B. Schumann, *Kino und Kampf in Lateinamerika*. München und Wien: Carl Hanser, 1976. S.20-38.

Kochenrath, Hans Peter/Peter H. Schröder (Regie). *Kuba und das Kino in Lateinamerika*. Eine Dokumentation. Deutschland, 1995, 60 Min.

Lutterbeck, Bettina. „Das Publikum will heute eher genießen. Gespräch mit Bernd Wolpert“ in: *ila* (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika), Bonn, Oktober 1995, Nr. 189. S. 46ff.

Mader, Ute. „Cuba in Tirol“ in: *ila* (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika), Bonn, Oktober 1995, Nr.189. S.14ff.

Roberto, Plácido. „Wie alles anfing. Der Stummfilm in Cuba“. Deutsche Übersetzung: Karin Kantig in: *ila* (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika), Bonn, Oktober 1995, Nr.189. S.16f.

Schumann, Peter B. „Cuba: Revolutionäres Kino im Sozialismus. Interview mit Julio García Espinosa und Tomás Gutiérrez Alea, in: ders., *Kino und Kampf in Lateinamerika*. Zur Theorie und Praxis des politischen Kinos. München und Wien: Carl Hanser, 1976. S.117-141.

Filme zum Thema Cuba

An dieser Stelle wollen wir für jene, die Interesse an cubanischen Filmen haben, sagen wo sie auszuleihen oder auch zu kaufen sind.

Atlas Film, Luderstr. 14-16, Duisburg
 Barfuss Film, Breite Str. 48, 50, 50667 Köln
 Basis Film Verleih GmbH, Körnerstr. 59, 12169 Berlin
 Cinematograph, Innsbruck ?
 Circe-Film GmbH, Schleckerstr. 43, 53797 Lohmar-Durbusch
 Con. Benquestr. 29, 28209 Bremen
 Freunde d. dt. Kinemathek, Welsersstr 25, 10777 Berlin
 Landesbildstelle NRW, Münster
 Die Lupe, Groner Landstr. 3, 7073 Göttingen
 Progress - Film, Berlin
 Unidoc-Film GmbH Westenhellweg 19, Dortmund
 Medienwerkstatt e.V. Konradstr. 20, 79100 Freiburg
 (VK: Che-Film von Massari)

Weitere Informationen zu cubanischen Filmen und Filmverleihen sind bei folgenden Kontaktadressen zu erfahren:
 Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln sowie
 NETZWERK CUBA Informationsbüro, Maxstr. 50, 53117 Bonn (Filmlisten, Verleihe, Videos, Infos, Bibliographie der deutschsprachigen Schriften)

außerdem können Euch vielleicht weiterhelfen:

Kurt Bovensiepen, Cubagruppe im 3.Welthaus Frankfurt, Leipzigerstr. 32, 60478 Frankfurt/M. 069-77 16 80
 Klaus Ravenberg, Gaitlingstiege 5, 48282 Emsdetten, 02572-6386
 Bernhard Ostermeier, FG Regensburg Sandhofstr 25, 93173 Wenzelnbach 09407-3245
 Siga Lutherer, Isartalstr. 44, 80469 München 089-7256177
 Vitoria Förderverein für Lateinamerika und Spanien e.V., Prinzregentenstr. 9, 86150 Augsburg, 0821-5024114

Charme der Verwegenheit

19. Lateinamerikanische Filmfestspiele in Havanna

Unter den Dächern einer Stadt kann schon eine ganze Menge gleichzeitig passieren, darunter ein internationaler Kongreß über Biotechnologie und ein Filmfestival. So auch in Havanna, der Hauptstadt eines Landes, in dem man das angesichts der Blockadebedingungen nicht als selbstverständlich voraussetzen kann.

Die Theater und Konzertsäle sind geöffnet. Es gibt die Premiere der tropikalisierten Version eines Stückes von Molière. Das Nationalballett unter der Regie von Alicia Alonso zeigt Galavorstellungen und bereitet sich mit namhaften Klaskikern auf die nächste Saison vor. Auch eine traditionelle Aufführung von Shakespeares "König Lear" wird gegeben. Zwar sind in den letzten Jahren einige Straßenkinos wegen der schwierigen Verhältnisse geschlossen worden, aber es gibt noch ausreichend Kinos um 150 Filme, 134 Dokumentar- und 20 Zeichentrickfilme zu zeigen, die nur ein Teil des Angebots zu den 19. Lateinamerikanischen Filmfestspielen waren. Es ist unmöglich, sie vollständig aufzuzählen.

Zehn Tage lang gab es im Dezember täglich 60 Vorführungen in 23 Sälen allein in der Hauptstadt Havanna. Außerdem hatte man acht Nebenzentren in den Provinzen eingerichtet, um den großen Wettbewerb überhaupt bewältigen zu können, zu dem sich jedes Jahr die Filmschaffenden ganz Lateinamerikas auf Kuba versammeln. In der Konkurrenz liefen humoristische Streifen sowie Liebes-, Gesellschafts- und Kriminalfilme. Unter den anwesenden Künstlern war auch der junge Deutsche Peter Lohmayer, der mit einem Spanisch, das er in zwei Wochen erlernt hatte, in Gestik und Temperament wie ein Kubaner auftrat, wobei er ständig den Eindruck machte, als sei er von einer wunderbaren Krankheit angesteckt. Er spielt die Hauptrolle in einer deutsch-kubanischen Produktion mit dem Titel "Kleines Tropicana". Von Volker Schlöndorff gab es eine Retrospektive, die das Publikum dankbar aufnahm. Es liefen Filme des Spaniers Almodóvar, des Italieners Francesco Rossi sowie Produktionen aus Norwegen, Finnland und anderen europäischen Ländern.

Ein Seminar zum Thema Kind und Bildsicht befaßte sich mit Untersuchungen über den Ein-

fluß visueller Medien auf den kindlichen Verständnis- und Bildungsprozeß. Foto- und Plakatausstellungen sowie Ehrungen von Filmschaffenden gehörten ebenfalls zum gedrängten Programm dieses 19. Filmfestivals. Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen zweifellos die lateinamerikanischen Produktionen, bei denen Argentinien und Mexiko mit 18 beziehungsweise elf Filmen dominierten, gefolgt von Kuba mit drei Streifen.

Letzteres gilt als eine bemerkenswerte Leistung, weil die Filmkunst dieses Landes in jüngerer Zeit sehr durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen das blockierte Kuba steckt, behindert wurde. Das wirkte sich besonders auf die Produktion von Dokumentarfilmen aus.

Das Festival war ein Ereignis mit Marathondimension, das das Interesse der Massenmedien in Anspruch nahm und die Kritiker in Bedrängnis brachte, weil sie nicht alles sehen konnten, aber die Preisträger voraussagen sollten. Die Preise bestehen aus Korallen der Gewässer, die die Küsten der Karibik umschmeicheln oder verheeren. Sie sind das Symbol dieses alljährlichen Treffens, das durch eine Gruppe von Träumern aus der Taufe gehoben wurde, um das Ansehen der lateinamerikanischen Filmkunst zu retten, die unter der Last der großen Hollywood-Konzerne nicht mehr gedeihen konnte.

Viele der internationalen Besucher waren überrascht von der allgemeinen Kinobegeisterung. In den langen Schlangen, die vor den Kinos auf Einlaß warteten, liebten sich junge Menschen oder tauschten ihre Eindrücke über die Filme aus, die sie schon gesehen hatten. Sie kamen auf Fahrrädern, in überfüllten Bussen oder zu Fuß. Noch mehr überraschten die Anstrengungen Kubas. Die Veranstalter sagten keinen einzigen Termin ab und bewältigten beim letzten Treffen sogar eine Überfülle von Teilnehmern und Filmpräsentationen. Die Erklärung dafür findet man vielleicht in den Worten, die mir vor Jahren einmal der argentinische Schriftsteller Julio Cortázar sagte: "Hier wirkt Magie!" Was sich anhörte wie ein solidarisches Kompliment für Kuba, erwies sich als Voraussicht. Je härter das Überleben wird, um so charmanter kommt die Verwegenheit daher.

Elsa Claro, Havanna

Etwas ist besser als nichts

VIII. Buchmesse Havanna 98 -
Hoffnung für die kubanischen Leser

Verschließt sich Kuba? Es macht nicht den Eindruck, obwohl das von interessierter Seite ständig behauptet wird und auch in einem Satz von Papst Johannes Paul II. zum Ausdruck kommen sollte. Ein Land, in dem fast kein Monat vergeht, ohne daß ein Kongreß, eine „Werkstatt“ oder ein Kolloquium über irgendein Sachgebiet stattfindet, das viele namhafte Besucher empfängt, das einen umfangreichen Tourismus betreibt und Gesetze zur Stimulierung ausländischer Investitionen erläßt, kann wohl kaum als eine Nation angesehen werden, die sich einigelt.

Nachdem der Dezember 1997 mit den 19. Lateinamerikanischen Filmfestspielen ausklang und der Januar 1998 mit dem Besuch von Literaten verschiedener Kontinente begann, die zum angesehenen Literaturwettbewerb der Casa de las Americas nach Kuba kamen, öffnete im Februar die VIII. Buchmesse Havanna ihre Pforten. Diese Buchmesse zählt zwar nicht zu den wichtigsten der Welt und erreicht nicht die Bedeutung der Messe von Frankfurt am Main. Allein aus der BRD kamen allerdings 195 Verlage. Das übertraf sogar die Beteiligung Mexikos, eines alten Partners, dem auch die diesjährige Buchmesse gewidmet war. Über 30 mexikanische Verlage stellten aus, und eine große Anzahl von Schriftstellern und bildenden Künstlern aus Mexiko war anwesend.

Wenn auch die Bilanzen bescheiden blieben, es gab zählbare Resultate. Der starke Rückgang, den die kubanische Polygrafie durch die Blockade und die ökonomische Krise erlitt, hatte zur Folge, daß in den 90er Jahren ungefähr die Büchermenge produziert wird, die der von 1959 entspricht. In den Schulen repariert und flickt man die Schulbücher. Die SchülerInnen älterer Jahrgänge geben die Lehrmaterialien an die unteren Klassen zurück. Früher stellten sie sie in ihre Bücherschränke. Für durchschnittliche LeserInnen, wissensdurstig gemacht durch ein hohes kulturelles Niveau, das 30 Jahre lang auf Kuba herrschte, in denen es jeder als selbstverständlich empfand, daß ihm eine breite Skala an Lektüre zu geringen Kosten zur Verfügung stand, sind die Umstände hart.

Für die kubanischen SchriftstellerInnen waren die Erfahrungen nicht weniger traumatisch: Arbeiten der PreisträgerInnen von Literaturwettbewerben konnten nicht gedruckt werden. Manche suchten Publikationsmöglichkeiten außerhalb Kubas, und es gab Verleger, die die Talente billig ausbeuteten. Die Beziehungen zwischen Verleger und AutorInnen sind immer eine sensible Sache, aber unter diesen Bedingungen nahmen sie oftmals demütigende Formen an.

Darum weckte die Ankündigung des Instituto del Libro (Kubanisches Buchinstitut), daß das Buchangebot durch den Verkauf von 150 in Kuba produzierten Titeln wiederbelebt werde, bei AutorInnen und LeserInnen etwas Hoffnung. Das einstige Niveau bei Auflagen und Vielfalt wiederzugewinnen, das die kubanische Buchproduktion vor 1989 hatte, ist nicht einfach und wird nicht so schnell gehen, wie es sich alle wünschen, aber etwas ist besser als nichts. An der VIII Buchmesse Havanna 98 nahem 307 Verlage aus 30 Ländern teil. Es kam zu verschiedenen Verträgen mit kubanischen Kulturinstitutionen, die neben einem Testen der kommerziellen Möglichkeiten sicher auch spürbare Ergebnisse, und das heißt Bücher, bringen sollen.

Elsa Claro, Havanna (Junge Welt, 19.2.98)

Kongresse / Termine

• **CUBASOLAR 98 • ENERGIE; ENTWICKLUNG UND SOLIDARITÄT 13. - 17. April 1998**
Der internationale Workshop von CUBASOLAR zum Thema Solarenergie wird in Santiago und Guantanamo stattfinden in Zusammenarbeit mit dem kubanischen Zentrum für Solarenergie-Forschung.
Interessenten wenden sich direkt an: CUBASOLAR 98, Havanna, Ing. Emir Madruga, Fax: 0053-7-33-2699

• **19. TOURISMUSKONFERENZ - Mai 1998**

• **DIVERSIFICACIÓN 98 - V. Intern. Kongreß über Zucker und Zuckerrohrderivate 24. - 30. Mai**

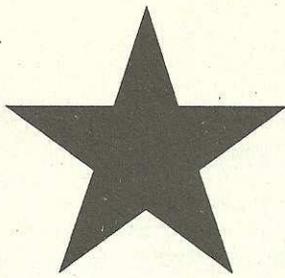
• **DISEÑO 98 (Juni)**

• **III. Lateinamerikanisches Treffen der vegetalen Biotechnologie 2. - 5. Juni 98**

• **Kongreß über territoriale Planung der Touristenzentren 7. - 10. Juli 98**

• **PSICOHABANA 98 20. - 23. Oktober 98**

Nähere Informationen zu den einzelnen Tagungen können über die Botschaft der Republik Cuba, Isabel López, Kennedyallee 22-24, 53175 Bonn, Tel. 0228-3090, Fax. 0228-309244 oder über das NETZWERK-Büro bezogen werden.



Cuba-kurz

★ **Die deutsche Caritas** hat 1997, teilweise über ihre „Tochter“ Caritas Cuba mit ihren 6.000 Freiwilligen und 1,7 Millionen Mark Projekte in Kuba unterstützt und verteilte dort im gleichen Zeitraum im EU-Auftrag Lebensmittel im Wert von 1,4 Milliarden Mark. (CL-Kommentar: Damit schafft sich die Kirche mit „fremden Federn“ sprich staatlichen Hilfsgeldern in der kubanischen Bevölkerung unverdienten Zuspuch.)

USA-Cuba: Blockadelockerung?

Eine Gruppe von Wirtschaftsvertretern und politischen Persönlichkeiten der USA tritt für eine Lockerung der seit 38 Jahren bestehenden Sanktionen Washingtons gegen Kuba ein. Der Verkauf von Nahrungsmitteln und Medikamenten an Kuba sollte erlaubt sein. Dies verlangten die "Americans for Humanitarian Trade with Cuba" im Januar in Washington. Sie werden auch von der US-Handelskammer unterstützt und können nicht länger eine Politik im Namen der US-Bevölkerung gutheißen, die Frauen, Kinder alte Menschen und Kranke in Kuba leiden läßt, erklärte der langjährige ehemalige Kongreßabgeordnete San Gibbons aus Florida. Die Gruppe befürwortet zwei Gesetzesvorlagen im US-Kongreß, die den Verkauf von Nahrung und Medikamenten von dem einseitigen Embargo der USA ausnehmen wollen. Im Beratergremium der Gruppe sitzen neben anderen der frühere Finanzminister Lloyd Bentsen, die ehemalige US-Handelsbeauftragte Carla Hills und der frühere Verteidigungsminister Frank Carlucci.

Nach Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht, daß zumindest ein Teil der Sanktionen (Verbot von Flügen und Devisenüberweisungen u.a.), die nach dem Abschluß der Flugzeugprokateure Anfang 96 verhängt wurden, wieder zurückgenommen werden sollen.

Fidel klagt spanische Kolonialherrschaft an

Während des Papstbesuches kündigte die kubanische Führung an, ein Denkmal für die Opfer des spanischen Kolonialismus zu errichten. Nach der pikierten Reaktion der spanischen Regierung legte Fidel Castro am 3. Februar im Fernsehen noch einmal ausführlich seine Meinung zu dem Thema dar. Er versicherte, mit seinen Anklagen gegen die Eroberung und die Sklaverei keineswegs Spanien oder das spanische Volk verletzen zu wollen. Fidel erinnerte aber daran, daß die UreinwohnerInnen der Insel während der spanischen Eroberung und Besetzung vollständig vernichtet und mehr als eine Million Menschen aus Afrika nach Kuba in die Sklaverei geführt wurden.

"Wir beschuldigen und klagen das Sklavensystem an. Wir klagen Systeme an, nicht Völker ..." Der kubanische Regierungschef ging im Fernsehen direkt auf die Absicht ein, ein Denkmal für die Opfer in den Konzentrationslagern auf Kuba in den letzten Jahren des Unabhängigkeitskrie-

ges im vergangenen Jahrhundert zu errichten. Es sei mehr als gerecht, den mehr als 300.000 Opfern des damaligen Holocaust eine Ehrung zukommen zu lassen. Es habe sich in der Mehrheit um Kinder, alte Menschen und Frauen gehandelt, den verwundbarsten Teil der damaligen Inselbevölkerung. Die sogenannte »Reconcentration« des spanischen Generals Valeriano Wyler habe eine Vorgängerrolle bezüglich der Nazilager des jüdischen Holocaust und der strategischen Modelldörfer der USA im Vietnamkrieg gespielt.

Fidel bestätigt

Der im Januar neu gewählte kubanische Volkskongreß (Asamblea Nacional del Poder Popular - Nationale Versammlung der Volksmacht) ist am 24. Februar zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Als eine der ersten Amtshandlungen bestätigte er Staatschef Fidel Castro für weitere fünf Jahre in seinem Amt. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Prensa Latina meldete, wurde der 71jährige von den 595 anwesenden der 601 Abgeordneten zum Vorsitzenden des Staatsrates und zum Präsidenten des Ministerrates gewählt. Als erster Vizepräsident wurde der 66jährige Raul Castro, der auch das Amt des Verteidigungsministers innehat, wiedergewählt. Die übrigen fünf Vizepräsidenten wurden ebenfalls im Amt bestätigt, unter ihnen der Wirtschaftsexperte Carlos Lage und der Innenminister, General Colome Ibarra. Dieser Staatsrat vertritt als ständiges Gremium den in der Regel zweimal jährlich tagenden Volkskongreß als oberstes kubanisches Staatsorgan.

Gegen mittelalterliche Keuschheitsgürtel

Bei seiner Antrittsrede nach seiner Wiederwahl kritisierte Fidel die Forderung des Papstes nach einem Verbot der Abtreibung mit den Worten "Wir mögen weder die Scheidung noch die Abtreibung!". Kuba werde aber auch "... nicht ins Mittelalter zurückkehren und den Keuschheitsgürtel neu erfinden!"

Pele als Vermittler?

Die brasilianische Fußballlegende Edson Arantes do Nascimento, alias "Pele", wird voraussichtlich im Mai nach Cuba fahren und dort einen Vermittlungsversuch zwischen Fidel und Clinton unternehmen. "Ich stehe zur Verfügung und wenn es um den Frieden geht, will ich gerne helfen." Er sei sicher, daß seine Geste etwas bei Clinton bewirken werde, vor allem nach der Fußball-Lektion, die er Clinton vergangenen Oktober bei dessen Brasilienreise erteilt habe. Pele ist amtierender brasilianischer Sportminister.

Der US-Sender TV Marti versucht sich auf neuen (Ab)-Wegen

Seit der Inbetriebnahme des US-Senders TV Marti 1990 oszillierte die Einschaltquote im offi-

ziellen Auftrag trotz einem 24-Millionen-Budget der US-Regierung dennoch in unmittelbarer Nähe der Null-Marke.

Der Grund ist schnell erklärt: da die Führung in Havanna mit dem Tenor der zumeist erheblich rechtslastigen Berichterstattung nicht einverstanden ist, läßt sie die Übertragungen permanent stören, im Falle von Radio Marti mit recht geringem, bei TV Marti hingegen mit durchschlagendem Erfolg. Abhilfe schaffen soll nun aus Sicht der Hardliner in Miami und Washington ein zwei Millionen teurer, mit Helium gefüllter Fesselballon. Der soll aus einer Höhe von 10.000 Fuß das Signal von TV Marti künftig auf drei Kanälen statt nur auf einem ins neunzig Meilen entfernte Cuba strahlen.

Ob die cubanischen Spezialisten auch diesen Eingriff in die territoriale Autonomie unterbinden können, bleibt (zu h)offen.

Fidel zu treffen, ein Traum, der für Naomi Campbell wahr geworden ist.

von Anne-Marie Garcia, aus Gramma englische Ausgabe



Für Naomi Campbell war das Treffen mit Fidel wie ein Wirklichkeit gewordener Traum. "Ich bin sehr nervös - ich habe gerade eineinhalb Stunden damit verbracht, mit dem Präsidenten Fidel Castro zu reden," erklärte sie entschuldigend, nachdem sie etwas zu spät zu einer Pressekonferenz gekommen war, die im Hotel Nacional, abgehalten wurde, wo sie während ihres Aufenthaltes in Havanna wohnte.

Naomi Campbell war mit ihrer Kollegin Kate Moss in Cuba, anlässlich eines Photo-Shootings in Havanna. Strahlend, mit einem Hauch Nervosität, was sie plötzlich menschlicher erscheinen ließ, wie es ein Hotelangestellter ausdrückte, war Campbell offensichtlich noch von Fidel beeindruckt.

"Er sagte mir, daß es keinen Grund gebe eingeschüchtert zu sein. Fidel kannte uns, weil er in der Presse über uns gelesen hatte, aber er sagte, es sei nicht dasselbe, wie uns persönlich zu treffen. Wir hatten über Fidel auch so viel gelesen ..."

Der cubanische Präsident zeigte großes Interesse, als Naomi Campbell ihm über ihr Treffen mit dem südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela erzählte, das in der Vorwoche stattgefunden hatte. "Wir gingen nach Südafrika, um eine Spende für die Kinder der Nelson-Mandela-Stiftung zu übergeben," bemerkte sie.

Sie fügte hinzu, daß sie auch eine Spende für die Kinder auf Cuba machen wollten, und daß Fidel ihnen vorgeschlagen hatte, sich mit der Pionierorganisation in Verbindung zu setzen.

"Fidel Castro und Nelson Mandela sind zwei Quellen der Inspiration für mich," erklärte Campbell. "Zwei Männer, die für dieselbe Sache gekämpft haben, eine gerechte Sache. Zwei intelligente, beeindruckende Männer."

Gewöhnt an Schmeichelei, leugnete das 27jährige Supermodel weder Ihre Ursprünge, noch scheute sie die möglichen Konsequenzen ihres Besuches in Cuba. "Ich bin Jamaikanerin und ich bin freie Bürgerin," erklärte sie.

"Es ist eine große Freude in Cuba zu sein," fügte sie hinzu und beschrieb die Leute, die sie hier getroffen hatte, als warmherzig, einladend und gastfreundlich. "Ich habe meinen Aufenthalt sehr genossen und ich habe vor zurückzukommen," schloß sie.

(A.d.Engl.BS)

Praktische, konkrete Solidarität durch Arbeit in der Landwirtschaft. Durch Vorträge, Treffen und Besuche einen Einblick in die derzeitige Situation Cubas erhalten. Gemeinsames Arbeiten und Leben mit Menschen aus Cuba und zahlreichen west-europäischen Ländern. Erfahrungen und Anregungen sammeln für die so wichtige Solidaritätsarbeit hier in der BRD für Cuba.

Termin:

6. – 26. Juli 1998

Kosten:

DM 1950.–, für Arbeitslose, Schüler, Auszubildende, Studenten und Rentner: DM 1800.– zzgl. Brigadevisa DM 50.–

Brigade „Nordica“ zzgl. Flugzuschlag – bitte anfragen

Im Preis enthalten:

Flug ab Frankfurt. Transfer und Unterbringung im Campamento (kleine, einfache Häuser mit 6-8 Schlafplätzen), Reisekrankenversicherung, Programm, Informationsmaterialien.

Brigadeanmeldung oder nähere Informationen durch nebenstehenden Anmeldecoupon bzw. bei Franz Egeter, Tel./Fax 0821/159677

FREUNDSCHAFTS-GESELLSCHAFT BRD - CUBA

**Zülpicher Straße 7
50674 Köln
Tel. 0221/2405120**

Internationalistische, konkrete Solidarität mit Cuba Brigade José Martí

Solidarität – mit der Brigade José Martí nach Cuba



Bereits seit den 60er Jahren kommen Menschen aus allen Kontinenten nach Cuba, um in ihrem Urlaub in der Landwirtschaft zu arbeiten und dadurch ihre Solidarität zu demonstrieren und zugleich den cubanischen Alltag zu erleben. In der Brigade José Martí arbeiten Menschen aus zahlreichen westeuropäischen Ländern zusammen mit Cubanerinnen und Cubanern. Nach der Arbeit finden im Campamento „Julio Antonio Mella“ Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener cubanischer Institutionen statt. Darüber hinaus Besuche in der näheren Umgebung von Havanna in Schulen, Krankenhäusern, Museen; Treffen u.a. mit Mitgliedern eines CDR (Komitee zur Verteidigung der Revolution), des UJC (Kommunistischer Jugendverband Cuba's) etc.

Teilnahmevoraussetzungen:

Teilnahme an den Vorbereitungstreffen. Bereitschaft, in einem Kollektiv solidarisch zu leben und zu arbeiten. Gute Gesundheit.

Brigadeprojekt:

Die Brigade José Martí leistet durch mitgebrachte Geld- und Sachspenden (Schreibmaterialien, Gehhilfen, Rollstühle etc.) praktische Solidarität. Diese Spenden werden in Cuba zur Hälfte an ACLIFIM (Gesellschaft für motorisch Behinderte), zur anderen Hälfte an das Cubanische Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) direkt übergeben. Das Projekt der Brigade kann durch eine Spende auf das Sonderkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD – Cuba e.V., Postgiroamt Köln, (BLZ 370 100 50) Kto. 307 984-507, Stichwort ACLIFIM, unterstützt werden.

Ausweichmöglichkeit:

Wer in dem Zeitraum 28.06.98 – 18.07.98 nicht an der Brigade José Martí teilnehmen kann, für diejenigen besteht die Möglichkeit, bei der Brigade „Nordica“ im Zeitraum 20.12.98 – 09.01.99 mitzuarbeiten. Der Freundschaftsgesellschaft steht nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen zur Verfügung. Bitte umgehend anmelden!

Bitte einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD – Cuba e.V.
Zülpicher Straße 7 – 50674 Köln, Tel./Fax 0221/2405120

- Ich möchte weitere Informationen über die Brigade „José Martí“ 1998.
- Ich melde mich verbindlich zur Teilnahme an der Brigade „José Martí“ 1998 an und möchte die weiteren Informationen zugesandt bekommen.
- Ich melde mich verbindlich zur Teilnahme an der Brigade „Nordica“ 1998 an und möchte die weiteren Informationen zugesandt bekommen.

Name: _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

Diese zusätzlichen Angaben sind nur erforderlich bei verbindlicher Anmeldung:

Telefon: privat: beruflich: _____

Geburtsdatum: _____

Beruf: _____

Status: Schüler/in / Student/in / Auszubildende/r / Arbeitslos / Rentner/in
 Vollverdiener/in

Ort/Datum _____

Unterschrift _____

Bei den Hochgestellten

Gilt das Reden vom Essen als niedrig.
Das kommt: Sie haben
Schon gegessen.

Die Niedrigen müssen von der Erde gehen,
Ohne vom guten Fleisch
Etwas gegessen zu haben.

Nachzudenken, woher sie kommen und
Wohin sie gehen, sind sie
An den schönen Abenden
Zu erschöpft.

Die Gebirge und das große Meer
Haben sie noch nicht gesehen,
Wenn ihre Zeit schon um ist.

Wenn die Niedrigen nicht
An das Niedrige denken,
Kommen sie nicht hoch.

Bertold Brecht (* 10. Februar 1898)

